

Die Erziehungshilfeoffensive Rheinland-Pfalz

**Zwischenbilanz der 10-jährigen Zusammenarbeit
von Land, Kommunen und freien Trägern der
Jugendhilfe**

Die Erziehungshilfeoffensive Rheinland-Pfalz
Zwischenbilanz der 10-jährigen Zusammenarbeit von Land, Kommunen
und freien Trägern der Jugendhilfe

Herausgeber:
Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit
Rheinland-Pfalz
Referat für Reden und Öffentlichkeitsarbeit
Bauhofstraße 9
55116 Mainz
www.masfg.rlp.de
Broschürentelefon: 06131/162016
Bürgerservice-Telefon: 0800/1181387

Schriftenreihe: Erziehungshilfen in Rheinland-Pfalz

ISBN-Nr. 3-936257-04-3

Verfasser:
Dr. Kerstin Rock
Heinz Müller
Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V., (ism)
Kaiserstraße 31
55116 Mainz
Tel: 06131/24041-0
Fax: 06131/24041-50
email: ism@ism-mainz.de
www.ism-mainz.de

Umschlaggestaltung:
Heike Boller, an.sicht

Druck:
Knotenpunkt Offsetdruck GmbH

Oktober 2003

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch Wahlbewerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Geleitwort	7
------------	---

Die Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz im Kontext der rheinland-pfälzischen „Erziehungshilfeoffensive“	9
---	---

Bausteine der Erziehungshilfeoffensive:

• Qualitätsentwicklungsprojekte in Jugendämtern	38
---	----

- Weiterentwicklung der Hilfe zur Erziehung in Rheinland-Pfalz „Innovation und Steuerung aus der Praxis“
- Qualitätsentwicklung im Jugendamt
- Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung in der Stadt Ludwigshafen
- Weiterentwicklung der Sozialen Dienste im Stadtjugendamt Mainz
- Software für Soziale Dienste
- Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen: Planung, Steuerung und Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz

• Neue Methoden	52
-----------------	----

- Video-Home-Training (VHT)
- Familienaktivierungsmanagement (FAM) / Families First (FF)
- Entwicklungspsychologische Beratung von Eltern mit Säuglingen und Kleinkindern
- Familienaktivierende soziale Arbeit (FasA)

• Qualifizierung	64
------------------	----

- Sozialpädagogische Familienhilfe (Heidelberger Modell)
- Zertifikatskurs: Kernkompetenzen des Allgemeinen Sozialen Dienstes
- Qualifizierung von Tagespflegepersonen und Aufbau von Tagespflegebörsen
- Praxisentwicklung durch Fortbildung: Qualifizierte Kooperation von Jugendhilfe und Schule im (Vor-)Feld von Hilfen zur Erziehung

Qualitätsentwicklungsprojekte in Jugendämtern		
Neue Methoden	75	• Neue Hilfen
		- Erziehungshilfezentrum (EHZ) - Jugendhilfestationen - Sozialpädagogische Pflegestellen - Familienaktivierende Heimerziehung - Haus der Beratung - ein integratives Beratungsnetzwerk im ländlichen Raum
Qualifizierung	89	• Praxisforschung
		- Untersuchung über aktuelle Probleme der Heimerziehung in Rheinland-Pfalz - Entwicklungsbedingungen und Leistungsfähigkeit der Heimerziehung in Rheinland-Pfalz (Teil 1 und 2) - Studie zur beruflichen und sozialen Integration junger Menschen aus Einrichtungen stationärer Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz - Evaluation der Stationären Familienbetreuung
Neue Hilfen		
Praxisforschung		

Geleitwort

Die Erziehungshilfeoffensive des Landes Rheinland-Pfalz ist der programmatische Titel eines ganzen Maßnahmenbündels mit unterschiedlichen Förder- und Steuerungsinstrumenten. Sie wurde 1993 mit der Untersuchung über aktuelle Probleme der Heimerziehung in Rheinland-Pfalz gestartet. Anlass für die Untersuchung war neben erkennbaren regionalen Disparitäten, steigenden Fallzahlen und Kosten auch die fachliche Neuorientierung einer lebenswelt- und dienstleistungsorientierten Kinder- und Jugendhilfe, die mit dem Kinder- und Jugendhilfegesetz ab 1991 eingeleitet wurde.



Die Erziehungshilfeoffensive zielt auf gleichmäßige und abgestimmte Entwicklungen im Feld der Erziehungshilfen, die Unterstützung öffentlicher und freier Träger bei der Schaffung bedarfsgerechter Hilfen sowie eine Kostenstabilisierung. Sie setzt gleichzeitig auf Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit deshalb, weil der Handlungsbedarf bei den Erziehungshilfen eine weitreichende Umbauperspektive erfordert. Nachhaltigkeit kann nicht alleine durch Modellprojekte erreicht werden, sondern erfordert auch eine begleitende und systematische Qualifizierung von Fachkräften der Hilfen zur Erziehung. Qualifizierung ist dabei als Daueraufgabe in sozialpädagogischen Handlungsfeldern zu sehen, und Qualität ist nur durch kontinuierliche Qualifizierung zu erreichen.

Im Kontext der Erziehungshilfeoffensive wurden und werden unterschiedliche Projekte der Praxisforschung/Evaluation, Praxisentwicklung und Qualifizierung gefördert. Dabei ist die Kooperation und enge Zusammenarbeit mit (Fach-)Hochschulen, Forschungsinstituten, Landesjugendamt sowie öffentlichen und freien Trägern ein wesentliches Qualitätsmerkmal. Die Erziehungshilfeoffensive wird seit 1993 von über 20 Einzelprojekten getragen, für die allein die Landesregierung rund 2,5 Millionen Euro aufgewendet hat. Hinzu kommen noch entsprechende Mittel von Kommunen, freien Trägern und anderen.

Zehn Jahre Arbeit sind Anlass allen Kooperationspartnern und –partnerinnen herzlich für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit zu danken. Zehn Jahre Arbeit gaben darüber hinaus den Anstoß, die vorliegende Dokumentation beim Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. in Auftrag zu geben. Herausgekommen ist eine – wie ich finde – gleichermaßen informative wie anregende Publikation. Ich wünsche Ihnen beim Lesen viele interessante Erkenntnisse.

Mainz, im Oktober 2003

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'M. Dreyer'.

Malu Dreyer
Ministerin für Arbeit,
Soziales, Familie und Gesundheit

Die Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz im Kontext der rheinland-pfälzischen „Erziehungshilfeoffensive“

Heinz Müller, Kerstin Rock

1. Einleitung: Die Erziehungshilfeoffensive – mehr als eine Reaktion auf Umbauerfordernisse

Wie kaum ein anderer Jugendhilfeleistungsbereich stehen die Hilfen zur Erziehung seit Anfang der 90er Jahre vor neuen und stetig wachsenden Anforderungen. Ob es sich dabei um die kontinuierlich wachsende Nachfrage nach Hilfen bei einer zunehmenden Verknappung der kommunalen Finanzbudgets handelt, die Umsetzung der rechtlichen Vorgaben des Kinder- und Jugendhilfegesetzes oder aber die konzeptionelle Verarbeitung der Handlungsmaxime der Lebensweltorientierung, so wird deutlich, dass die Umbauerfordernisse in diesem Bereich hoch und mit weitreichenden strukturellen Konsequenzen verbunden sind.

In Rheinland-Pfalz wurde dieser Handlungsbedarf schon früh erkannt. Unter dem programmatischen Titel „Erziehungshilfeoffensive“ wurde in Rheinland-Pfalz Mitte der 90er Jahre eine Förderstruktur aufgelegt und kontinuierlich erweitert, die auf unterschiedlichen Ebenen und mit differenzierten Instrumenten antritt, die Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung fachlich anzuregen und nachhaltig zu gestalten. Dieses Maßnahmenprogramm ist deshalb bundesweit von besonderer Bedeutung, weil es nicht auf die punktuelle Förderung von Modellprojekten reduziert werden kann. Vielmehr werden systematisch und vor dem Hintergrund fundierter Problemanalysen zentrale Handlungsbedarfe aus der Praxis aufgegriffen und bearbeitet. Auch erschöpft sich das Programm in seiner Intention nicht darin, durch die Förderung von Innovation auf einfache Spareffekte zu setzen, sondern folgt einem Leitgedanken, der Fachlichkeit und Wirtschaftlichkeit miteinander verbindet.

Wie die nachfolgenden Ausführungen und die sich anschließenden Projektskizzen zeigen, handelt es sich bei der Erziehungshilfeoffensive um eine Programmstruktur, die in besonderer Weise den vielfältigen fachlichen, rechtlichen und politisch implizierten Umbauerfordernissen Rechnung trägt. Dabei werden die spezifischen Bedingungen qualifizierter Einzelfallhilfe und örtlicher Infrastrukturplanung ins Zentrum eines abgestimmten Förderkonzeptes für Modellprojekte stellt. Die Projekte richten sich gleichermaßen an öffentliche wie an freie Träger der Jugendhilfe. Sie zielen auf die Unterstützung

kooperativer Arbeitsbündnisse vor Ort oder in Regionen, um innovative Konzepte, Organisationsformen und Handlungsansätze in planvoll gestaltete Arbeitsprozesse mit nachhaltiger Wirkung implementieren zu können. Inhaltlich lässt sich das Förderprogramm in fünf zentrale Bausteine unterteilen, denen die bislang durchgeführten Projekte zugeordnet werden können. Sie reichen von der Qualifizierung von Jugendamtsarbeit in den sozialen Diensten über die Entwicklung und Erprobung neuer Methoden und Hilfenformen, der Ausarbeitung spezieller Fortbildungsangebote bis hin zur Praxisforschung- und Evaluationsprojekten. Seit Mitte der 90er Jahre wurden in diesen Bereichen mehr als 24 Projekte realisiert. So konnte die Mehrzahl der freien und öffentlichen Jugendhilfeträger in Rheinland-Pfalz an der Ausgestaltung der Erziehungshilfeoffensive beteiligt und ein landesweiter Planungs- und Qualitätsdiskurs angeregt werden.

Mit dieser inhaltlich differenzierten Anlage und der Zielperspektive, den Umbau unter fachlichen wie ökonomischen Gesichtspunkten nachhaltig zu gestalten, setzt die Erziehungshilfeoffensive landesweit richtungsweisende Akzente. Dabei wird im Unterschied zu bundesweiten Trends deutlich, dass es sich hierbei nicht um einfache Modernisierungsstrategien handelt, die einseitig auf die Einführung von Neuen Steuerungs-, Management- und Organisationsmodellen sowie marktwirtschaftlichen Ökonomisierungsmechanismen setzen. Mittlerweile zeigen eine Vielzahl von theoretischen und empirischen Befunden die eingeschränkte Verwendungsfähigkeit dieser Modelle auf, die dem spezifischen Gegenstand der Hilfen zur Erziehung als rechtlich normierte, personenbezogene soziale Dienstleistung wenig gerecht werden (vgl. Otto, Peter, 2002; Sachverständigenkommission 2002). Vielmehr kann die Programmstruktur der Erziehungshilfeoffensive als fachlich reflexive Modernisierungsstrategie charakterisiert werden, die entlang fachlicher Leitlinien, wissenschaftlicher Erkenntnisse und unter Berücksichtigung des komplexen Zusammenspiels von bedarfs- und qualitätsbeeinflussenden Faktoren auf den Dialog von Praxis, Politik und Wissenschaft setzt. Damit ist das Projekt „Erziehungshilfeoffensive“ anspruchsvoll, bedarf der kontinuierlichen Überprüfung der Ziele und Wirkungen sowie einer konsequenten Ausrichtung an den praktischen Fragestellungen und Handlungsbedarfen. Dabei müssen die unterschiedlichen Interessen und Erwartungen der verschiedenen Akteursgruppen immer wieder neu ausartiert und bestimmt werden, was vor dem Hintergrund der eingegengten finanziellen Spielräume und Einsparnotwendigkeiten nicht einfach ist.

Die vorliegende Broschüre kann in diesem Sinne als Zwischenbilanz gewertet werden, um die Anlage und auch den Ertrag der Programmstruktur transparent zu machen. Mit dem folgenden Einleitungsbeitrag soll der Versuch unternommen werden, die Programmstruktur und die Projekte im Kontext der aktuellen Fachdebatte zu verorten. Dadurch soll zugleich auch ein „roter Faden“ gelegt werden, der neben der Einzeldarstellung der Projekte auch auf den inneren Zusammenhang der Programmmodule verweist. Über die fachliche Einordnung der Projekte können zum einem Ergebnisse und

Reichweite der Innovationen eingeschätzt, aber zum anderen auch weitere Handlungsbedarfe identifiziert werden, die zur Überprüfung, Modifizierung und Fortentwicklung der Programmstruktur genutzt werden können. Im folgenden soll deshalb zunächst auf die Ausgangslage und die Rahmenbedingungen der Erziehungshilfeoffensive eingegangen werden, um dann im zweiten Teil des Beitrags die Module im Überblick und in ihrem Zusammenhang zu verdeutlichen. Daran schließt sich eine Beschreibung und Kommentierung der einzelnen Programmmodule sowie ein Ausblick an.

2. Zur Ausgangslage: Gesellschaftliche, rechtliche und fachliche Veränderungen als Auslöser für den Aus- und Umbau der Erziehungshilfen

2.1. Ansteigende Fremdunterbringung als Reformimpuls

Hintergrund der Erziehungshilfeoffensive war die Feststellung, dass Ende der 80er Jahre entgegen aller Prognosen in Rheinland-Pfalz ein drastischer Anstieg bei den Fremdunterbringungen von Kindern und Jugendlichen in Heimen und Pflegefamilien einsetzte. Von öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe wurde eine Zunahme von Interventionsbedarfen und Problemlagen, aber auch deutlicher werdende Strukturprobleme der Jugendhilfe (Verschiebekarrieren, fehlende Angebote) formuliert. Die Ergebnisse einer durch das rheinland-pfälzische Sozialministerium in Auftrag gegebenen Untersuchung zu „Aktuellen Problemen der Heimerziehung in Rheinland-Pfalz“ (Hamburger, Müller, Porr 1994) wiesen auf ein vielfältiges Ursachengeflecht der gestiegenen Inanspruchnahme von Heimerziehung hin. Arbeitslosigkeit, Armut, familialer Wandel und die Veränderungen in den Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen konnten als Einflussgrößen auf die gestiegene Nachfrage an Hilfen zur Erziehung ebenso identifiziert werden wie neue Zielgruppen und Problemlagen. Die Untersuchung zeigte aber auch Strukturprobleme und Modernitätsdefizite der Jugendhilfe auf, die insbesondere auf die Qualität der Entscheidungsprozesse in den Jugendämtern abhoben und sehr deutlich auf fehlende ambulante und bedarfsorientierte Infrastrukturangebote verwiesen.

Noch Mitte der 90er Jahre war der Anteil ambulanter und teilstationärer Hilfen in der Mehrzahl der rheinland-pfälzischen Jugendämter gering; nur jede 4. Hilfe erfolgte ambulant oder in einer Tagesgruppe. In einigen Jugendämtern waren alternative Angebote zur Fremdunterbringung so gut wie nicht vorhanden. Die Wahrscheinlichkeit für Kinder, Jugendliche und Eltern, frühzeitig eine passgenaue Hilfe zu erhalten, war nur in wenigen Jugendamtsbezirken gegeben. Damit lag Rheinland-Pfalz 1995 im Bundesländervergleich bei der Auswertung des Stellenwertes und des Verhältnisses von ambulanten zu stationären Hilfen an vorletzter Stelle (vgl. Bürger 2001). Deutlich wurde außerdem, dass der ansteigende Hilfebedarf nicht nur auf-

fallend stark in den Landkreisen einsetzte, sondern auch hier die größten Probleme beim Auf- und Ausbau einer bedarfs- und bedürfnisgerechten Jugendhilfe-Infrastruktur bestehen. Als überwiegend ländlich geprägtes Bundesland verfügt Rheinland-Pfalz über 41 Gebietskörperschaften mit eigenem Jugendamt. Mit Ausnahme der wenigen Großstädte handelt es sich um Flächenkreise, Klein- und Mittelstädte, mit sehr begrenzten Ressourcen, um strukturelle Innovationen zu gestalten. Auch ist die Infrastrukturentwicklung im Bereich der Hilfen zur Erziehung in den Flächenlandkreisen schwierig, weil bundesweit hierzu kaum Konzepte vorliegen und für oftmals zahlenmäßig kleine Zielgruppen bedarfsorientierte Hilfen ausgestaltet werden müssen.

Diese Untersuchungsergebnisse beeinflussten in zentraler Weise die programmatische Ausrichtung der Erziehungshilfeoffensive. Von besonderer Bedeutung war die Erkenntnis, dass die Nachfragesteigerung nach Hilfen zur Erziehung in einem engen Zusammenhang mit den Folgen einer fortschreitenden gesellschaftlichen Modernisierung zu sehen ist. Aufgrund nachhaltig veränderter Sozialisations- und Lebensbedingungen kommt es zu einem Bedeutungszuwachs professioneller Unterstützungssysteme. Damit wurde auch implizit deutlich, dass die Nachfragesteigerung nicht eine vorübergehende Trendwende beschreibt, sondern eine strukturelle Modernisierung der Jugendhilfeinfrastruktur erforderlich macht. Eine zentrale Anforderung wird in dem Ausbau präventiver und ambulanter Hilfen gesehen, um Fremdunterbringungen dort zu vermeiden, wo sie nicht indiziert sind. Weder fachlich noch ökonomisch ist es sinnvoll, dass die Heimerziehung zum Ausfallbürgen für gesellschaftlich verursachte Problemlagen wird. Mittlerweile bestätigen auch weitere Untersuchungen, dass es einen Zusammenhang zwischen den soziostrukturellen Belastungsfaktoren und einer erhöhten Inanspruchnahme von Erziehungshilfen gibt (vgl. Bürger 1999). Damit kann nun auch empirisch gut belegt werden, was in der Einzelfallarbeit längst ersichtlich war. Mit zunehmenden gesellschaftlichen Ausgrenzungserfahrungen (z.B. Arbeitslosigkeit, Armut) wachsen auch die Bewältigungsanforderungen, die an Familien gestellt werden. Je stärker die Belastungsformen ausgeprägt und je weniger lebensweltliche Ressourcen vorhanden sind, desto größer ist auch das Risiko, dass ein gelingender Alltag und positive Sozialisationsbedingungen für Kinder und Jugendliche nicht hergestellt werden können. Damit steigt auch die Wahrscheinlichkeit, dass Erziehungsprozesse scheitern, Überforderungen, Krisen und Vernachlässigung eintreten und professionelle Hilfen notwendig werden.

Seit Anfang der 90er Jahre hält die Nachfrage nach Hilfen zur Erziehung bundes- und landesweit ungebrochen an. Trotz demographischer Veränderungen, d.h. einer rückläufigen Anzahl von Minderjährigen, deutet mittelfristig nichts darauf hin, dass der Nachfragedruck auf die Hilfen zur Erziehung in nennenswertem Umfang nachlassen wird. D.h. mit Blick auf den Zusammenhang von soziostrukturellen Belastungsfaktoren und der Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung lassen sich damit auch die Grenzen

der Erziehungshilfeoffensive markieren. Das heißt, dass eine kritische Überprüfung der Zielsetzung der Erziehungshilfeoffensive, nämlich durch eine Stärkung präventiver und ambulanter Hilfen intervenierende und kostenintensive Hilfen zu vermeiden, nur begrenzt mit Mitteln der Jugendhilfe realisiert werden kann. Auf einen ansteigenden Hilfebedarf aufgrund sich verschlechternder Lebensbedingungen und wachsender Bewältigungsanforderungen hat die Jugendhilfe keinen Einfluss. Hier ist vielmehr eine kommunale Sozialpolitik gefordert, die an den Ursachen von sozialen Problemlagen ansetzt. So kann auch eine Leistung der Erziehungshilfeoffensive darin gesehen werden, dass landespolitisch dieser Zusammenhang von soziostrukturellen Veränderungen und einer steigenden Nachfrageentwicklung erkannt und fachpolitisch kommuniziert wurde. In der Konsequenz wurde folgerichtig der Erfolg und die Förderungswürdigkeit von Projekten nicht allein daran gemessen, ob Fallzahlen und Kosten gesenkt wurden, sondern inwieweit hier die professionellen Handlungsspielräume zur Qualifizierung und Effektivierung der Jugendhilfe genutzt wurden.

2.2. Die Erziehungshilfeoffensive im Kontext der rechtlichen Umbau- erfordernisse des Kinder- und Jugendhilfegesetzes

Der Anstieg der Nachfragen nach Hilfen zur Erziehung setzte fast zeitgleich mit der Einführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes ein. Mit diesem Gesetz waren sehr weitreichende Reformen verbunden, die die kommunale Jugendhilfe bei öffentlichen und freien Trägern vor erhebliche Anforderungen stellte. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz normierte einen individuellen Rechtsanspruch auf eine bedarfsgerechte und notwendige Hilfen (§§ 27ff SGB VIII), die nun nicht mehr überwiegend in der Form der klassischen stationären Angebote von Heimerziehung und Vollzeitpflege erbracht werden sollte, sondern eben auch in adäquaten ambulanten und teilstationären Hilfesettings. Damit wurde eine längst überfällige fachliche Forderung auch rechtlich normiert, die darin bestand, Unterstützungsstrukturen verstärkt in die Familien hinein zu verlagern und die lebensweltlichen Ressourcen bei der Ausgestaltung von Hilfen einzubinden, um damit weitere Ausgrenzungen zu vermeiden.

Der Auf- und Ausbau ambulanter und teilstationärer Hilfen setzte zunächst nur zögerlich ein. Vor allem in den Landkreisen mussten nicht nur konzeptionelle Fragen geklärt werden, sondern in der Regel waren auch zusätzliche Haushaltsmittel erforderlich, da nach wie vor auch die stationären Unterbringungsbedarfe anstiegen. Die Ausgestaltung des Umbaus der Erziehungshilfe, d.h. Stärkung ambulanter und teilstationärer Hilfen und Reduzierung von Heimunterbringungen, setzte zudem kooperative Arbeits- und Planungsbündnisse zwischen öffentlichen und freien Trägern voraus, die in entsprechender Weise auch im SGB VIII in Form von Arbeitsgemeinschaften (§ 78 SGB VIII) und Planungsstrukturen (§§ 79, 80 SGB VIII) vorgesehen sind. Vor allem für die freien Träger der Jugendhilfe war diese Umbauperspektive mit strukturellen, organisatorischen und fachlichen Konsequen-

zen verbunden, wenn stationäre Plätze zugunsten ambulanter und teilstationärer Hilfen abgebaut bzw. neue Angebote vorgehalten werden sollten.

Den Projekten der Erziehungshilfeoffensive kamen in der Beförderung des Aus- und Umbaus der regionalen Infrastruktur und der damit verbundenen Implementation der Anforderungen an das Kinder- und Jugendhilfegesetz verschieden Funktionen zu:

- Von der modellhaften Förderung ambulanter Hilfen, von Jugendhilfestationen in ländlichen Regionen und ressourcenorientierten neuen Methoden ging eine landesweite Signalwirkung aus, die die Notwendigkeit der Entwicklung von Alternativen zu stationären Settings deutlich hervorhob. Dadurch konnte der Aus- und Umbau beschleunigt werden. Über begleitende Evaluationen wurde zudem sichergestellt, dass die Implementationsprozesse sowie der Ertrag, aber auch die Anpassungs- und Entwicklungserfordernisse landesweit transparent und kommunizierbar gemacht wurden.
- Da in der überwiegenden Zahl der rheinland-pfälzischen Jugendämter bis heute nur geringe Planungskapazitäten für den Bereich der Hilfen zur Erziehung zur Verfügung stehen, wurden über die Projekte der Erziehungshilfeoffensive häufig auch Planungsstrukturen und Planungsprozesse initiiert, damit der Umbau gezielt entlang der örtlichen Bedarfe und Spezifika erfolgen konnte. In vielen Projekten wurden regionale und überregionale Arbeitskreise von öffentlichen und freien Trägern eingerichtet, die solche Planungsaufgaben wahrnehmen und sich über die Projektlaufzeit hinaus verstetigten.

Nach nunmehr 13 Jahren seit der Einführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes kann für Rheinland-Pfalz festgestellt werden, dass in den meisten Jugendamtsbezirken die Vormachtstellung der stationären Hilfen durch ein leistungsstarkes Angebot von ambulanten und teilstationären Hilfen abgelöst wurde. Seit 1995 zeichnet sich landesweit ein deutlicher Ausbautrend bei den ambulanten und teilstationären Hilfen ab. Mittlerweile erfolgt jede 3. Hilfe ambulant bzw. teilstationär. Die Fallzahlen im Heimbereich sind konstant geblieben, bei einem gleichzeitigen Anstieg des Hilfebedarfs um knapp 14% seit 1999. Bilanzierend kann festgehalten werden, dass die programmatische Ausrichtung der Erziehungshilfeoffensive den Ausbau nichtstationärer Alternativen nachhaltig befördert hat und nur deshalb die Unterbringungszahlen im Heimbereich bei kontinuierlich steigender Nachfrage konstant gehalten werden konnten (vgl. MASFG 2003).

Trotz dieser positiven Entwicklung zeigen sich auch weiterhin erhebliche regionale Disparitäten, die darauf hinweisen, dass längst nicht alle Handlungsspielräume zum Umbau der Infrastruktur ausgeschöpft sind und weiterhin Reformimpulse von der Landesebene notwendig sind. Eine differenzierte Auswertung der Fallzahlenentwicklung auf kommunaler Ebene zeigt allerdings, dass die regionalen Ungleichheiten gewachsen sind. Während

in einigen Jugendamtsbezirken der Anteil ambulanter und teilstationärer Hilfen überwiegt, ist der Ausbaugrad in anderen nur wenig fortgeschritten. D.h. noch längst ist es nicht in allen Regionen des Landes gewährleistet, dass passgenaue Hilfen im Einzelfall installiert werden können. Hier zeigt sich fachlich wie ökonomisch weiterer Handlungsbedarf.

Die Anforderungen des KJHG lassen sich nicht erschöpfend auf die Ausdifferenzierung der Hilfeangebote oder den Aufbau von Planungsstrukturen reduzieren. Insgesamt wurde mit diesem neuen Gesetz ein Paradigmenwechsel von einer hoheitlichen und fürsorglichen zu einer dienstleistungs- und partizipativ ausgerichteten Jugendhilfe vollzogen, der durch die Projekte der Erziehungshilfeoffensive unterstützt wurde. Ansätze finden sich hier beispielsweise in der Stärkung von Beteiligungsmöglichkeiten im Hilfeplanungsprozess, der lebensweltlichen und niedrigschwelligen Ausrichtung von neuen Angebotsformen, familien- und ressourcenorientierten Methoden oder auch in Vernetzungsansätzen von Jugendhilfe, Schule und Jugendpsychiatrie.

Mit dem Kinder- und Jugendhilfegesetz erhielt die Jugendhilfe einen erheblichen Reformimpuls, der neben organisatorischen und technisch zu bewältigenden Veränderungen vor allem elementare fachliche Neukonzeptionen von Angeboten und Diensten erforderlich machte. Dieser Prozess ist längst nicht abgeschlossen, da fachliche Entwicklungen einer kontinuierlichen Reflexion bedürfen und sich nicht nur in Konzepten, sondern auch vor allem auch in veränderten professionellen Haltungen und Arbeitsroutinen niederschlagen müssen (vgl. Merchel 2001). Auch hier finden sich in der Erziehungshilfeoffensive Ansätze, die durch die Stärkung berufsbegleitender Fort- und Weiterbildungen auf eine nachhaltige Qualifizierung setzen.

2.3. Lebenswelt- und Ressourcenorientierung als fachliche Leitlinien der Erziehungshilfeoffensive

Fast zeitgleich mit der Einführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes setzte mit der Veröffentlichung des 8. Kinder- und Jugendhilfeberichtes der Bundesregierung (1990) eine breite Fachdebatte über die Handlungs- und Strukturmaximen einer lebensweltorientierten Jugendhilfe ein. Diese Maxime, die sich im wesentlichen auf die Leitlinien Prävention, Regionalisierung, Alltagsorientierung, Partizipation und Integration beziehen, können ebenso als kritische Reflexionsfolie zur Überprüfung von Strukturen und Handlungsansätzen gewertet werden wie auch als paradigmatische Orientierung zur Ausgestaltung einer zeitgemäßen Jugendhilfe (vgl. BMJFFG 1990). Sie geben damit weitreichende Reformimpulse für die Hilfen zur Erziehung vor.

In Folge der Rezeption des Berichts haben sich in der bundesweiten Fachdebatte drei Leitprinzipien herausgebildet, die in besonderer Weise dem konzeptionellen Umbau der Erziehungshilfe zugrunde liegen und in einem engen Zusammenhang zueinander stehen. Dabei handelt es sich um die Leitprinzipien der Sozialraumorientierung, die Integration und Flexibilisierung

von Hilfen und Ressourcenorientierung.

Das Leitprinzip der Sozialraumorientierung beschreibt eine Reorganisationsperspektive, die sich bei der Ausgestaltung von Angeboten und Diensten bei öffentlichen wie bei freien Trägern an den jeweiligen Lebensbedingungen von Kindern, Jugendlichen und Familien in überschaubaren sozialen Räumen orientiert. Dadurch sollen zum einen niedrigschwellige Zugangswege zu einer bedarfsorientierten, integrierten und weniger stigmatisierenden Infrastruktur geschaffen werden. Zum andern impliziert dieses Leitprinzip, die Kontextbedingungen, die zu sozialen Problemlagen führen, stärker als bisher systematisch mit in den Blick zu nehmen, um durch die Mobilisierung von Ressourcen im Sozialraum zu breiter gefassten Problemlösungsstrategien zu kommen. Sozialräumliche Arbeitsansätze beinhalten folglich neben fallbezogenen Komponenten immer auch netzwerk- und gemeinwesenbezogene Handlungsansätze. Für die organisatorische Ausgestaltung von Diensten und Einrichtungen ergibt sich in der Konsequenz die Anforderung zur Dezentralisierung, d.h. ihrer räumlichen Verortung und Verankerung in zuvor definierten und abgegrenzten Räumen. Auch planerisch und steuerungstechnisch zeigt dieses Leitprinzip neue Möglichkeiten auf. Es geht nicht mehr darum, Infrastrukturangebote gleichmäßig in einer Stadt oder einem Landkreis zu verteilen, sondern entlang der spezifischen Ressourcen und Problemlagen in sozialen Räumen. In der Folge lassen sich daran neue Finanzierungskonzepte wie Sozialraumbudgets knüpfen, die einen bedarfsorientierteren und flexibleren Ressourceneinsatz ermöglichen (vgl. Koch, Lenz 2000, kritisch hierzu: Münder 2001).

In einem engen Zusammenhang damit steht das Leitprinzip zur Integration und Flexibilisierung von Hilfen. Vereinfacht ausgedrückt, geht es hierbei um die inhaltliche und organisatorische Frage, wie es strukturell möglich wird, Hilfesettings konsequent am individuellen Bedarf „maßgeschneidert“ auszurichten. Dabei liegt die Erkenntnis zugrunde, dass in Folge einer zunehmenden Spezialisierung und Ausdifferenzierung von Hilfesystemen immer weniger „ganzheitliche“ Arbeitsansätze realisiert werden können, dadurch eine Zersplitterung von Zuständigkeiten erfolgt und in der Konsequenz sich häufig Verschiebekarrieren von Angebot zu Angebot zeigen. Auch lässt sich das Muster, dass in den 70er und 80er Jahren prägend für die Entwicklung der sozialen Arbeit war, d.h. für neue Zielgruppen und Problemlagen immer neue Angebote zu schaffen, weder fachlich noch ökonomisch weiter legitimieren (vgl. Hartwig 2002).

Im Bereich der Hilfen zur Erziehung wurden unter dem Label „Jugendhilfestationen“ neue Organisationsformen entwickelt und erprobt, die einerseits innerhalb des breiten Spektrums ambulanter, teilstationärer und stationärer Hilfen mehr Durchlässigkeit in der Fallbearbeitung (Hilfe aus einer Hand) vorsahen, als auch Schnittstellen zu anderen präventiven Leistungsbereichen der Jugendhilfe konzeptionell aufnahmen (Integration von Hilfen in Regelstrukturen) (vgl. Klatetzki 1994). Dieses Modell der Jugendhilfestationen eröffnet vor allem in ländlichen Regionen die Möglichkeit, für

zahlenmäßig kleine Zielgruppen eine breitgefächerte Angebotsstruktur vorzuhalten, die nicht nur fachlich richtungsweisend, sondern auch ökonomisch effizient ist.

Das dritte Leitprinzip „Ressourcenorientierung“, das ebenso paradigmatisch die Diskussion beeinflusste, bezieht sich weniger auf organisatorische Umbauanfordernisse, sondern fokussiert eine Neuausrichtung pädagogischer Handlungsansätze. Auch hierbei handelt es sich keineswegs um eine gänzlich neue Idee für pädagogisches Handeln, sondern um eine pädagogische Grundphilosophie, die ein ganzheitliches Handlungsverständnis in den Mittelpunkt professioneller Interaktionen stellt. Beeinflusst durch Ansätze der systemischen Familientherapie (vgl. Conen 2002) geht es darum, nicht mehr nur den Fall mit seinen problematischen Auffälligkeiten zum Gegenstand der Intervention zu machen, sondern familiäre Bindungen, Beziehungsdynamiken und Selbstdeutungen der Adressatinnen und Adressaten in den Mittelpunkt für pädagogische Interventionen zu stellen. Veränderungen werden dabei über den Ausbau von Ressourcen und Kompetenzen herbeigeführt, die in jeder Familie vermutet werden. Auf diese Weise ist es möglich, akzeptierte und wirkungsvolle Lösungswege und Bewältigungsstrategien zu entwickeln. Vor allem in der sozialpädagogischen Familienhilfe (vgl. Teupe 2000), aber auch in den neuen Kurzzeithilfen wie Video-Home-Training und Familienaktivierungsmanagement finden diese ressourcenorientierten Arbeitsansätze eine große Resonanz (vgl. Koch, Lambach 2000; BMFSFJ 1997). Zunehmend wird über die Auswertung der Erfahrungen mit ressourcenorientierten ambulanten Hilfen verstärkt danach gefragt, ob die Ansätze nicht auch auf den stationären Bereich übertragbar seien und Elternarbeit neu definiert werden müsse. Neben einem Zugewinn an pädagogischer Qualität wird hierin auch eine Chance für wirkungsvollere und zeitlich verkürzte Fremdunterbringungen gesehen.

Mit diesen drei Leitlinien lassen sich auch für Rheinland-Pfalz wesentliche Aus- und Umbauorientierungen für die Hilfen zur Erziehung beschreiben, die über die Programmstruktur der Erziehungshilfeoffensive, über Modellprojekte, die Einführung und Evaluation neuer Methoden oder spezielle Fortbildungsangebote befördert wurden.

2.4. Das Jugendamt als zentrale fachliche Planungs- und Steuerungsinstanz im Bereich der Hilfen zur Erziehung

Ein zentraler Baustein der Erziehungshilfeoffensive beschreibt die Qualifizierung von Jugendamtsarbeit im Bereich der sozialen Dienste. Im Unterschied zu bundesweiten Entwicklungstrends wurde in Rheinland-Pfalz schon früh die zentrale Bedeutung der Jugendämter für die Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung erkannt und gezielt gefördert. Über Untersuchungen und Modellprojekte wurde deutlich, dass sich die Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung nicht auf den Aus- und Umbau der Infrastruktur beschränken kann. Die beste Infrastruktur läuft ins Leere, wenn im Jugendamt nicht

zum richtigen Zeitpunkt die richtige, d.h. die notwendige und akzeptierte Hilfe eingeleitet und kontinuierlich weiterentwickelt wird. Mit dem Kinder- und Jugendhilfegesetz wurde dem Jugendamt die Hilfeplanungs- und auch die Planungsverantwortung übertragen, die es in fachlich adäquater Weise auszugestalten gilt. Mit der Unterstützung dieser zentralen Steuerungsfunktionen gehen aber auch erhebliche Anforderungen einher, die ein entsprechendes Aufgabenprofil der sozialen Dienste, methodische Kompetenzen im Bereich der Hilfeplanung und Planungsinformationen und -strukturen erforderlich machen.

Die bundesweite Fachdebatte war weniger von diesen rechtlichen und fachlichen Anforderungen geprägt, als vielmehr von der Diskussion „Neuer Steuerungsmodelle“, die die Kommunalverwaltungen modernisieren sollten. Vielerorts waren es vor allem Jugendämter, an denen die Einführung Neuer Steuerungsmodelle erprobt wurde, obwohl es sich hier sicherlich um den untypischsten Verwaltungsbereich handelt. Vor allem in Großstädten wurden unter dem Leitgedanken „mehr Wettbewerb und Kundenorientierung, Steuerung über Produkte, dezentrale Führungs- und Organisationsstrukturen“ Veränderungsprozesse in Gang gesetzt, die zwar auf Qualitätsverbesserung zielen sollten, vor allem aber auf Einsparungen ausgerichtet waren. Einsparpotentiale wurden vor allem bei den Hilfen zur Erziehung vermutet. Die Umstrukturierung der Jugendämter, die mit neuen Zuschnitten und Auslagerungen ganzer Verwaltungseinheiten einher ging, führte an manchen Orten soweit, dass schon vom „allmählichen Verschwinden“ dieser zentralen Institution die Rede war (vgl. Galuske, Struck, Thole 2000). Ohne Frage haben insbesondere die Vorstöße der KGST mit den vielzähligen Vorschlägen zur Verwaltungsmodernisierung auf notwendige Veränderungen bürokratischen Behördenhandelns hingewiesen. Für die Kinder- und Jugendhilfe war allerdings schnell klar, dass eine fachlich unreflektierte Übertragung betriebswirtschaftlicher Denk- und Vorgehensweisen keinen geeigneten Weg darstellt (vgl. Merchel, Schrapper 1996).

Über eine bundesweite Befragung von Jugendämtern konnte aufgezeigt werden, dass sich nach Einschätzung von Jugendamtsleitungen die Verwaltungsmodernisierung „auf halbem Weg“ befindet (vgl. Mamier u.a. 2002) bzw. „auf halber Strecke“ stecken geblieben ist (vgl. Otto, Peter 2003). Die Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung erhielt über die „Neue Steuerungsdebatte“ keine wesentlichen fachlichen Veränderungsimpulse. Neben inneren Organisationsreformen zeigt sich als nachhaltige Folgewirkung, dass eine marktwirtschaftlich ausgerichtete Modernisierung einsetzte, die für den Bereich der Hilfen zur Erziehung mehr Transparenz über Kosten und Leistungen ebenso wie mehr Konkurrenz und Wettbewerb zwischen den Trägern der Jugendhilfe mit sich gebracht hat.

Über die Projekte der Erziehungshilfeoffensive, die sich auf die Qualifizierung von Jugendamtsarbeit richten, wurde in Rheinland-Pfalz eine fachliche Alternative zur Neuen Steuerung entwickelt (vgl. Hamburger, Müller, Porr 1998). Ausgehend von den rechtlichen und fachlichen Kernaufgaben

der sozialen Dienste wurden Modelle zur Qualifizierung von Hilfeplanungs- und Jugendhilfeplanungsprozessen entwickelt und sozialräumliche Teamstrukturen eingeführt. Im Kern ging es hier darum, die Steuerungskompetenz des Jugendamtes im Bereich der Hilfen zur Erziehung durch Qualifizierung, methodische Innovation, Organisationsentwicklung und den Aufbau von Planungsstrukturen zu erhöhen.

2.5. Qualität als Leitkategorie der Erziehungshilfeoffensive

Mit der Änderung des § 78 a-g SGB VIII hat die Qualitätsdebatte nun auch die Jugendhilfe erreicht. Nachdem in den 90er Jahren in fast allen Sozialgesetzen Regelungen zur Qualitätsüberprüfung und -sicherung eingeführt wurden, sieht die Neufassung des § 78 a-g SGB VIII neben veränderten Finanzierungsregelungen den Abschluss von Qualitätsentwicklungsvereinbarungen für (teil-)stationäre Erziehungshilfen vor. Diese neue gesetzliche Regelung macht es nun erforderlich, dass stärker und systematischer als bisher Leistungen und Wirkungen sowie die dazu notwendigen Rahmenbedingungen und Strukturen bei der Ausgestaltung und Durchführung von Hilfen in den Blick genommen werden. Ist es noch relativ einfach, strukturbezogene Qualitätsmerkmale wie Personal und Ausstattung für eine fachlich qualifizierte Hilfe zu benennen, so stellen sich allerdings größere Probleme bei der Festlegung und Überprüfung von prozess- und wirkungsbezogenen Qualitätsindikatoren.

In der Fachdebatte herrschten lange Zeit erhebliche Vorbehalte gegenüber dem Qualitätsthema. Die kritischen Einwände bezogen sich vor allem darauf, dass Ergebnisse pädagogischer Interaktionen nur schwer messbar und lineare Bezüge von Ursache und Wirkung entlang technischer Machbarkeitsvorstellungen bei personenbezogenen sozialen Dienstleistungen keine Anwendung finden können (vgl. Müller 1996). Mit der sozialrechtlich normierten Aufforderung zum Abschluss von Qualitätsentwicklungsvereinbarungen stellt sich heute nicht mehr die Frage, ob, sondern wie der Qualitätsbegriff für die Hilfen zur Erziehung angewandt werden kann und wie dem spezifischen Gegenstand angemessene Verfahren der Qualitätsentwicklung und -überprüfung aussehen könnten. Auch wenn die Qualitätsdebatte in dieser Form für die Jugendhilfe Neuland beschreibt, so ist die dahinterliegende eigentliche Frage nach fachlichen Standards und Reflexionsmöglichkeiten zur kontinuierlichen arbeitsfeldbezogenen Weiterentwicklung von Handlungskonzepten, -methoden und transparenten Dokumentationsformen keineswegs neu. Jugendhilfeleistungen zielen immer auch auf Wirkungen, die vor dem Hintergrund professioneller Standards einzelfall- und infrastrukturbezogen einer fachlichen Reflexion zugänglich gemacht werden können und müssen (vgl. Merchel 1998).

Die besondere Herausforderung der aktuellen Qualitätsdebatte besteht darin, dass in der hektischen Suche nach geeigneten Möglichkeiten zur Umsetzung dieser neuen rechtlichen Anforderungen nicht vorschnell fachfremde,

aus dem Produktions- oder Dienstleistungsbereich stammende Qualitätsmanagementmodelle auf die Jugendhilfe übertragen werden (vgl. Merchel 2001). Trotz einer mittlerweile unübersichtlichen Zahl von Veröffentlichungen und Modellprojekten gibt es bislang noch keine ausgereiften, allgemein akzeptierten und praktisch handhabbaren Modelle für Qualitätsentwicklung im Bereich der Hilfen zur Erziehung. Darin ist auch eine Ursache zu sehen, warum bei der Umsetzung des § 78 a-g SGB VIII zwar Leistungs- und Entgeltvereinbarungen abgeschlossen werden, Qualitätsentwicklungsvereinbarungen aber eher noch ein randständiges Dasein führen (vgl. Verein für Kommunalwissenschaften 2003).

Trotz aller praktischen, methodischen und theoretischen Bedenken kann in dem Qualitätsdiskurs die Chance gesehen werden, dass über die rechtliche Vorgaben des § 78 a-g SGB VIII betriebswirtschaftliche und fachliche Modernisierungsimpulse für die Hilfen zur Erziehung miteinander verbunden werden und dadurch ein Handlungsrahmen für eine strukturierte Weiterentwicklung und offensive Legitimation von Jugendhilfeleistungen entsteht (vgl. Merchel 2000). In diesem Kontext ist auch die Forderung des 11. Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung zu sehen, der über das Modell eines fachlich regulierten Qualitätswettbewerbs zentrale Bausteine einer modernisierten Kinder- und Jugendhilfe beschreibt und sich gegen einen einseitig preisgesteuerten Wettbewerb richtet (vgl. BMFSFJ 2002).

Das Thema Qualitätsentwicklung spielt auch im Rahmen der Erziehungshilfeoffensive durchweg eine zentrale Rolle, wenn auch nicht in dem engen Sinne der Vorgaben des § 78 a-g SGB VIII. Initiiert wurde die Erziehungshilfeoffensive vor dem Hintergrund eines erheblichen Legitimationsdrucks, der infolge ständig wachsender Fallzahlen und Kosten die Hilfen zur Erziehung zu einem zentralen Politikum in den Kommunen und auf Landesebene werden ließen. Unablässig fanden und finden sich insbesondere in den Haushaltsdebatten kritische Anfragen an die Jugendhilfe, die mehr oder weniger berechtigt, die Notwendigkeit und die Leistungen der kostenintensiven Hilfen ebenso auf den Prüfstand stellen wie Standards und die damit intendierten Wirkungen. Vor allem diese, auf Einsparmöglichkeiten zielenden politischen Anfragen an die Jugendhilfe, bilden das zentrale Bedingungsgefüge für den neueren Qualitätsdiskurs. Durch diese politisch gesetzten Vorzeichen, besteht die Gefahr, dass nicht an den strukturellen Handlungsbedarfen angesetzt und Qualitätsfragen diskutiert und verhandelt werden, sondern über „schnelle“ Lösungen und Standardabsenkungen die anvisierten Einsparziele erreicht werden sollen. Diese erhöhten politischen Legitimationsanforderungen gehen mit einer fachlichen Beschreibung arbeitsfeldinterner Mängel einher. Auf die Notwendigkeit zum Ausbau ambulanter Unterstützungssysteme wird dabei ebenso hingewiesen wie auf den Qualifizierungsbedarf von Hilfeentscheidungen und die Bearbeitung von Schnittstellen zu Regeleinrichtungen in der Lebenswelt von Kindern, Jugendlichen und Familien.

Die zentrale Aufgabe der Erziehungshilfeoffensive besteht und bestand nun

darin, die unterschiedlichen Perspektiven, Interessen und Erwartungen, die politisch wie fachlich formuliert wurden und sich in dem neuen Qualitätsdiskurs niederschlugen, vermittelnd aufzugreifen. D.h. fachliche und ökonomische Ziele galt es sinnvoll miteinander in Beziehung zu bringen, um den strukturellen Umbau zu gestalten. Dabei lag der Programmstruktur der Erziehungshilfeoffensive die Erkenntnis zugrunde, dass eine Hilfe dann am ehesten wirksam ist, wenn es gelingt, zum richtigen Zeitpunkt die richtige Hilfe in der Lebenswelt der Kinder, Jugendlichen und Familien zu installieren. Diese Hilfe sollte partizipativ entwickelt sowie planvoll und kooperativ zwischen öffentlichen und freien Trägern im Hilfeplanungsprozess gesteuert werden. Erfolgt eine qualitativ gute Jugendamtsarbeit in der Auswahl und Planung der Hilfen, sind die geeigneten und notwendigen Hilfen vor Ort vorhanden und können „passgenau“ eingeleitet werden und existieren darüber hinaus fachlich qualifizierte, kooperative Planungsstrukturen, dann erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass die Hilfen wirkungsvoll und erfolgreich in einer angemessenen Zeitperspektive verlaufen. Wirkungsvolle und gelingende Hilfen sind dann auch ökonomisch effizient, weil dadurch verhindert wird, dass aufgrund falscher Diagnosen und mangelnder Angebote Hilfeprozesse eskalieren, Hilfen abbrechen, intervenierende Hilfen oder Verschiebekarrieren einsetzen und als Folge die Kosten im Einzelfall erheblich steigen. Eine aufgrund von mangelnden Standards und fehlenden Hilfeangebote gescheiterte Hilfe ist wirtschaftlich immer ineffizient. Dieser Leitgedanke der Erziehungshilfeoffensive lässt sich mittlerweile auch durch Untersuchungen belegen, die aufzeigen, dass es einen Zusammenhang zwischen der Einhaltung von Qualitätsstandards sowie Erfolg und Wirkungen gibt.

Die Auswertung der Projekte zeigt, dass hier dem berechtigten Anliegen der Politik, Steuerungsinformationen für einen effizienten und planvollen Einsatz begrenzter öffentlicher Mittel zu erhalten, ebenso Rechnung getragen wurde, wie der Förderung struktureller Innovationen, die von der Qualifizierung von Jugendamtsarbeit, über den Aufbau neuer Infrastrukturangebote bis hin zur Förderung von Fortbildungen reichen. Über begleitende Evaluationen und Praxisforschungsprojekte wurde zudem sichergestellt, dass der Ertrag der Modellprojekte fachpolitischen Diskussionen zugänglich gemacht wurde. Auf diese Weise wurde über die Erziehungshilfeoffensive ein landesweiter Qualitätsdiskurs angeregt, der:

- die Dialogorientierung zwischen Praxis, Politik und Wissenschaft ebenso im Blick hatte wie die Unterstützung kooperativer Arbeitsbeziehungen zwischen öffentlichen und freien Trägern,
- nicht einseitig strukturelle Umbauerfordernisse zugunsten kurzfristiger Sparziele und fachfremder Steuerungstechnologien aufgelöst hat,
- der praktische Nutzen von Innovationen und deren nachhaltige Weiterentwicklung und Anpassung an die regionalen Gegebenheiten in den Vordergrund stellte.

Vor diesem Hintergrund zielt die Erziehungshilfeoffensive über eine differenzierte Programmstruktur auf den Ausgleich regionaler Disparitäten, infrastrukturelle und methodische Innovationen, Zielgenauigkeit und Nachhaltigkeit sowie auf den Dialog zwischen öffentlichen, freien Jugendhilfeträgern und Politik. Verbunden mit dieser Zielperspektive trägt die Landesregierung in besonderer Weise dem rechtlichen Anspruch des SGB VIII (§ 82) Rechnung, die Weiterentwicklung der Jugendhilfe anzuregen und zu fördern sowie auf einen gleichmäßigen Ausbau der Einrichtungen und Angebote hinzuwirken.

3. Die Module der Erziehungshilfeoffensive im Überblick

Vor dem Hintergrund dieser fachlichen Verortung der Erziehungshilfeoffensive sollen im folgenden die fünf Module, zu denen sich die geförderten Projekte zuordnen lassen, im Überblick dargestellt werden. Wie die nachfolgende Grafik verdeutlicht, handelt es sich dabei um:

- Modul 1:** Projekte, die im Schwerpunkt auf die Qualifizierung von Jugendamtsarbeit zielen,
- Modul 2:** die Einführung und Erprobung von ressourcen- und familienorientierten methodischen Innovationen,
- Modul 3:** spezifische Fort- und Weiterbildungsangebote für Fachkräfte öffentlicher und freier Träger,
- Modul 4:** den Aufbau neuer Hilfe- und Angebotsformen,
- Modul 5:** Praxisforschungsprojekte und Evaluationen.

Erziehungshilfeoffensive

```
graph TD; A[Erziehungshilfeoffensive] --> B[Qualitätsentwicklungsprojekte in Jugendämtern]; A --> C[Neue Methoden]; A --> D[Qualifizierung]; A --> E[Neue Hilfen]; A --> F[Praxisforschung]; B --> B1[Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung]; B --> B2[Qualitätsentwicklung im Jugendamt]; C --> C1[Video-Home-Training (VHT)]; C --> C2[Familienaktivierungsmanagement (FAM)]; D --> D1[Sozialpädagogische Familienhilfe (Heidelberger Modell)]; D --> D2[Kernkompetenzen des Allgemeinen Sozialen Dienstes]; E --> E1[Erziehungshilfezentrum]; E --> E2[Jugendhilfestationen]; F --> F1[Untersuchung über aktuelle Probleme der Heimerziehung in Rheinland-Pfalz]; F --> F2[Entwicklungsbedingungen und Leistungsfähigkeit Heimerziehung];
```

Qualitätsentwicklungsprojekte in Jugendämtern

Neue Methoden

Qualifizierung

Neue Hilfen

Praxisforschung

Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung

Video-Home-Training (VHT)

Sozialpädagogische Familienhilfe (Heidelberger Modell)

Erziehungshilfezentrum

Untersuchung über aktuelle Probleme der Heimerziehung in Rheinland-Pfalz

Qualitätsentwicklung im Jugendamt

Familienaktivierungsmanagement (FAM)

Kernkompetenzen des Allgemeinen Sozialen Dienstes

Jugendhilfestationen

Entwicklungsbedingungen und Leistungsfähigkeit Heimerziehung

**Weiter-
entwicklung der
HzE in der Stadt
Ludwigshafen**

**Entwicklungs-
psychologische
Beratung von
Eltern**

**Qualifizierung
Tagespflege /
Aufbau von
Tagespflege-
börsen**

**Sozial-
pädagogische
Pflegestellen**

**Berufliche und
soziale Integra-
tion junger
Menschen aus
der stationären
Jugendhilfe**

**Weiter-
entwicklung der
Sozialen
Dienste im JA
Mainz**

**Familien-
aktivierende
soziale Arbeit**

**Fortbildung
„Kooperation
Jugendhilfe und
Schule“**

**Haus der
Beratung**

**Jugendhilfe und
Jugend-
psychiatrie**

**Software für
Soziale Dienste**

**Evaluation der
stationären
Familien-
betreuung**

**Qualitäts-
entwicklung
durch
Berichtswesen**

Modul 1: Eine qualifizierte Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung erfordert qualifizierte Jugendamtsarbeit

Während in den 90er Jahren bundesweit viele Jugendämter mit der Umsetzung „Neuer Steuerungsmodelle“ befasst waren, die in der Regel fachfremden Organisations- und Managementmodellen unterlagen, setzte sich in Rheinland-Pfalz die Erkenntnis durch, dass den Sozialen Diensten bei dem Umbau der Erziehungshilfe eine zentrale Bedeutung zukommt. In den Sozialen Diensten des Jugendamtes wird in jedem Einzelfall die Entscheidung über die geeignete und notwendige Hilfe getroffen und der Hilfeprozess unter Beteiligung der Adressaten und der freien Träger gestaltet. Die Entscheidungsqualität im Jugendamt ist in besonderer Weise an den Erfolg der Hilfe gekoppelt (vgl. Schrapper 1998). Gelingt es den zuständigen Fachkräften in den Sozialen Diensten der Jugendämter vor dem Hintergrund einer qualifizierten Problem- und Ressourcenanalyse ein akzeptiertes Hilfesetting zu entwickeln, dann sind Hilfen wirkungsvoll. Basieren die Entscheidungsprozesse im Jugendamt hingegen auf stigmatisierenden Problemzuschreibungen und Kriseninterventionen, fehlen entsprechende Beteiligungsformen der Adressaten und werden wenig passgenaue Standardhilfen zugewiesen, schließen sich häufig Hilfeabbrüche und Hilfekarrieren an (vgl. Hamburger, Müller, Porr 1998).

Qualifizierte Entscheidungsprozesse in Jugendämtern sind fachlich anspruchsvoll. Entsprechend sind in der Organisation der Jugendämter (sozialraumorientierte) Teamstrukturen erforderlich, die kollegiale Beratung im Entscheidungsprozess und Hilfeverlauf ermöglichen. Regional organisierte Teamstrukturen stellen zudem unter fachlichen Gesichtspunkten eine adäquate Aufbau- und Ablaufstruktur für die Sozialen Dienste dar und bilden eine zentrale Voraussetzung zur Gestaltung sozialräumlicher Planungsprozesse für die Hilfe zur Erziehung. Über das Modellprojekt „Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung“ wurden zunächst in acht Jugendämtern organisationsstrukturelle Merkmale für fachlich qualifizierte Jugendamtsarbeit ausgearbeitet, Methoden der kollegialen Beratung entwickelt und erprobt sowie Instrumente und Methoden für Planungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung entworfen. Die Ergebnisse des Modellprojekts wurden in einer Übergangsphase auf 15 weitere Jugendämter übertragen. Im Rahmen der Modellphase und der anschließenden Übertragungsphase (Qualitätsentwicklung in Jugendämtern) wurden somit in 23 der 41 Jugendamtsbezirken zentrale Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz geschaffen. Allerdings muss einschränkend angemerkt werden, dass die ausgearbeiteten Qualitätsstandards sehr weitreichende Konsequenzen für die Jugendamtsarbeit nach sich ziehen und deren Überführung in alltägliche Handlungsabläufe Entwicklungszeit, begleitende Qualifizierungen und entsprechende personelle Rahmenbedingungen erfordern.

Als zentraler Bestandteil der Verwaltungsmodernisierung und Qualifizierung der Jugendamtsarbeit kann auch das Modellprojekt „Software für die sozia-

len Dienste“ angesehen werden. Während es heute kaum noch einen Arbeitsplatz gibt, der nicht über eine entsprechende Hard- und Softwareausstattung verfügt, geht diese Entwicklung in der Jugendhilfe und vor allem im Bereich der Sozialen Dienste eher langsam voran. Zwar verfügt die wirtschaftliche Jugendhilfe in den Jugendämtern in der Regel über eine entsprechende Software zur Zahlbarmachung von Hilfen. Bundesweit sind aber kaum Programme auf dem Markt, die den Arbeitsbereich der Sozialen Dienste abbilden. Dem gegenüber handelt es sich bei dem Modellprojekt „Einführung einer Software für die Sozialen Dienste“, um ein EDV-Programm, dass beansprucht, insbesondere im Bereich der Sozialen Dienste work-flow-orientiert zu sein. Im Unterschied zu anderen marktgängigen Programmen ist hier die Besonderheit, dass über die Software nicht nur Planungsdaten erhoben werden, sondern alle Arbeitsabläufe im Bereich der Sozialen Dienste erfasst und edv-technisch abgebildet werden sollen. Ohne Zweifel kann die Software-Einführung als verwaltungstechnische Innovation und als wegweisend angesehen werden. Allerdings darf nicht verkannt werden, dass insbesondere die mit der Einführung und Weiterentwicklung verbundenen inhaltlichen Fragen zur Erfassung sozialpädagogischer Arbeitsfelder von grundsätzlicher Natur sind und sorgfältig im Zusammenwirken mit den Modelljugendämtern bearbeitet werden müssen, damit sich das Programm in der Praxis bewährt.

Im SGB XIII findet sich für die Kommunen die konkrete Verpflichtung zur Jugendhilfeplanung. Die örtliche Jugendhilfeplanung endet in der Regel an den Kreis- und Stadtgrenzen. Es zeigt sich aber ein kreis- und stadtübergreifender Planungsbedarf, um einerseits Transparenz über die regionale Angebots- und Leistungsstruktur herzustellen, andererseits einen koordinierten Ausbau von Hilfen voranzutreiben. Das bisher einzige Planungsinstrument, das kontinuierlich die Leistungen der Jugendhilfe erfasst, ist die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik. Allerdings ist nach mehr als 10-jähriger Erfahrung mit den amtlichen Daten festzustellen, dass sich dieses Erhebungsinstrument aufgrund einer hohen Fehlerquote und mangelnder Aktualität zur Gestaltung zeitnaher, valider und fachlich geleiteter örtlicher und überörtlicher Planung nicht durchgesetzt hat. Mit dem Modellprojekt „Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen“ soll die landesweite Jugendhilfeplanung und -berichterstattung qualifiziert werden. Ziel ist der Aufbau einer Datenstrategie, die es ermöglicht, zeitnah Auskunft über die kommunale Inanspruchnahme von Jugendhilfeleistungen zu geben. Dabei werden Fallzahlen- und Kostenentwicklungen ebenso berücksichtigt wie infrastrukturelle Bedingungen und ausgewählte demographische und soziostrukturelle Faktoren. Der im Projekt zu erstellende „Landesbericht Hilfen zur Erziehung“ sowie die Diskussion der Daten in Vergleichsringen können wiederum die Jugendhilfeplanung auf kommunaler Ebene qualifizieren und vorantreiben.

Modul 2: Ressourcen- und familienorientierte methodische Innovationen

Mit dem Obertitel "ressourcen- und familienorientierte methodische Innovationen" kann ein zweiter Strang der Projektförderung beschrieben werden, der gleichzeitig auch die zentralen Gemeinsamkeiten der unterschiedlichen Ansätze fasst. Ohne auf die Projekte im Einzelnen eingehen zu wollen, zeichnen sie sich dadurch aus, dass sie auf die Unterstützung und den Erhalt familiärer Strukturen ausgerichtet sind, so z.B. als präventive Arbeit mit Eltern von Kleinkindern, als Kommunikationstraining für Eltern mit Erziehungsproblemen (VHT) oder als Kurzzeitintervention in Familien, bei denen eine intervenierende Hilfe aufgrund von Krisen ansteht (FASA). Ferner zeichnen sich diese neuen Methoden durch einen hohen Konzeptionalisierungsgrad aus und setzen weniger bei den Defiziten als vielmehr bei den Stärken und Ressourcen der Familien an. Dadurch wird ein hohes Maß an Akzeptanz der Hilfe und eine Veränderungsbereitschaft der Familien erzielt.

Diese neuen Methoden stehen im Einklang mit dem Paradigmenwechsel, den das Kinder- und Jugendhilfegesetz eingeleitet hat, nämlich durch normalisierende Hilfesysteme nicht mehr ausschließlich die Problemzuschreibungen bei einzelnen Kindern und Jugendlichen als Ausgangspunkt für den Hilfeprozess zu nehmen, sondern so weit als möglich an der Förderung der Erziehungskompetenz der Eltern anzusetzen und deren Beteiligung zu sichern. Mit der Einführung dieser Methoden sind nachhaltige Effekte verbunden, die weit über die spezielle Wirkung der einzelnen Modellprojekte hinausreicht. Mit Blick auf die Erfolge in der ressourcenorientierten Arbeit mit Familien setzt eine Diskussion darüber ein, wie einzelne Ansätze aus diesen neuen Methoden auch auf die ambulanten Hilfen übertragen werden können und wie im Bereich der Heimerziehung, Elternarbeit konzeptionell zu fassen ist. Aus diesen fachlichen Diskussionen entstanden neue Anregungen für Fortbildungskonzepte und weitere Modellprojekte.

Modul 3: Qualität und Nachhaltigkeit durch Qualifizierung

Einen weiteren zentralen Baustein der Erziehungshilfeoffensive stellen die Qualifizierungsprojekte dar. Diese Entwicklung dieses Bausteins und gezielter Fortbildungsprogramme trägt der Erkenntnis Rechnung, dass die Qualität der Hilfen maßgeblich von der Qualität der pädagogischen Arbeit im Einzelfall, d.h. der Interaktion zwischen der Familie und der Fachkraft abhängt. Des weiteren stehen die Qualifizierungsprojekte für Nachhaltigkeit, weil Innovationen nicht nur struktureller Natur sein können, sondern auch in die Handlungskonzepte der Fachkräfte übersetzt und über Fortbildungen erlernt werden müssen. Durch die enge Anbindung der Fortbildungen an die Projekte der Erziehungshilfeoffensive sowie die Einbeziehung öffentlicher und freier Träger in ihre konzeptionelle Ausgestaltung, konnte nicht nur ein hohes Maß an Akzeptanz und Praxisrelevanz sichergestellt, son-

dern auch nebenbei die Kooperationsstruktur auf regionaler Ebene verbessert werden.

Bei den Fortbildungsprojekten handelt es sich um einen ressourcenorientierten Ansatz zur Qualifizierung der sozialpädagogischen Familienhilfe, die im Zuge des Ausbaus ambulanter Hilfen deutlich an Bedeutung gewonnen hat. Zum anderen wurde ein bundesweit einmaliges Fortbildungsprogramm für Fachkräfte im Allgemeinen Sozialen Dienst der Jugendämter entwickelt, das auf eine umfassende Qualifizierung der Kernkompetenzen dieses Dienstes zielt. Im Bereich der Tagespflege wurden Tagespflegebörsen und Kurse für Tagesmütter aufgebaut, um die Vermittlung und die Qualität dieses Angebots zu erhöhen. Mit der geplanten Fortbildungsreihe „Praxisentwicklung durch Fortbildung: Qualifizierte Kooperation von Jugendhilfe und Schule im (Vor-)Feld von Erziehungshilfen“, die sich gleichermaßen an Fachkräfte der Jugendhilfe wie an Lehrer und Lehrerinnen richtet, wird ein neues und strukturell bedeutsames Handlungsfeld erschlossen, um an der gemeinsamen Schnittstelle beider Institutionen Kooperation zu qualifizieren und Prävention gezielt anzugehen.

Modul 4: Aufbau neuer Hilfestrukturen in ländlichen Regionen und für spezielle Zielgruppen

Die Stärkung des ambulanten und teilstationären Bereichs konnte dadurch erzielt werden, dass insbesondere für ländliche Regionen modellhaft neue Angebots- und Organisationsformen entwickelt wurden. Insbesondere durch die Einrichtung von Jugendhilfestationen in Regionen ohne adäquate Hilfestrukturen im ambulanten und teilstationären Bereich wurde ein neuer Angebotstypus installiert, der unter regionalen und fachlichen Gesichtspunkten „Hilfe aus einer Hand“ gewährleisten soll. Mit der Einrichtung des Erziehungshilfezentrums in Simmern wurde ein Clearingangebot im Rahmen eines kooperativen Planungsprozesses mit 10 Jugendämtern der Region geschaffen, in dem Kinder, Jugendliche, aber auch ganze Familien zur Abklärung des Hilfebedarfs vorübergehend aufgenommen werden können. Durch den Aufbau von sozialpädagogischen Pflegestellen wurde das Angebot der Vollzeitpflege erweitert, indem durch ein intensives Beratungs- und Unterstützungsangebot die Möglichkeit der Unterbringung von besonders belasteten Kindern in Familien geschaffen wurde. Als modellhaft für ländliche Regionen gilt auch das „Haus der Beratung – ein integratives Beratungsnetz“, das über einen Trägerverbund umgesetzt, auf einen sozialräumlichen und ganzheitlichen Umbau aller Beratungsangebote und eine gleichmäßige Versorgung im Landkreis zielt. Das Modellprojekt „Familienaktivierende Heimerziehung“ markiert eine richtungsweisende Neuausrichtung für die stationären Hilfen, die nun nicht mehr als familienersetzende, sondern auch als familienunterstützende Angebote konzeptionell neu gefasst werden sollen.

Modul 5: „Wissen was man tut“: Evaluationen und Jugendhilfeforschungsprojekte als Reflexionsfolie für die Programmsteuerung

Ein ebenso zentraler Baustein der Erziehungshilfeoffensive sind die Jugendhilfeforschungsprojekte zu praxisrelevanten Problembereichen und die begleitenden Evaluationen von Modellprojekten. Nach wie vor spielt die Jugendhilfeforschung bundesweit eine eher untergeordnete Rolle. Zwar gibt es im Bereich der Hilfen zur Erziehung mittlerweile eine breite Palette an empirischen Untersuchungen. Diese beschränken sich aber in der Regel auf sehr spezielle Fragestellungen und sind nur schwerlich für eine systematische Praxisentwicklung zu nutzen. Die Jugendhilfeforschungsprojekte im Rahmen der Erziehungshilfeoffensive zeichnen sich dadurch aus, dass sie zentrale Fragestellungen bzw. handlungsfeldbezogene Wissensbedarfe aus der Praxis aufgreifen (z.B. Jugendhilfe und Psychiatrie, Heimerziehung etc.). Die Ergebnisse der Untersuchungen sind entsprechend von höherer Praxisrelevanz, werden im Feld kommuniziert und geben Hinweise für weitere Entwicklungsaufgaben auf Landesebene wie auf kommunaler Ebene.

In einem ähnlichen Verwendungskontext sind die Evaluationen zu sehen, die begleitend zu den Modellprojekten durchgeführt werden. Dabei wird davon ausgegangen, dass modellhafte Innovationen nur dann von landesweiter Bedeutung im Hinblick auf ihre Übertragungsmöglichkeiten sein können, wenn systematisch die Voraussetzungen und die Wirkungen der Innovationen aufgearbeitet werden. Weiterhin signalisiert die begleitende Evaluation von Innovationen, dass neue Methoden und Strukturen in den Hilfen zur Erziehung nur begrenzt standardisierbar sind und kontinuierlich den spezifischen Ausgangsbedingungen angepasst werden müssen. Dies kann nur gelingen, wenn „Lernen aus Erfahrung“ über Evaluationen möglich gemacht wird und die Ergebnisse in strukturierter Form den Fachkräften vor Ort und der weiteren Fachöffentlichkeit dargelegt werden.

4. Schluss und Ausblick

Der vorliegende Versuch, die Erziehungshilfeoffensive in ihrer Anlage und Zielrichtung sowie den Ertrag der einzelnen Projekte zu bilanzieren, kann keine systematische Evaluation ersetzen. Die in diesem Beitrag vorgenommenen Einschätzungen und Bewertungen beruhen auf einem Abgleich der rheinland-pfälzischen Entwicklungen mit bundesweiten Trends, Fachdebatten und Forschungsergebnissen. Trotz dieser systematischen Einschränkung kann gut begründbar eine positive Zwischenbilanz gezogen werden, wenn auch gleichzeitig auf weitere Handlungsbedarfe und Praxisprobleme verwiesen werden muss.

Zunächst einmal gilt es deutlich hervorzuheben, dass die Erziehungshilfen weitaus besser sind als ihr Ruf. Vor dem Hintergrund der sich permanent verschärfenden Spardebatte und anhaltend ansteigender Fallzahlen und

Kosten wird allzu häufig in öffentlichen Debatten der Eindruck erweckt, dass es sich bei den Hilfen zur Erziehung um ein „Fass ohne Boden“ handele. Dabei wird impliziert ein ineffizienter Umgang mit öffentlichen Mitteln unterstellt und ausgeblendet, dass es sich hier um die Gewährung einer rechtsstaatlich normierten Leistung handelt. Nicht selten wird die Frage gestellt, warum die Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien in prekären Lebenssituationen so viel Geld kostet, verbunden mit der Feststellung, dass Erziehung doch von „Jedermann/-frau“ erbracht werden kann. Aufgrund ihrer Nähe zu alltagsweltlichen Problem- und Ressourcenbeschreibungen werden im Gleichklang damit auch pädagogisch begründete Hilfeentscheidungen als wenig professionell angezweifelt. Vor allem die Heimerziehung gerät immer wieder zum Spielball möglicher Einsparvorhaben. Da trotz aller Umbaumaßnahmen die erhofften Kostensenkungen nicht eintreten, wird zunehmend auch die Notwendigkeit und Qualität ambulanter Hilfen angezweifelt (vgl. Bürger 2001).

Der auf diese Weise vermittelte Eindruck, der in kommunalpolitischen Diskursen nicht folgenlos bleibt, bedarf einer deutlichen Gegenpositionierung. Die Ergebnisse und Impulse der Erziehungshilfeoffensive wie auch die landesweit erkennbaren Umbau- und Qualifizierungstrends liefern hierzu ausreichende Befunde, die einen gegenstandsangemessenen fachpolitischen und fachlichen Diskurs über die Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung ermöglichen. Eine differenzierte Auswertung der Reformen im Bereich der Hilfen zur Erziehung lässt sogar die These zu, dass dieser Jugendhilfeleistungsbereich wie kaum ein anderer die gesellschaftlich, rechtlich und fachlich begründeten Veränderungsbedarfe aufgenommen und konzeptionell verarbeitet hat, mit Folgewirkungen und Qualifizierungsimpulsen für die gesamte Jugendhilfe und mit Beispielfunktion für andere Sozialleistungsbereiche.

Seit Anfang der 90er Jahre wurden in den Hilfen zur Erziehung paradigmatische Reformen vollzogen, mit weitreichenden Konsequenzen für die fachlichen Handlungsansätze und Organisationsstrukturen bei öffentlichen und freien Trägern. Die Palette der hier aufzuführenden Themen reicht von sozialraum-, familien-, ressourcenorientierten Handlungskonzepten bis hin zu Fragen der Planung, Steuerung und der Einführung neuer Finanzierungsmodelle, die nicht nur theoretisch-normativ diskutiert, sondern auch praktisch strukturell an vielen Orten modellhaft erprobt und umgesetzt wurden. Dabei zeigt sich auch, dass es sich hierbei um nachhaltige Entwicklungstrends handelt, die den Bereich der Hilfen zur Erziehung nicht nur punktuell erfassen, sondern in seiner Ausgestaltung in Gänze neu prägen werden.

In gut 10 Jahre ist es gelungen, die Vormachtstellung der stationären Hilfen, die eine lange Tradition innerhalb der Jugendhilfe haben, durch ein ausdifferenziertes System ambulanter und teilstationärer Hilfen abzulösen. Gab es in Rheinland-Pfalz noch Anfang der 90er Jahre in vielen Jugendämtern so gut wie keine Alternativen zur Fremdunterbringung, so ist der Anteil der Kosten für Heimerziehung im Jahr 2002 auf 55 % gesunken. In keinem

anderen Sozialleistungsbereich hat in dieser Zeitspanne ein vergleichbarer quantitativer Umbau der Infrastruktur stattgefunden. Diese positive Entwicklung darf allerdings keineswegs über die noch vorhandenen interkommunalen Disparitäten hinwegtäuschen, die aufzeigen, dass längst nicht in allen Kommunen in gleicher Weise ein Ausbau ambulanter und teilstationärer Hilfen erfolgt ist und es auch vom Wohnort der Kinder und Jugendlichen abhängt, ob die notwendige und geeignete Hilfe erbracht wird (vgl. MASFG 2003; van Santen u.a. 2003).

In diesem Kontext waren die Projekte der Erziehungshilfeoffensive ein zentraler Motor zur Beschleunigung und fachlichen Unterstützung beim Aufbau einer bedarfsorientierten ambulanten und teilstationären Versorgungsstruktur. Durch die schwerpunktmäßige Ansiedlung von Projekten in ländlichen Regionen wurden die drängendsten Handlungsbedarfe aufgenommen, um dadurch auch auf einen gleichmäßigen landesweiten Ausbau von Diensten und Angeboten hinzuwirken, wie es der Gesetzgeber (§ 82 SGB VIII) vorsieht.

Der Umbau der Erziehungshilfen erfolgte aber nicht nur in quantitativer, sondern auch in qualitativer Hinsicht. Die zentralen Leitbegriffe hierbei waren Sozialraum-, Ressourcen- und Familienorientierung. Mit der sozialräumlichen Neuausrichtung von Diensten und Angeboten ist die Zielperspektive einer bedarfsorientierten Infrastrukturentwicklung verbunden, die sich an den vor Ort vorhandenen Problemlagen und Ressourcen orientiert und dabei lebensweltlich Bezüge ebenso berücksichtigt wie eine Vernetzung zu bestehenden Regeleinrichtungen. In der Konsequenz geht damit eine Dezentralisierung von Verwaltungsstrukturen beim öffentlichen Jugendhilfeträger und eine Flexibilisierung und Integration von Erziehungshilfeangeboten bei freien Jugendhilfeträgern einher. In einer Vielzahl von Jugendämtern wurden über die Modellprojekte der Erziehungshilfeoffensive sozialräumlich ausgerichtete Teamstrukturen in den sozialen Diensten aufgebaut. Am Beispiel der geförderten Jugendhilfestationen wurden flexible und integrierte Hilfesysteme für ländliche Regionen entwickelt. Folgerichtig schlossen sich Qualifizierungsprogramme an, die eine Abkehr defizit- und individuumszentrierter Handlungsansätze hin zu familien- und ressourcenbezogener neuer Methoden und professioneller Haltungen beinhalten. Damit wurde auch den Vorgaben des Kinder- und Jugendhilfegesetzes entsprochen, dass sich mit seinen Leistungen in erster Linie auf die Förderung der Erziehungskompetenzen von Familien bezieht und damit einen grundlegenden Perspektivwechsel von einer obrigkeits- und ordnungsbehördlichen Funktion zur sozialen Dienstleistung vollzieht.

Damit soll nicht einer verklärten Familienideologie das Wort geredet werden, die erkennt, dass sich familiäre Strukturen erheblich verändert haben und darin auch ein Ursache für ansteigende professionelle Unterstützungsleistungen zu sehen ist. Vielmehr handelt es sich hierbei um eine fachlich-konzeptionelle Auslegung von Unterstützungsleistungen, die weniger intervenierend, kontrollierend und stigmatisierend ausgerichtet sind und damit

auf Akzeptanz und Beteiligung setzten. Damit wird auch der Erkenntnis Rechnung getragen, dass nur eine akzeptierte Hilfe, die an den zentralen Problemlagen und Ressourcen der Familie ansetzt und lebensweltliche Bezüge und Selbstdeutungen achtet, auch wirkungsvoll und damit effizient ist. Auch hier haben die Projekte der Erziehungshilfeoffensive programmatisch und praktisch Akzente gesetzt, die weit über Modellförderungen hinausreichen und nun auch Eingang in die „Standardhilfe“ gefunden haben. Nicht zu letzt sei erwähnt, dass sich mit dem geplanten Projekt „Familienaktivierende Heimerziehung“ auch für den stationären Bereich aus dieser Entwicklung heraus eine gänzlich neue Orientierung abzeichnet, die diese Hilfeform nicht mehr nur als familienersetzend, sondern auch als familienergänzend konzeptioniert und dabei eine „Rückführungsoption vom ersten Tag an“ in den Hilfeprozess integriert. Werden in den verschiedenen anderen Sozialleistungsbereichen die Themen Sozialraum- und Ressourcenorientierung noch eher auf der Ebenen von theoretischen Modellen reflektiert und exemplarisch erprobt, so zeichnet sich im Bereich der Hilfen zur Erziehung hier ein nachhaltiger Entwicklungstrend ab, der in der Praxis angekommen ist und weiter ausgebaut werden sollte.

Auch im Bereich der Planung und Steuerung existiert bei den Hilfen zur Erziehung mittlerweile ein qualifiziertes Instrumentarium, dass dem öffentlichen Jugendhilfeträger eine bedarfs-, prozess- und wirkungsorientierte Ausgestaltung von Hilfen und Infrastrukturangeboten ermöglicht. Im Prozess der Hilfeplanung (§56 SGB VIII) sollen in einem multiprofessionellen Team qualifizierte sozialpädagogische Diagnosen erstellt, die AdressatInnen von Hilfe beteiligt und in kooperativen Arbeitszusammenhängen öffentlicher und freier Träger kontinuierlich Hilfeprozesse überprüft und zielorientiert weiterentwickelt werden. Im Rahmen der Projekte der Erziehungshilfeoffensive wurde schnell deutlich, dass in der Qualifizierung dieser Schlüsselfunktion „Hilfeplanung“ die Dreh- und Angelstelle zur Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung liegt. Mittlerweile wurde in mehr als der Hälfte der rheinland-pfälzischen Jugendämtern an der Umsetzung qualifizierter Hilfeplanung gearbeitet. Bei allen Erfolgen zeigt sich aber auch, dass die Umsetzung von Qualitätsstandards der Hilfeplanung anspruchsvoll und mit erheblichen Konsequenzen für die Ausgestaltung von Jugendamtsarbeit verbunden ist. Handlungsbedarf zeigt sich nicht nur bei der Frage, wie viel Personal für eine Umsetzung dieses Qualitätsstandards notwendig ist, sondern auch die Themen „sozialpädagogische Diagnose“ und „Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Eltern“ bedürfen einer weiteren Qualifizierung. Ungeachtet dieser Entwicklungsbedarfe kann dennoch bilanziert werden, dass in Rheinland-Pfalz hier die richtigen Akzente gesetzt und Steuerungsanforderungen qualifiziert wurden, die durchaus als fachliche Alternative zu den betriebswirtschaftlich ausgerichteten „Neuen Steuerungsmodellen“ zu sehen sind. Auch hier ist der Bereich der Hilfen zur Erziehung für andere Sozialleistungsbereiche wie die Sozial-, Alten- oder Behindertenhilfe vorbildlich, die nun „Hilfeplanungsverfahren“, angelehnt an die Erfahrungen aus der Jugendhil-

fe, adaptieren (vgl. Brülle, Reis 2001).

Auch das Projekt „Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen“ zielt auf die fachliche Qualifizierung von Planungs- und Steuerungsmöglichkeiten im Bereich der Hilfen zur Erziehung. Auch hierbei wird mit dem rheinland-pfälzischen Modellprojekt eine richtungsweisende Innovation auf den Weg gebracht, die darauf zielt, systematisch Informationen über die Nachfragebedingungen, Infrastrukturleistungen und Hilfgewährungspraxis für fachpolitische, planerische und fachliche Diskurse zu gewinnen und aufzubereiten. Damit wird nicht nur dem aus Praxis und Politik angemahnten Entwicklungsbedarf zum Aufbau einer qualifizierten Datenstruktur entsprochen, sondern auch den Forderungen des 11. Kinder- und Jugendberichts, der hierin einen zentralen Baustein einer modernisierten Kinder- und Jugendhilfe sieht.

Diese hier aufgezählten Eckpunkte zur Kennzeichnung der strukturellen Innovation sollen genügen, um den Ertrag der Erziehungshilfe wie auch die Bemühungen der öffentlichen und freien Jugendhilfeträgern vor Ort zusammenfassend zu bilanzieren. Deutlich gemacht werden sollte, dass der eingeleitete Umbau nachhaltig ausgerichtet ist und den strukturellen Handlungsbedarfen Rechnung trägt. Darüber hinaus wird erkennbar, dass in den Hilfen zur Erziehung wie kaum in einem anderen Sozialleistungsbereich die unterschiedlichen Reformbedarfe aktiv aufgegriffen und fachlich-konzeptionell bearbeitet wurden, so dass die entwickelten Handlungsansätze, Verfahren, Instrumente und Organisationsformen nun beispielgebend sind.

Im Kontext der Erziehungshilfeoffensive wirkte hier besonders förderlich, dass in einem fachlich wie ökonomisch reflektierten Qualitätsdiskurs auf die Zusammenarbeit von öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe und das Zusammenspiel von Praxis, Politik und Wissenschaft gesetzt wurde. In den vergangenen Jahren wurde vieles angestoßen und erreicht. Was nun ansteht, ist nicht nur ein weiterer Ausgleich interkommunaler Disparitäten, sondern auch eine weitere Verstetigung und Integration der Innovation in die Arbeitsroutine und -strukturen vor Ort. Veränderungen, insbesondere wenn sie von so weitreichender Tragweite sind, brauchen Zeit, müssen kontinuierlich reflektiert und weiterentwickelt werden. Diesbezüglich zeigt sich weiterer Handlungsbedarf an den Schnittstellen der Hilfen zur Erziehung zu den Regelangeboten wie Kindertagesstätten, Jugendarbeit und Schulen. Verbunden mit der Zielsetzung, die präventive Ausrichtung der Jugendhilfe zu stärken, braucht es hier angebots- und institutionenübergreifende Ansätze, die frühzeitig auf die Vermeidung intervenierender Hilfen hinwirken. Damit wäre eine ergänzende programmatische Ausrichtung der Erziehungshilfeoffensive notwendig, die über einzelne Hilfesysteme hinaus auf die Gestaltung von Lebensräumen zielt.

Literatur

- Baur, D.; Finkel, M.; Hamberger, M.; Kühn, A. D.:* Leistungen und Grenzen von Heimerziehung: Ergebnisse einer Evaluationsstudie stationärer und teilstationärer Erziehungshilfen. Hrsg. Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend. Stuttgart, Berlin, Köln 1998
- Brülle, Heiner; Reis, Claus (Hrsg.):* Neue Steuerung in der Sozialhilfe. Neuwied 2001
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.):* Leistungen und Grenzen von Heimerziehung. Stuttgart 1998
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.* Elfter Kinder- und Jugendbericht. Berlin 2002
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:* Handbuch sozialpädagogische Familienhilfe. Stuttgart 1997
- Bundesministerium für Jugend, Familien, Frauen, Gesundheit:* Achter Jugendbericht. Bonn 1990
- Bürger, Ulrich:* Können ambulante Hilfen Fremdunterbringungen vermeiden? Eine Bilanz der Hilfen zur Erziehung im Zeitalter des KJHG. In: Rauschenbach, Thomas; Schilling, Matthias (Hrsg.): Kinder- und Jugendhilfereport 1, Münster 2001
- Conen, Marie-Luise (Hrsg.):* Wo keine Hoffnung ist, muss man sie erfinden. Heidelberg 2002
- Galuske, Michael; Struck, Norbert; Thole, Werner (Hrsg.)* Zukunft des Jugendamtes. Neuwied 2000
- Hamburger, F.; Müller, H.; Porr, C.:* Untersuchung über aktuelle Probleme der Heimerziehung in Rheinland-Pfalz. Mainz 1994
- Hamburger, Franz; Müller, Heinz; Porr, Claudia:* Innovation und Steuerung aus der Praxis. Mainz 1998
- Hartwig, Luise:* Spezialisierung versus Entspezialisierung. In: Schröer u.a. (Hrsg.): Handbuch Kinder- und Jugendhilfe. Weinheim 2002
- Klatetzki, Thomas (Hrsg.):* Flexible Erziehungshilfen. Münster 1994
- Koch, Günther; Lambach, Rolf:* Familienerhaltung als Programm. Münster 2000
- Koch, Josef; Lenz, Stefan (Hrsg.):* Integrierte Hilfen und sozialräumliche Finanzierungsformen. Frankfurt 2000
- Landeswohlfahrtsverband Württemberg-Hohenzollern:* Bericht zur Entwicklung von Jugendhilfebedarf und soziostrukturellem Wandel in Württemberg-Hohenzollern. Stuttgart 2002

- Marnier, Jasmin u.a.*: Organisatorische Einkettung von Jugendhilfeaufgaben in der Kommunalverwaltung. In: Sachverständigenkommission 11. Kinder- und Jugendhilfebericht (Hrsg.) Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe. München 2002
- Merchel, Joachim (Hrsg.)*: Qualität in der Jugendhilfe. Münster 1998
- Merchel, Joachim (Hrsg.)*: Qualitätsentwicklung in Einrichtungen und Diensten der Erziehungshilfe. Frankfurt 2000
- Merchel, Joachim*: Das KJHG - Impulsgeber für die fachliche Entwicklung in der Jugendhilfe? Zwischenbilanz nach einem Zeitraum von 10 Jahren Jugendhilfe mit dem Kinder- und Jugendhilfegesetz. In: Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Mehr Chancen für Kinder- und Jugendliche. Münster 2001
- Merchel, Joachim*: Qualitätsmanagement in der Sozialen Arbeit. Münster 2001
- Merchel, Joachim; Schrapper, Christian (Hrsg.)*: Neue Steuerung. Tendenzen der Organisationsentwicklung in der Sozialverwaltung. Münster 1996
- Merchel, Joachim*: Neue Steuerungsmodelle und fachliche Handlungsprinzipien der Jugendhilfe. Zwischen Kolonialisierung, gegenseitiger Nichtbeachtung und reformerischem Nebeneinander. In: Otto, Hans-Uwe; Peter, Hilmar: Jugendhilfe trotz Verwaltungsmodernisierung. Münster 2002
- Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit Rheinland-Pfalz*: Erzieherische Hilfen in Rheinland-Pfalz, Mainz 2003
- Müller, Burkhard*: Qualitätsprodukt Jugendhilfe. Freiburg 1996
- Münder, Johannes*: Sozialraumorientierung und das Kinder- und Jugendhilferecht. In: Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V.. München 2001
- Otto, Hans-Uwe; Peter, Hilmar*: Jugendhilfe trotz Verwaltungsmodernisierung. Münster 2002
- Sachverständigenkommission 11. Kinder- u. Jugendbericht (Hrsg.)*: Band 1: Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe. Münster 2002
- Schrapper, Christian (Hrsg.)*: Qualität und Kosten im ASD. Münster 1998
- Teupe, Ursula*: Qualifizierungsangebot für Fachkräfte in der Sozialpädagogischen Familienhilfe und anderer erzieherischer Hilfen in Rheinland-Pfalz. Mainz 2000

Van Santen, Eric u.a.: Kinder- und Jugendhilfe in Bewegung – Aktion oder Reaktion? München 2003

Verein für Kommunalwissenschaften e.V.: Erste Erfahrungen bei der Umsetzung der Regelung nach §§ 78 a-g SGB VIII und die wirkungsorientierte Gestaltung von Qualitätsentwicklungs- Leistungs- und Entgeltvereinbarungen. Berlin 2003

Heinz Müller

Dr. Kerstin Rock

Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (ism)

Kaiserstr. 31

55116 Mainz

06131/240410

Email: ism@ism-mainz.de

Projektdurchführung

Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V.

Modelljugendämter: Landkreis Altenkirchen, Landkreis Alzey-Worms, Landkreis Birkenfeld, Landkreis Bitburg-Prüm, Stadt Bad Kreuznach, Landkreis Rhein- Hunsrück, Rhein-Lahn-Kreis, Stadt Kaiserslautern

Laufzeit des Projektes

Modellphase 1: 1994 bis 1996

Modellphase 2: 1997 bis 1999

Gegenstand und Ziele

Dieses Modellprojekt setzte an den zentralen Handlungsbedarfen an, die über die Untersuchung „Aktuelle Probleme der Heimerziehung in Rheinland-Pfalz“ aufgezeigt wurden. Zum einen wurde in der Studie festgestellt, dass sich Anfang der 90er Jahre die höchsten Nachfragesteigerungen im Bereich der Erziehungshilfen in den Landkreisen zeigten. Gleichzeitig war hier der Ausbau ambulanter und teilstationärer Hilfen, die das SGB VIII als gleichberechtigte Alternative neben den Fremdunterbringungen vorsieht, nur wenig fortgeschritten. In Folge dessen konnte angenommen werden, dass die Ursachen steigender Heimunterbringungszahlen in dem Fehlen nicht-stationärer Alternativen lagen. Zum zweiten wurde über die Untersuchung herausgearbeitet, dass dem Jugendamt bei der Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung eine ganz zentrale Stellung zukommt. Auch hier stellten die rechtlichen Vorgaben des SGB VIII vielfältige neue Anforderungen an das Aufgabenprofil und die Organisationsstruktur der Jugendamtsarbeit im Bereich der Sozialen Dienste und der Jugendhilfeplanung. Entsprechend den Vorgaben des § 36 SGB VIII sollen im Zusammenwirken von Fachkräften und unter Beteiligung der Adressaten die notwendigen und geeigneten Hilfen entwickelt und planvoll im gesamten Hilfeprozeß gesteuert werden. Ferner ist das Jugendamt über den § 80 SGB VIII dazu verpflichtet, eine bedarfsorientierte Infrastruktur im Bereich der Hilfen zur Erziehung vorzuhalten.

Aufgrund der fachlichen und rechtlichen neuen Anforderungen sowie vor dem Hintergrund einer kontinuierlich steigenden Nachfrage nach Erziehungshilfen stellte sich die Frage, welche organisatorischen Rahmenbedingungen und Handlungskonzepte in den Jugendämtern erforderlich sind, damit die Hilfen zur Erziehung weiterentwickelt werden können. Entsprechend wurde ein Modellprojekt konzipiert, das zwei Ziele in den Vordergrund stellte.

- (1) Die Qualifizierung von professionellen Handlungskompetenzen sowie von Arbeits- und Entscheidungsprozessen innerhalb der Jugendämter unter besonderer Berücksichtigung der Verbesserung der Steuerungs- und Planungskompetenzen.
- (2) Die konzeptionelle Weiterentwicklung lebensweltorientierter präventiver Hilfen sowie ambulanter, teilstationärer und stationärer Hilfen zur Erziehung in den Modellregionen.

Das Modellprojekt war als Praxisforschungs- und Praxisentwicklungsprojekt angelegt. Über die Rückkopplung von Untersuchungsergebnissen (z.B. aus Aktenanalyse, Zeitbudgetanalyse, Sozialraumanalyse) sowie die Diskussion und Bewertung dieser Ergebnisse vor dem Hintergrund des Wissens der Fachkräfte wurden die spezifischen Handlungsbedarfe der einzelnen Jugendämter genauer beschrieben. Entsprechende Handlungsempfehlungen wurden in fachpolitische Diskussionen eingebunden, Umsetzungsprozesse wurden begleitet. Jugendamtsübergreifend wurden regelmäßig Arbeitstagungen für Leitungs- und Planungsfachkräfte sowie Fachtagungen und Seminare für Fachkräfte in der Praxis durchgeführt.

Zentrale Inhalte und Ergebnisse

Die Wirkungen und Ergebnisse des Modellprojektes waren vielschichtig. Je nach Ausgangsvoraussetzung der Jugendämter konnten konkrete Schritte der Praxisentwicklung auf folgenden Ebenen angestoßen bzw. umgesetzt werden:

- Profilierung der Aufgaben und Ziele der Sozialen Dienste, Entwicklung von Qualitätsmerkmalen und -standards;
- Einführung eines sozialraumorientierten Teammodells;
- Qualifizierung von Hilfeplanungsprozessen durch Formen der kollegialen Beratung, angemessene Beteiligungsformen der Adressaten sowie Kooperationsformen mit freien Trägern;
- Auf- und Ausbau der Angebote im Bereich der Hilfen zur Erziehung mit dem Schwerpunkt der Schaffung flexibler und integrierter Hilfesysteme in sozialräumlichen Bezügen;
- Entwicklung eines Planungsmodells für die Hilfe zur Erziehung;
- Förderung sozialraumbezogener Kooperationsformen zur Gestaltung präventiver Arbeits- und Planungszusammenhänge.

In den Modelljugendämtern hat sich allgemein gezeigt, dass vielfältige Entwicklungspotentiale aufgetan werden konnten. Diese trugen dazu bei, im Einzelfall die „richtige Hilfe“ bereitzustellen und perspektivisch durch die Stärkung sozialraumbezogener Vernetzung und Konzeptentwicklung intervenierende Hilfen zu vermeiden. An zahlreichen Beispielen konnte belegt werden, dass unter diesen Bedingungen eine fachlich gute Jugendhilfe auch ökonomisch effizient ist.

Empfehlungen/Weiterentwicklungen aus dem Projekt

- Modellprojekt „Qualitätsentwicklung im Jugendamt“ als Anschlussprojekt zur Übertragung der Ergebnisse und Erkenntnisse des Modellprojektes auf andere rheinland-pfälzische Jugendämter
- Initiierung der Fortbildungs- und Weiterbildungsreihe für den Allgemeinen Sozialen Dienst „Qualität durch Qualifizierung“

Finanzierung

Land Rheinland-Pfalz, Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit und die Modelljugendämter zu je 50%

Publikationen

Hamburger, Franz; Müller, Heinz; Porr, Claudia: Innovation und Steuerung aus der Praxis. Bericht über ein Modellprojekt zur Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Mainz 1998.

Kontakt

Institut für Sozialpädagogische Forschung
Mainz e.V., (ism)
Kaiserstr. 31, 55116 Mainz,
Tel. : 06131/240410,
Email: ism@ism-mainz.de

Projektdurchführung

Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V.

Beratungstage: Jugendämter Landkreis Bad Kreuznach, Landkreis Westerwald, Stadt Worms, Stadt Landau, Stadt Pirmasens, Stadt Zweibrücken, Landkreis Ludwigshafen, Landkreis Mayen-Koblenz, Landkreis Südwest-Pfalz, Stadt Andernach, Landkreis Kusel, Landkreis Germersheim, Landkreis Südliche Weinstraße, Stadt Frankenthal

ASD-Software: Landkreis Mayen-Koblenz, Landkreis Neuwied, Landkreis Germersheim, Stadt Mainz, Stadt Landau, Dessoy-Engelhardt

Projektlaufzeit

01/2000 bis 12/2002

Gegenstand und Ziele

Im Anschluss an das Modellprojekt „Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung“ stellte sich die Frage, wie eine Übertragung der Ergebnisse gesichert und weitere Praxisentwicklung in den rheinland-pfälzischen Jugendämtern befördert werden kann. Immer deutlicher zeigte sich, dass der Arbeitsansatz des Modellprojektes durch die Verbindung von Qualifizierung, Organisations- und Konzeptentwicklung sowie Planung eine Alternative zur technokratischen Einführung „neuer Steuerungsmodelle“ darstellt. Auch konnte über das Modellprojekt die zentrale Bedeutung des Allgemeinen Sozialen Dienstes herausgearbeitet und ein spezifisches Fortbildungskonzept entwickelt werden. Schnittstellen aus den Ergebnisse zeigten sich ferner zu der Frage, welche fachlichen Anforderungen an eine Software zu richten sind, damit sozialpädagogische Diagnosen, Hilfeplanungen und Jugendhilfeplanungsprozesse unterstützt und abgebildet werden können. Ein ganz neuer Schwerpunkt für die Jugendamtsarbeit ergab sich Ende der 80er Jahre aus der Reform des SGB VIII, in der verbindlich der Abschluss von Qualitätsentwicklungsvereinbarungen im § 78 a-g SGB VIII vorgesehen wurde; konzeptionell aber noch weitgehend unklar war, wie das konkret in der Praxis erfolgen sollte.

Mit Blick auf diese Fragestellungen umfasst das Modellprojekt „Qualitätsentwicklung im Jugendamt“ vier Bausteine:

Baustein 1: Übertragung ausgewählter Modellprojektergebnisse aus den Bereichen Sozialraumorientierte Teamentwicklung,

Hilfeplanung und Jugendhilfeplanung im Bereich der Hilfen zur Erziehung auf interessierte Jugendämter. Mittels vier Beratungstagen sollten Schwerpunktthemen aufgearbeitet und in Praxisentwicklungsschritte überführt werden.

- Baustein 2:* Ausarbeitung eines Fortbildungscurriculums für Fachkräfte im Allgemeinen Sozialen Dienst (Zertifikatskurs „Qualität durch Qualifizierung“) und modellhafte Umsetzung.
- Baustein 3:* Erhebung zum Umsetzungsstand der Qualitätsentwicklungsvereinbarungen nach § 78ff. SGB VIII in Form einer schriftliche Befragung aller Jugendämter und freien Träger der Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz.
- Baustein 4:* Fachliche Beratung bei der modellhaften Einführung der Software „social-assistent“ mit dem Schwerpunkt der Weiterentwicklung der Diagnose-, Hilfeplanungs- und Jugendhilfeplanungstools im Bereich der Hilfen zur Erziehung.

Zentrale Inhalte und Ergebnisse

Ausgewählte Ergebnisse zu den Bausteinen:

- Die Nachfrage nach einer Übertragung der Modellprojektergebnisse war groß. Die vier Beratungstage wurden von insgesamt 15 Jugendämtern in Anspruch genommen. Je nach den örtlichen Voraussetzungen und Fragestellungen konnten in allen Jugendämtern Praxisentwicklungsschritte angestoßen und teilweise in der Umsetzung begleitet werden. In acht der 15 Jugendämter stand das Thema Sozialraumorientierte Teamentwicklung im Mittelpunkt. In drei Jugendämtern wurde ausschließlich an Qualitätsstandards der Hilfeplanung gearbeitet. Das Thema Jugendhilfeplanung wurde in einer Region im Zusammenschluß von drei Jugendämtern und unter Einbindung aller freien Träger in einem längeren Prozeß bearbeitet. In einem weiteren Jugendamt wurde der Aufbau einer Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII begleitet und unterstützt.
- Die schriftliche Befragung zum Stand der Umsetzung von Qualitätsentwicklungsvereinbarungen bei Jugendämtern und freien Trägern hat ergeben, dass landesweit erst in Ansätzen entsprechende Konzepte entwickelt und erprobt werden. Der Schwerpunkt der Umsetzung des § 78a-g SGB VIII liegt zunächst noch im Bereich der Ausgestaltung von Entgelt- und Leistungsvereinbarungen. Dort, wo zwischen Jugendämtern und freien Trägern Qualitätsentwicklungsvereinbarungen abgeschlossen wurden, zeigen die Befragungsergebnisse, dass sich auch die Kooperation verbessert hat und neben einer betriebswirtschaftlichen auch eine fachliche Modernisierung über kooperative Qualitätsdialoge stattfinden kann.

Finanzierung

Land Rheinland-Pfalz, Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit

Kooperationspartner

Dessoy & Engelhardt
Landesjugendamt
Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum Rheinland-Pfalz

Kontakt

**Institut für Sozialpädagogische Forschung
Mainz e.V., (ism)**
Kaiserstr. 31, 55116 Mainz,
Tel. : 06131/240410,
Email: ism@ism-mainz.de

Dessoy & Engelhardt,
Kaiserstr. 42, 55116 Mainz,
Tel.: 06131/614563

**Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum im
Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung
Rheinland-Pfalz (SPFZ),**
Hartmühlenweg 4, 55122 Mainz,
Tel.: 06131/967-0

Projektdurchführung

Stadt Ludwigshafen, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V.

Projektlaufzeit

05/2002 bis 06/2004

Gegenstand und Ziele

Im Jugendamt der Stadt Ludwigshafen wurden Mitte der 90er Jahre umfangreiche Reformen zur Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung durchgeführt. Neben der Einrichtung von Regionalteams wurden Standards für die Hilfeplanung entwickelt, Entscheidungsprozesse qualifiziert sowie Pflegestellen eingerichtet (um nur einige Beispiele zu nennen). Mit Hilfe dieser Umstrukturierungen, Qualifizierungen und Weiterentwicklungen in der Angebotsstruktur sollte die Qualität erzieherischer Hilfen verbessert und letztlich auch der Kostenanstieg begrenzt werden.

Seit Ende der 90er Jahre steigt die Nachfrage nach Hilfen zur Erziehung wieder deutlich an. Vor dem Hintergrund knapper werdender öffentlicher Mittel und den Anforderungen zur Haushaltskonsolidierung stellt sich die Frage, welche Wirkungen, aber auch welche Weiterentwicklungsbedarfe sich aus den Reformen heute ableiten lassen und wie Qualitätsstandards von Jugendamtsarbeit im Bereich der Hilfen zur Erziehung genauer beschrieben werden können. Darüber hinaus zeigt sich Handlungsbedarf für einen weiteren sozialräumlichen Umbau der Jugendhilfe. Unklar ist ferner, wie ein fachliches Berichtswesen im Bereich der Hilfen zur Erziehung ausgestaltet sein muss, damit über das Wissen aus gelingenden und misslingenden Hilfeprozessen und sozialräumlichen Lebenslagenentwicklungen kontinuierlich Planung betrieben und eine fachlich und ökonomisch effiziente Infrastruktur-entwicklung in den Sozialräumen des Stadtgebietes betrieben werden kann.

Zur Bearbeitung dieser Fragen wird eine Evaluation der Hilfen zur Erziehung durchgeführt. Das Design der Evaluation sieht eine schriftliche Befragung von Adressaten erzieherischer Hilfen sowie qualitative Interviews mit Familien, die erzieherische Hilfen erhalten (haben), vor. Darüber hinaus soll eine Aktenanalyse laufender und beendeter ambulanter, teilstationärer und stationärer Erziehungshilfen im Jugendamt erfolgen.

Da die Evaluation dazu dienen soll, den zurückliegenden wie auch den weiteren Reformprozess zu reflektieren, werden sämtliche

Untersuchungsergebnisse mit den Fach- und Leitungskräften im Rahmen von Fachtagen und Steuerungsgruppensitzungen diskutiert und bewertet. Am Ende der Evaluation steht die Formulierung von Handlungsempfehlungen, die sich im wesentlichen auf die zukünftige Gestaltung präventiver und erzieherischer Hilfen, auf die Gestaltung von Qualitätsstandards innerhalb des Jugendamtes sowie auf die Gestaltung eines Berichtswesens beziehen.

Empfehlungen/Weiterentwicklungen aus dem Projekt

Die zu erwartenden Ergebnisse des Modellprojektes bilden nicht nur für die Stadt Ludwigshafen eine Grundlage, um den laufenden Reformprozess fundiert fortsetzen bzw. korrigieren zu können. Sie liefern darüber hinaus modellhaft Ansatzpunkte für die Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung, die von vergleichbaren Großstadtjugendämtern genutzt werden können.

Finanzierung

Stadt Ludwigshafen und Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit zu je 50%

Kontakt

Stadt Ludwigshafen,
Fachbereich Kinder, Jugend und Familie,
Westendstr. 17, 67059 Ludwigshafen,
Tel.: 0621/504-0

**Institut für Sozialpädagogische Forschung
Mainz e.V., (ism)**
Kaiserstr. 31, 55116 Mainz,
Tel.: 06131/240410,
Email: ism@ism-mainz.de

Projektdurchführung

Stadt Mainz, Jugendamt

Wissenschaftliche Begleitung und Beratung: Institut für
Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V.

Projektlaufzeit

01/2002 bis 12/2004

Gegenstand und Ziele

Im Rahmen der Erziehungshilfeoffensive Rheinland-Pfalz wurden in den 90er Jahren schwerpunktmäßig Projekte in ländlichen Regionen gefördert, weil hier die Zuwächse bei der Hilfenachfrage am größten und der Ausdifferenzierungsgrad der sozialen Infrastruktur im Bereich der ambulanten und teilstationären Hilfen am geringsten war. Aufgrund des anhaltend hohen Fallzahlenanstiegs in den Städten des Landes stellte sich aber auch hier die Frage, wie die Erkenntnisse aus den verschiedenen Modellprojekten für die Weiterentwicklung der Jugendamtsarbeit und der Angebotsstruktur im Bereich der Hilfen zur Erziehung genutzt und auf die spezifische Situation von städtischen Lebensräumen angepasst werden können.

Im Jugendamt der Stadt Mainz wurde die Notwendigkeit zur Weiterentwicklung der Sozialen Dienste und der Infrastruktur im Bereich der Hilfen zur Erziehung erkannt. In einem ersten Schritt wurden Leitlinien ausgearbeitet, die sich an den Handlungsmaximen lebensweltorientierter Jugendhilfe ausrichten. Die Umsetzung der Leitlinien soll in einem Organisations- und Konzeptentwicklungsprozess erfolgen. Dazu ist eine Organisationsanalyse erforderlich, die Schwachstellen ebenso wie qualifizierte Arbeitsroutinen identifiziert, an denen Entwicklungsschritte anschließen können.

Hier setzt das Modellprojekt „Weiterentwicklung der Sozialen Dienste im Stadtjugendamt Mainz“ an, das zwei Durchführungsphasen vorsieht.

1. Phase:

In der ersten Phase erfolgt eine Organisationsanalyse mittels einer schriftlichen Befragung aller Fachkräfte in den sozialen Diensten sowie Einzel- und Gruppeninterviews. Die so gewonnenen Ergebnisse sollen in eine Zielbestimmung und -vereinbarung münden, die für die Fach- und Leitungskräfte eine verbindliche Grundlage zur Weiterentwicklung der Organisationsstruktur der Sozialen Dienste bietet.

2. Phase:

In der zweiten Phase werden die wichtigsten Elemente der Zielvereinbarungen konkretisiert und in veränderte Organisationsstrukturen

und Handlungsroutrinen überführt. Die Umsetzung erfolgt prozess- und beteiligungsorientiert. Neben organisationsstrukturellen Fragen werden bestimmte Themenbereiche wie etwa Fallbesprechung, Hilfeplanung und Jugendhilfeplanung unter Einbindung aller Fach- und Leitungskräfte inhaltlich gefüllt. Als Orte für diese Diskussions- und Arbeitsprozesse werden im Rahmen des Projektes eine Steuerungsgruppe und Arbeitsgruppen zu spezielle Fragestellungen eingerichtet sowie Workshops/ Fachtage durchgeführt.

Empfehlungen/Weiterentwicklungen aus dem Projekt

Die Weiterentwicklung der Sozialen Dienste des Jugendamtes der Stadt Mainz ist über den konkreten örtlichen Nutzen hinaus von besonderer landesweiter Bedeutung. Die Leitlinien des Jugendamtes mit den Kernelementen Prävention, Sozialraumbezug, Partizipation und Alltagsorientierung, die es umzusetzen gilt, geben in umfassender Weise eine fachliche Weiterentwicklungsperspektive für die Hilfen zur Erziehung vor. Wie diese fachlich anspruchsvollen Handlungsmaximen in die Praxis umgesetzt werden können, welche Konsequenzen sich daraus für die Organisationsstruktur und Handlungskonzepte der Sozialen Dienste sowie für die konkrete Ausgestaltung der Infrastruktur in städtischen Sozialräumen ergibt, ist weitgehend unklar. Vor diesem Hintergrund sollen die Erfahrungen mit der Umsetzung des „Mainzer Modells“ wissenschaftlich begleitet und Übertragungsmöglichkeiten für andere rheinland-pfälzische Kommunen aufgezeigt werden.

Finanzierung

Stadt Mainz und Land Rheinland-Pfalz, Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit zu je 50%

Kontakt

Stadt Mainz, Jugendamt,
Stadthaus, 55116 Mainz,
Tel.: 06131/12-2753

**Institut für Sozialpädagogische Forschung
Mainz e.V., (ism)**
Kaiserstr. 31, 55116 Mainz,
Tel.: 06131/240410,
Email: ism@ism-mainz.de

Projektdurchführung

Software-Entwicklung: Dessoy & Engelhardt

Software-Einführung: Jugendämter der Stadt Mainz, Stadt Landau, Landkreis Neuwied, Landkreis Mayen-Koblenz, Landkreis Germersheim

Fachberatung: Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V.

Projektlaufzeit

2002 bis 2003

Gegenstand und Ziele

Der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) ist im Jugendamt die zentrale Schalt- und Entscheidungsstelle im Bereich der Hilfen zur Erziehung. Hier laufen alle wesentlichen Informationen über Einzelfälle und sozial-räumliche Entwicklungen zusammen, die im Hinblick auf ein qualifiziertes Fallmanagement und Planungsaufgaben reflektiert und weiterverarbeitet werden müssen. Mit der Einführung der von der Firma Dessoy & Engelhardt entwickelten Software „social-assistent“ bei fünf rheinland-pfälzischen Jugendämtern soll der EDV-Einsatz in den Sozialen Diensten der Jugendämter modellhaft unterstützt werden.

Bei dieser Software handelt es sich um eine edv-technische Gesamtlösung für zentrale Arbeitsfelder des Jugendamtes, die von der elektronischen Aktenführung über Module für die wirtschaftliche Jugendhilfe bis hin zur Unterstützung von Planungsprozessen reicht.

Um die Anpassung der Programmstruktur und -inhalte an die Bedarfe der Jugendämter zu unterstützen, wird die Softwareeinführung durch das Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. fachlich begleitet.

Schwerpunkte der fachlichen Begleitung sind:

- Aufbau einer Anbieterdatei für Angebote im Bereich der Hilfen zur Erziehung
- Weiterentwicklung des Hilfeplanungs- und Diagnosemoduls zur qualifizierten Erfassung von Informationen, die für die Auswahl und Steuerung einer Hilfe zur Erziehung unter fachlichen und rechtlichen Gesichtspunkten relevant sind
- Weiterentwicklung des Jugendhilfeplanungsmoduls und Ausarbeitung von Auswertungsroutinen, damit die für Planung und Infrastrukturentwicklung notwendigen Informationen gewonnen und aufbereitet werden können.

Bei der fachlichen Begleitung der Softwareeinführung geht es auch um die Bearbeitung der Frage, wie das Programm an die Arbeitsroutinen angepasst werden kann, welche innerorganisatorischen Voraussetzungen in den Jugendämtern dazu erforderlich sind und wie Qualitätsstandards durch die Softwarelösung erfasst und befördert werden können.

Empfehlungen/Weiterentwicklungen aus dem Projekt

Ohne Zweifel steht fest, dass in den kommenden Jahren eine edv-technische Modernisierung im Bereich der Jugendhilfe stattfinden wird. Während vor wenigen Jahren der EDV-Einsatz in der Jugendhilfe eher ein Thema für die wirtschaftliche Jugendhilfe und die Jugendhilfeplanung war, zeigt sich heute, dass auch zunehmend die sozialpädagogischen Kernaufgaben über Softwarelösungen abgebildet werden. Die Erfahrungen aus dem Modellprojekt zeigen, dass eine Softwareeinführung eine grundlegende Voraussetzung für ein qualifiziertes Wissensmanagement im Bereich der Hilfen zur Erziehung darstellt.

Gleichwohl wird auch deutlich, dass eine Erfassung und Abbildung jugendhilfespezifischer Arbeitsinhalte und -prozesse an die Bearbeitung inhaltlicher Fragen etwa zu Qualitätsstandards sowie mit Organisationsentwicklungsprozessen verbunden ist.

Finanzierung

Jugendämter mit Zuschuss vom Land Rheinland-Pfalz, Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit

Kontakt

**Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit,
Referat Hilfen zur Erziehung,**
Bauhofstraße 9, 55116 Mainz,
Tel.: 06131/16-0

Dessoy-Engelhardt,
Kaiserstr. 42, 55116 Mainz,
Tel.: 06131/614563

**Institut für Sozialpädagogische Forschung
Mainz e.V., (ism)**
Kaiserstr. 31, 55116 Mainz,
Tel. : 06131/240410,
Email: ism@ism-mainz.de

Projektdurchführung

Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V.

Projektlaufzeit

2003 bis 2004

Gegenstand und Ziele

Die Hilfen zur Erziehung stehen wie kaum ein anderer Jugendhilfeleistungsbereich seit Anfang der 90er Jahre im Zentrum politischer und fachlicher Auseinandersetzung. Konträr zu dieser weitreichenden Bedeutung, die die Hilfen zur Erziehung in den vergangenen Jahren erfahren haben, besteht eine wenig fundierte Wissensbasis über die Nachfrage nach Erziehungshilfeleistungen und die sie bedingenden Faktoren. Nur wenige Kommunen verfügen bislang über ausgereifte Planungs- und Berichtswesenkonzepte für die Hilfen zur Erziehung. Auch für die Landesebene fehlen valide und zeitnahe Daten, die die regionalen Unterschiede hinsichtlich der Nachfrage nach Hilfen zur Erziehung, der Hilfestützungspraxis und der Infrastrukturbedingungen transparent machen und so Entwicklungstrends und -anforderungen erkennen lassen.

Das Projekt setzt an diesen Informationsbedarfen an und zielt auf den Aufbau einer qualifizierten Wissensbasis über die Nachfragebedingungen und -entwicklungen der Hilfen zur Erziehung in den rheinland-pfälzischen Kommunen und auf Landesebene.

Im Einzelnen werden folgende Teilziele verfolgt:

- Aufbau einer Datenstruktur, die den Leistungsbereich der Hilfen zur Erziehung (z.B. Fallzahlen, Kosten) differenziert erfasst ebenso wie ausgewählte bedarfsbeeinflussende demographische, soziostrukturelle und infrastrukturelle Faktoren.
- Erstellung eines Landesberichtes „Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz“, in dem eine Abbildung und Interpretation der Inanspruchnahme von Erziehungshilfen unter Berücksichtigung der zentralen Einflussfaktoren auf die Nachfrageentwicklung erfolgt, als Basis für Planung und Qualitätsentwicklung in den Kommunen und auf Landesebene.
- Aufbau einer kooperativen Arbeits- und Dialogstruktur unter Einbeziehung aller relevanten Akteure (z.B. Ministerium, Landesjugendamt, Landesjugendhilfeausschuss, Arbeitsgemeinschaft der Jugendämter, freie Träger der Jugendhilfe) im Feld der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz, um gemeinsame Informationsbedarfe und geeignete Informationsquellen zu ermitteln sowie die gewonnenen Daten im Hinblick auf Qualitätsentwicklungsbedarfe zu disku-

tieren und in Planungsprozesse zu überführen.

- Transfer und Vertiefung der Ergebnisse im Rahmen zweier interkommunaler Vergleichsringe (Städte, Landkreise).
- Ausarbeitung von Handlungsempfehlungen im Hinblick auf den Aufbau kommunaler Berichtswesen und Weiterentwicklungsbedarfe bei den Hilfen zur Erziehung.

Finanzierung

Land Rheinland-Pfalz, Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit

Kooperationspartner

Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit, Landesjugendhilfeausschuss, Arbeitsgemeinschaft der Jugendämter, freie Träger der Jugendhilfe

Publikationen

Die Projektkonzeption „Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen: Planung, Steuerung und Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz“ kann über das Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit bezogen werden.

Kontakt

**Institut für Sozialpädagogische Forschung
Mainz e.V., (ism)**
Kaiserstr. 31, 55118 Mainz,
Tel. : 06131/240410,
Email: ism@ism-mainz.de

Projektdurchführung

Projekträger:	Evangelische Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Schmiedel
VHT-Ausbildung:	Stichting Orion, Niederlande
Evaluation:	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V.

Laufzeit des Projektes

1997 bis 2001

Gegenstand und Ziele

Video-Home-Training (VHT) ist eine aus den Niederlanden stammende, in praktischen Handlungszusammenhängen entstandene Methode für die Arbeit mit Familien mit Kommunikations- und Erziehungsproblemen. Über ein audiovisuelles Feed-back soll die Selbstwahrnehmung umfassend gesteigert, das familiäre Kommunikations- und Interaktionsverhalten verbessert sowie die elterliche Erziehungskompetenz gestärkt werden.

Gegenstand des Modellprojektes „Video-Home-Training“ war die Einführung dieses Arbeitsansatzes in das System der Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz und im Saarland. Durch die wissenschaftliche Evaluation sollte der Prozeß der Implementierung unterstützt sowie die Entscheidung über die weitere Verbreitung der Methode und notwendige Modifikationen empirisch fundiert werden.

An der VHT-Einführung waren sechs Jugendhilfeeinrichtungen mit unterschiedlichen Angebotsschwerpunkten im ambulanten, teilstationären und stationären Bereich, eine Sozialberatungsstelle, zwei Erziehungsberatungsstellen und zwei Sozialpädiatrische Zentren beteiligt. Ziel des Projektes war es, exemplarisch in diesen Institutionen Video-Home-Training in das Leistungs- und Methodenspektrum zu integrieren und in der örtlichen Jugendhilfestruktur zu verankern. Dazu wurden 14 Fachkräfte zu Trainern und vier Fachkräfte zu Beratern/Supervisoren ausgebildet. Während der Laufzeit des Projektes wurden mehr als 100 Trainings mit Familien durchgeführt.

Zentrale Inhalte und Ergebnisse

Die exemplarische Einführung von VHT in Erziehungsberatungsstellen, Sozialpädiatrischen Zentren und Einrichtungen der Jugendhilfe und deren Evaluation hat folgende Ergebnisse erbracht:

Wirkung der Methode

- VHT als aufsuchende, zeitliche begrenzte, ressourcen- und lösungsorientierte Methode erfährt eine hohen Akzeptanz bei den Adressaten. Sowohl aus der Perspektive der Trainer wie auch der Eltern verliefen fast alle Trainings erfolgreich. Sie konnten häufig ohne Anschlussmaßnahme beendet werden oder trugen zu einer verbesserten Motivation der Eltern für anschließende oder parallel verlaufende Maßnahmen bei.

Anwendungsspektrum

- Das Leistungsprofil und das Anwendungsspektrum der Methode sind breit. Eingesetzt wurde VHT bei verschiedenartigen Problemstellungen (Erziehungsproblemen, Entwicklungsverzögerungen, Konflikten oder Entfremdung zwischen Eltern und Kind) und in unterschiedlichen Familienkonstellationen und -situationen; sogar in einigen Grenzfällen bei Gewalt-, Sucht- und psychiatrischen Problembelastungen.
- Je nach Problemstellung ergaben sich unterschiedliche Einsatzfunktionen. Die Funktion der Trainings reicht von eher präventiv bis kriseninterventiv. Generell kann VHT rasch und unaufwendig begonnen werden, der Verlauf (ca. 5 bis 6 Monate) ist relativ kurzzeitig und der Kostenaufwand gut kalkulierbar.

Einsatzformen

- VHT kann als eigenständige präventive Hilfe eingesetzt oder als methodische Bereicherung im Rahmen anderer Hilfen genutzt werden.
- Die bisherigen Einsatzformen lassen sich zum Teil relativ klar und angemessen in das gesetzliche Hilfespektrum einfügen. Der Einsatz von VHT erfolgte vor allem als einzelfallbezogene Hilfe nach § 27 SGB VIII, seltener als Familienberatung nach §§ 16 bis 18 SGB VIII oder als heilpädagogische Frühförderung nach § 40 BSHG. Darüber hinaus wurden Trainings auch formal einzelnen Hilfen nach §§ 28 bis 35 SGB VIII zugeordnet.
- Für eine stabile Implementierung und verlässliche Nutzbarkeit von VHT ist eine zwischen freiem Träger und Jugendämtern abgestimmte Einsatzklärung, Angebotsentwicklung und Finanzierung unerlässlich.

Empfehlungen/Weiterentwicklungen aus dem Projekt

In 2002 wurde ein weiterer Ausbildungskurs in Video-Home-Training durch das Sozialpädagogische Fortbildungszentrum Rheinland-Pfalz durchgeführt.

Finanzierung

VHT-Ausbildung	40% Förderung durch das Land Rheinland-Pfalz, Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen
Evaluation	Land Rheinland-Pfalz, Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen und Saarland, Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales

Kooperationspartner

Evangelische Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Schmiedel, Jugendhilfezentrum Don Bosco, Nardinihaus Pirmasens, Jugenddorf Wolfstein, Tagesgruppe Dudweiler und Ambulante Jugendhilfe des Diakonischen Werkes an der Saar, Sozialberatung des Diakonischen Zentrums Neunkirchen, Lebensberatungen Simmern und Gerolstein, Reha Westpfalz, SPZ der Diakonie-Anstalten Bad Kreuznach

Kontakt

Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz (SPFZ),
Hartmühlenweg 4, 55122 Mainz,
Tel.: 06131/967-0

Projektdurchführung

Implementierung	Trägerverbund bestehend aus: Evangelische Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Schmiedel, Evangelisches Kinder- und Jugendheim kreuznacher diakonie Niederwörresbach, Jugendhilfezentrum Don Bosco Helenenberg, Kinder- und Jugendhilfe St. Hildegard, Ökumenischer Erziehungshilfeverbund Simmern
Ausbildung	Hospital St. Wendel
Evaluation	Planungsgruppe PETRA e.V.

Projektlaufzeit

1996 bis 1999

Gegenstand und Ziele

Das Familienaktivierungsmanagement (FAM) (synonyme Bezeichnung Families First) ist ein ambulant Kriseninterventionsprogramm für Familien und wird angewandt, wenn ein oder mehrere Kind/er dieser Familie fremdplatziert werden sollen. Es setzt in der Krise ein, ist auf maximal 6 Wochen begrenzt und erfolgt durch ausgebildete FAM-Mitarbeiterinnen vor Ort. Das Vorgehen der Mitarbeiterinnen folgt der FAM-Konzeption, die neben Werthaltungen und allgemeinen Orientierungen auch konkrete Techniken und Instrumente beinhaltet. Die konzepttreue Anwendung des Programms wird über Teamstruktur und Supervision sichergestellt.

Die Einführung des Families-First-Programms in Rheinland-Pfalz war eingebunden in ein Modellprojekt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das darauf abzielte, neue Formen familienerhaltender Hilfen zu fördern. Sie erfolgte durch einen Verbund von vier freien Trägern der Jugendhilfe in Kooperation mit zehn Jugendämtern. Die Ausbildung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und die begleitende Supervision übernahm die FAM-Mutter-Einrichtung Hospital St. Wendel. Um das Families-First-Programm in den Jugendämtern bekannt zu machen, wurden im Projektverlauf auch mehrtägige Fortbildungen für Fachkräfte des Allgemeinen Sozialen Dienstes durchgeführt. Als Teil des Bundesprojektes fand eine wissenschaftliche Evaluation der Programmeinführung durch die Planungsgruppe PETRA e.V. statt.

Zentrale Inhalte und Ergebnisse

Aus der Auswertung der Implementationserfahrungen und der durchgeführten 71 Kriseninterventionen liegen folgende Ergebnisse vor:

Wirkung des Familie-First-Programms

- Die Handlungsmöglichkeiten und Effekte wurden durch die Fachkräfte zumeist positiv bewertet. Voraussetzung dafür war, dass eine in die Indikation passende Problematik vorlag, die Kooperationsbereitschaft der Eltern gegeben war und ein nicht schon festgelegter Entschluss der Fremdplatzierung bestand.
- Die Auswirkungen der Krisenintervention auf die Familie lagen vor allem in einer gewissen Entspannung der Problemsituation, durch die in mehr als der Hälfte der Fälle das Auseinanderbrechen der Familie verhindert werden konnte. Allerdings war im Regelfall eine Nachfolgehilfe erforderlich, um die Effekte nachhaltig abzusichern.

Anwendung der Konzeption

- Als Vorzüge des Konzeptes erwiesen sich die Verbindlichkeit hinsichtlich Haltung, Techniken und Instrumenten, die Handlungsorientierung mit starker Ausrichtung auf Verhaltensplanung und konkreter Problembewältigung, die Orientierung an den Ressourcen der Familie sowie die strikte Zeitbegrenzung.
- Dem Konzept wurde in der Fallarbeit weitestgehend gefolgt, wobei eine relativ weiche Handhabung der Indikation und eine etwas weniger verbindliche Handhabung der Supervision zu Abweichungen führen konnten.
- Im Projektverlauf ergab sich eine Differenzierung des Konzeptes. Es wurden drei Formen von Families First ausdifferenziert. Zusätzlich zu Families First als Kriseninterventionsprogramm wurden Clearing und Rückführung nach dem Programm Families First als Leistungen angeboten.

Institutionalisierung

- Die Nachfrage bzw. die Belegung des Projektes war im gesamten Projektverlauf nicht konstant. Obwohl auf der Fallebene positive Ergebnisse erreicht wurden, hat sich die Methode auch nach Projektende noch nicht etabliert.
- Die Kurzfristigkeit des Programms stellt nicht nur Anforderungen an die Handlungs- und Entscheidungsabläufe in den Jugendämtern, sondern macht auch bei den freien Trägern eine organisationsinterne Umstrukturierung bzw. Flexibilisierung notwendig.
- Da in der Mehrzahl der Fälle familienunterstützende Maßnahmen im Anschluß an die Krisenintervention notwendig waren, erfordert die Institutionalisierung von FAM das Vorhandensein einer entsprechend flexiblen Jugendhilfeinfrastruktur und ressourcenorientierter Arbeitsansätze in den Nachfolgehilfen.

Empfehlungen/Weiterentwicklungen aus dem Projekt

Über die Einführung von FAM wurde insgesamt die Bedeutung lösungs- und ressourcenorientierter Arbeitsansätze für alle Felder der Erziehungshilfe gestärkt. Die positiven Erfahrungen von FAM führten ebenfalls dazu, das Thema Elternarbeit im Bereich der (teil-)stationären Hilfen zur Erziehung im Hinblick auf Konzeptentwicklungs- und Qualifizierungsbedarf zu hinterfragen. Deutlich wurde zudem, dass im Bereich des ambulanten Clearings und der Krisenintervention eine Angebotslücke besteht, die nicht nur durch neue Konzepte gefüllt werden muss, sondern auch eine Rollen- und Aufgabenklärung von öffentlichen und freien Trägern erfordert. Aufgrund der hohen Nachfrage wird die FAM-Ausbildung mit neuen Kursen fortgesetzt.

Finanzierung

Wissenschaftliche

Begleitung: Teilfinanzierung durch das Land Rheinland-Pfalz, Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit

FAM-Ausbildung: 75 % der Ausbildungskosten wurden vom Land Rheinland-Pfalz, Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit übernommen

Kooperationspartner

Hospital St. Wendel

Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum Rheinland-Pfalz

Planungsgruppe PETRA e.V.

Publikationen

Planungsgruppe PETRA e.V.: Abschlußbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung über das Modellprojekt FAM / FF, Jugendhilfeverbund Rheinland-Pfalz. Schlüchtern 1999.

Koch, Günther; Lambach, Rolf: Familienerhaltung als Programm. Münster 2000.

Kontakt

Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz (SPFZ),
Hartmühlenweg 4, 55122 Mainz,
Tel.: 06131/967-0

Projektdurchführung

Universitätsklinikum Ulm, Klinik und Poliklinik für Kinder und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie, Dr. Ute Ziegenhain

Projektlaufzeit

01/2002 bis 12/2003

Gegenstand und Ziele

Das Projekt „Entwicklungspsychologische Beratung für Eltern mit Säuglingen und Kleinkindern – ein Beratungsmodell zur Prävention von Entwicklungsstörungen und Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern“ konzentriert sich auf den Bereich der frühen Kindheit. Ziel ist die Förderung der frühen Eltern-Kind-Beziehung und die Prävention von Verhaltensauffälligkeiten und Entwicklungsstörungen. Im Rahmen des Bundesmodellprojektes wurde zunächst ein Fortbildungscurriculum für Fachkräfte der Sozialen Arbeit entwickelt, welches dann in unterschiedlichen Arbeitsfeldern umgesetzt wurde.

Das Fortbildungscurriculum verbindet bindungstheoretische Annahmen und Befunde zur elterlichen Feinfühligkeit mit entwicklungspsychologischem Wissen über Bedürfnisse, Kompetenzen und Ausdrucksverhaltensweisen von Neugeborenen, Säuglingen und Kleinkindern. Videoaufnahmen der Eltern-Kind-Beziehung bilden den methodischen Kern der Fortbildung. Die Fachkräfte werden in die Lage versetzt, eine niedrigschwellige, kurzfristig durchführbare und zeitlich begrenzte Hilfen anzubieten. Die Hilfe kann flexibel in unterschiedliche Praxisfelder angebunden werden.

In Rheinland-Pfalz, das neben Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Bayern an dem Bundesmodellprojekt teilgenommen hat, waren an der Erprobung des Curriculums Erziehungsberatungsstellen, Sozialpädiatrische Zentren, Familienbildungsstätten und die häusliche Kinderkrankenpflege beteiligt. Es wurden 2002 und 2003 zwei Fortbildungskurse mit je 15 Teilnehmer und Teilnehmerinnen durchgeführt.

Zentrale Inhalte und Ergebnisse

Zentrale Inhalte der Fortbildungskursen sind die Vermittlung von für die Beratung relevanten theoretischen Grundlagen der allgemeinen und klinischen Entwicklungspsychologie sowie der Bindungstheorie und Säuglingsforschung. Die Fortbildung findet in drei Kursabschnitten mit insgesamt 14 Fortbildungstagen statt. Entscheidend ist die Verbindung zwischen der theoretischen Wissensbasis und der praktischen Übung.

Im Rahmen der Fortbildung führen die Kursteilnehmer und -teilnehmerinnen eigene Beratungen durch, die von Supervision begleitet werden. Eine wichtige Aufgabe der Fortbildung ist die Klärung von Voraussetzungen einer erfolgreichen Einbindung in bestehende Hilfestrukturen sowie die Möglichkeiten der Vernetzung mit anderen Hilfesystemen. Die einzelnen Träger haben unterschiedliche Anstrengungen unternommen, die Beratung in das Leistungsspektrum aufzunehmen. Einige Träger haben sich beispielsweise entschlossen, für das Angebot „Entwicklungspsychologische Beratung“ eine eigene Leistungsbeschreibung zu erarbeiten. Regionale Kooperationsstrukturen zwischen Kinderärzten, Jugendamt, Hebammen, Familienbildungsstätten und anderen sollen aufgebaut werden.

Empfehlungen/Weiterentwicklungen aus dem Projekt

Für die Weiterentwicklung des Beratungsansatzes lassen sich drei zentrale Punkte aufzeigen:

- Das Beratungsmodell lässt sich systematisch dem zweiten Abschnitt des SGB VIII zuordnen, nämlich der Förderung der Erziehung in der Familie. Dabei gibt es jedoch keinen Leistungsanspruch auf Hilfe. Im Interesse einer Intensivierung präventiver Ansätze wäre eine stärkere rechtliche Absicherung der Unterstützung und Förderung der frühen Eltern-Kind-Beziehung notwendig und sinnvoll.
- Die Unterstützung von Familien mit Säuglingen und Kleinkindern im allgemeinen und die Umsetzung des Beratungsmodells im besonderen braucht eine interdisziplinäre Zusammenarbeit. Ärzte, Hebammen u.a. spielen dabei eine wichtige Rolle. Denn gerade bei Säuglingen und Kleinkindern sind die Ursachen von Problemen nicht immer eindeutig zu bestimmen. Nur im Zusammenspiel unterschiedlicher Professionen können Problemlagen geklärt und Hilfesysteme aufeinander abgestimmt werden. Dem Aufbau regionaler Netzwerk kommt dabei eine wichtige Aufgabe zu.
- Für die Implementierung des Beratungsmodelles ist eine eigenständige Profilierung ebenso wichtig wie eine Integration in vorhandene Hilfesysteme. Dies gilt beispielsweise für gemeinsame Wohnformen für Mütter, Väter und Kinder (§ 19 SGB VIII).

Finanzierung

Finanzierung des Curriculums durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; die beiden Fortbildungskurse in Rheinland-Pfalz wurden durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit finanziert.

Kontakt

Dr. Ute Ziegenhain,
Universitätsklinikum Ulm,
Klinik und Poliklinik für Kinder und Jugend-
psychiatrie/Psychotherapie,
Steinhövelstr. 5, 89075 Ulm,
ute.ziegenhain@medizin.uni-ulm.de

Projektdurchführung

Konzeptentwicklung/

–erprobung: Ev. Diakonissenanstalt Speyer, Arbeitsgemeinschaft zur Förderung von Kindern und Jugendlichen Schifferstadt, St. Rafael Kinder- und Jugend-einrichtung Altleininge, Jugendwerk St. Josef Landau, CJD Neustadt, Jugendämter der Städte Neustadt und Speyer, Kreisjugendämter Bad Dürkheim und Ludwigshafen, Evangelische Fachhochschule für Sozialwesen in Ludwigshafen

Evaluation:

Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V.

Projektlaufzeit

10/2000 bis 10/2001

Gegenstand und Ziele

Parallel zur modellhaften Einführung des ambulanten Kriseninterventionsprogramms (FAM) hat sich in der Vorderpfalz in Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und freien Jugendhilfeträgern die „Familienaktivierende soziale Arbeit“ (FasA) entwickelt. Ausgangspunkt war die Frage nach alternativen Handlungskonzepten für Familien in Krisen insbesondere bei und nach einer Inobhutnahme des Kindes. Von einer Projektgruppe bestehend aus öffentlichen und freien Trägern wurde auf der Grundlage bereits publizierter familienaktivierender Kriseninterventionsprogramme sowie eigener Praxiserfahrungen ein auf den regionalen Bedarf abgestimmtes Rahmenkonzept für eine familienaktivierende sozialen Arbeit mit Familien in Krisen entwickelt. Vorrangiges Ziel von FasA ist die Klärung des Hilfebedarfs, wobei dies sowohl die Klärung einer Krisensituation, eines Hilfebedarfs wie auch eines nicht eindeutig erkennbaren Ressourcenpotenzials bedeuten kann. Deutliche Unterschiede zu FAM liegen einerseits in der stärkeren Offenheit hinsichtlich des pädagogisch-methodischen Vorgehens der Fachkräfte und der Einbindung in Teams, andererseits in dem geringeren zeitlichen Aufwand der Hilfe und entsprechend niedrigerer Kosten.

Um den Aufbau von Parallelstrukturen konkurrierender Systeme in Rheinland-Pfalz zu verhindern und die qualifizierte Weiterentwicklung der Erziehungshilfen zu fördern, hat das Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit eine Evaluation durch das Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. in Auftrag geben. Diese sollte Gemeinsamkeiten und Unterschiede von FAM und FasA herausarbei-

ten sowie Ansatzpunkte einer fachlichen Weiterentwicklung bestimmen. Der Schwerpunkt der Evaluation lag auf der Erarbeitung eines Zielgruppenprofils sowie der Überarbeitung eines im Rahmen von FasA zum Einsatz kommenden Evaluationsbogens.

Zentrale Inhalte und Ergebnisse

Die Ergebnissen der Zielgruppenanalyse, denen die Auswertung von 35 dokumentierten FasA-Fällen zugrunde liegt, lassen folgende Bewertung der familienaktivierenden sozialen Arbeit hinsichtlich Indikation und Erfolg zu:

Die Familie, die FasA in Anspruch nimmt, ist im Durchschnitt eine kinderreiche Familie, in der Eltern über (sehr) begrenzte Versorgungs- und Erziehungskompetenzen verfügen, es häufig zu Suchtproblemen, schulischen Problemen und Konflikten zwischen Eltern und Kindern kommt. FasA wird für diese Familien überwiegend dann als die geeignete Hilfe angesehen, wenn es nach der Eskalation von erzieherischen Konflikten um die genaue Klärung des Hilfebedarfs und die Erschließung von Ressourcen geht oder Alternativen zu einer anvisierten Heimunterbringung geprüft werden sollen.

Für die Qualität von FasA spricht, dass es in den untersuchten Fällen keine Abbrüche gab. Zugleich wurden die Hilfen überwiegend im vorgegebenen begrenzten Zeitraum von sechs Wochen durchgeführt und überwiegend von allen Beteiligten positiv bewertet. Außerdem spricht eine hohe Anzahl von Anschlusshilfen dafür, dass sich die Familien über die Kurzzeithilfe hinaus auf eine längerfristige Hilfe einlassen konnten.

Empfehlungen/Weiterentwicklungen aus dem Projekt

Aufgrund der Praxiserfahrungen und der Evaluationsergebnisse wurden Empfehlungen für die Weiterentwicklung von FasA wie auch anderer familienaktivierender Kurzzeithilfen in Rheinland-Pfalz abgeleitet: Allgemein lässt sich feststellen, dass eine auf den örtlichen bzw. regionalen Bedarf zugeschnittene, trägerübergreifende Entwicklung von Hilfeangeboten wie im Fall von FasA richtungsweisend ist, wenn es darum geht, Antwort auf einen spezifischen Bedarf in einer Region zu finden. Um Konkurrenzen zwischen den beiden in Rheinland-Pfalz installierten Programmen FAM und FasA zu vermeiden, wurde die Institutionalisierung eines fachlicher Austausches etwa in Form von Regionaltreffen empfohlen.

Finanzierung

Evaluation: Land Rheinland-Pfalz, Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit

Publikationen

Schmutz, Elisabeth: Familienaktivierende soziale Arbeit. Untersuchung zur Zielgruppe und Überarbeitung des Evaluationsbogens. Herausgegeben vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit Rheinland-Pfalz. Mainz 2002.

Kontakt

**AGFJ – Arbeitsgemeinschaft zur Förderung
von Kindern und Jugendlichen,**
Ludwigstr. 11, 67105 Schifferstadt,
Tel.: 06235/81914

Stadtverwaltung Neustadt, Jugendamt,
Postfach 100962, 67429 Neustadt,
Tel.: 06321/855-667

Sozialpädagogische Familienhilfe (Heidelberger Modell)

Projektdurchführung

Fortbildung	Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum Rheinland-Pfalz in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung von Kindern und Jugendlichen (AGFJ) Heidelberg
Evaluation	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V.

Laufzeit des Projektes

07/1998 bis 12/1999

Gegenstand und Ziele

Die Sozialpädagogische Familienhilfe (SPFH) ist eine ambulante erzieherische Hilfe, deren Bedeutung immer deutlicher hervortritt, die allerdings große Unterschiede hinsichtlich der Organisationsformen, der zugrunde gelegten Konzepte, der fachlichen Standards und somit auch der Leistungsfähigkeit aufweist.

Zur Weiterentwicklung dieses Hilfeangebotes bzw. flexibler, integrierter Hilfen im ambulanten Bereich wurde eine praxisbegleitende Fortbildung zu systemischen, ressourcenorientierten Arbeitsansätzen in der Familien- und Erziehungshilfe initiiert und durchgeführt. Inhaltlich bezog sich die Fortbildung auf das Heidelberger-Modell der Sozialpädagogischen Familien- und Erziehungshilfe, dessen Inhalte in sechs Fortbildungsbausteinen über einen Zeitraum von einem Jahr vermittelt wurden. Adressaten der Fortbildung waren Fachkräfte der SPFH und angrenzender Tätigkeitsfeldern bei öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe.

Da eine Übernahme entsprechender Fortbildungsinhalte in das Regelprogramm der Fortbildungseinrichtung des Landes Rheinland-Pfalz vorgesehen war, wurde die Fortbildung durch das Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. evaluiert. Die organisatorische Umsetzung der Fortbildung erfolgte durch das Sozialpädagogische Fortbildungszentrum Rheinland-Pfalz.

Zentrale Inhalte und Ergebnisse

An den ersten drei Fortbildungskursen nahmen 43 Fachkräfte teil. Die Evaluation hat folgende Ergebnisse erbracht:

Auswirkungen auf der fachlichen Ebene

Die Inhalte der Fortbildung stießen auf hohe Zustimmung bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Sowohl die vermittelten Haltungen und Sichtweisen als auch die angewandten Methoden hatten deutliche

Auswirkungen auf die praktische Arbeit. Diese lagen unter anderen in einem veränderten Verständnis für die Situation der betreuten Familien, in einer stärkeren Förderung von Selbsthilfepotentialen und einer verbesserten Familienaktivierung. Als weiteres Resultat fand ein Zuwachs an Selbstbewußtsein und eine Schärfung des eigenen professionellen Profils statt.

Auswirkungen auf der institutionellen Ebene

Die erweiterten Kompetenzen ermöglichten es den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, Weiterentwicklung und Veränderungen innerhalb ihrer Institutionen anzustoßen. Diese gingen in Richtung der Schaffung und Weiterentwicklung von integrierten flexiblen Erziehungshilfen aus einer Hand für einen Sozialraum.

Auswirkung auf der Ebene der regionalen Kooperation

Bereits durch die gemischte Zusammensetzung der Fortbildungsgruppen aus Fachkräften freier und öffentlicher Trägern aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern einer Region konnte die Qualität der trägerübergreifenden regionalen Kooperation gesteigert werden. Der persönliche Kontakt und der Austausch über Standards der Arbeit wirkten sich befruchtend auf die einzelfallbezogene wie einzelfallübergreifende Zusammenarbeit vor Ort aus.

Abschließende Bewertung

Insgesamt erwies sich die Fortsetzung des Fortbildungsangebotes als notwendig und sinnvoll. Gerade die Vermittlung ressourcenorientierter systemischer Arbeitsansätze kann einen wichtigen Beitrag zur konkreten Umsetzung fachlicher Standards lebensweltorientierter Jugendhilfe und damit zur Professionalität der Kinder- und Jugendhilfe leisten.

Empfehlungen/Weiterentwicklungen aus dem Projekt

Aus der Evaluation und Begleitung des Fortbildungsangebotes wurden Empfehlungen für die Fortbildungsplanung und -gestaltung im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe auf Landesebene abgeleitet. Folgende konkrete Hinweise für die zukünftige Fortbildungsplanung konnten gezogen werden.

- Verstärkte Vermittlung von ressourcenorientierten und systemischen Fortbildungsinhalten für den Bereich der Hilfen zur Erziehung;
- Zusammensetzung von Fortbildungsveranstaltungen aus öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe mit gemeinsamem regionalem Bezug;
- Orientierung an konkreten praktischen Fragestellungen der Beteiligten, die über eine Begleitgruppe in die Fortbildungsplanung und -durchführung eingebunden waren.

Aufgrund der anhaltenden Nachfrage wird die Fortbildung in neuen Kursen fortgesetzt und in die Regelstruktur des SPFZ übernommen.

Finanzierung

Fortbildung	75 % der Fortbildungskosten durch das Land Rheinland-Pfalz, 25 % durch die Träger.
Evaluation	Land Rheinland-Pfalz, Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit

Publikationen

Teupe, Ursula: Qualifizierungsangebot für Fachkräfte in der Sozialpädagogischen Familienhilfe (SPFH) und anderen erzieherischen Hilfen in Rheinland-Pfalz. Mainz 2000.

Kontakt

**Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum im
Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung
Rheinland-Pfalz (SPFZ),**
Hartmühlenweg 4, 55122 Mainz,
Tel.: 06131/967-0

Projektdurchführung

Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum Rheinland-Pfalz
Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V.

Laufzeit des Projektes

1998 bis 2003

Gegenstand und Ziele

Seit Anfang der 90er Jahre hat sich das Aufgabenprofil des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) im Jugendamt in erheblicher Weise verändert. Vor dem Hintergrund weitreichender rechtlicher Neuerungen, Verwaltungsmodernisierungen und fachlicher Anforderungen, die mit der Umsetzung einer lebenswelt- und dienstleistungsorientierten Jugendhilfe verbunden sind, wächst die Bedeutung des Allgemeinen Sozialen Dienstes.

Um dem komplexen Leistungsauftrag des Allgemeinen Sozialen Dienstes gerecht zu werden und die zentralen Handlungsfelder dieses Dienstes systematisch zu qualifizieren, wurde eine Fortbildungsmaßnahme als Zertifikatskurs für Fachkräfte aus den Allgemeinen Sozialen Diensten von Jugendämtern konzipiert und realisiert. Die inhaltliche Ausgestaltung und Schwerpunktlegung basierte auf Ergebnissen aus dem Modellprojekt „Qualitätsentwicklung im Jugendamt“ sowie einer modellhaft durchgeführten und evaluierten Fortbildungsreihe.

Der Zertifikatskurs mit dem Titel „Qualität durch Qualifizierung: Kernkompetenzen des Allgemeinen Sozialen Dienstes“ umfaßte 5 Module im Umfang von drei Tagen. Die Fortbildung richtete sich an Teams von Fachkräften aus den Allgemeinen Sozialen Diensten der Jugendämter, um so auch dienstbezogene Qualitätsstandards einführen und umsetzen zu können. Darüber hinaus wurden für die Leitungskräfte der teilnehmenden Jugendämter drei Informations- und Auswertungstage angeboten. Der Kurs schloss mit einem Praxisreflexionstag, der als Inhouse-Veranstaltung in den jeweiligen Jugendämtern durchgeführt wurde. Die Fortbildung wurde von landesweiten Fachtagen begleitet, in denen aktuelle Fragen vertiefend bearbeitet wurden und ein Forum für einen landesweiten Informationsaustausch gegeben war.

Die Durchführung des Zertifikatskurs erfolgte durch das Sozialpädagogische Fortbildungszentrum Rheinland-Pfalz (SPFZ) und das Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (ism).

Bislang haben ASD-Teams aus 15 rheinland-pfälzischen Jugendämtern an dieser Fortbildung teilgenommen und ca. 60 Fachkräfte den Kurs mit einem Zertifikat beendet.

Zentrale Inhalte und Ergebnisse

Anlass zur Ausgestaltung dieser speziellen Fortbildungsreihe für Fachkräfte des Allgemeinen Sozialen Dienstes war nicht nur die Feststellung, dass sich das Aufgabenprofil dieses Dienstes erheblich gewandelt und vor allem im Bereich der Hilfen zur Erziehung an Bedeutung gewonnen hat. Auch konnte festgestellt werden, dass es bundesweit nur wenige Fortbildungen gibt, die auf die Qualifizierung dieses Handlungsfeldes zugeschnitten sind. Obwohl von Jugendamt zu Jugendamt die Sozialen Dienste sehr unterschiedlich organisiert sind und die Aufgaben sich entsprechend vielfältig darstellen, lassen sich Kernaufgaben ausmachen, an denen sich die inhaltliche Gestaltung des Zertifikatskurses orientiert.

In den Kursreihen wurden in mehrtägigen Seminaren und Fachtagen Inhalte zu folgenden fünf Modulen vermittelt.

- Modul 1: Das Arbeitsfeld des ASD: Aufgaben, Arbeitsformen und Handlungsansätze im Kontext von Fachlichkeit, Recht und Verwaltung / Der Fall im ASD / Hilfe und Kontrolle
- Modul 2: Welche Hilfe ist die richtige? Beraten und Entscheiden im ASD: Sozialpädagogische Diagnose und Fallverstehen im ASD / Kollegiale Fallberatung / Dokumentation
- Modul 3: Teamarbeit als Organisationsstruktur
- Modul 4: Planung und Steuerung im Kontext von Aushandlung, Beteiligung und Kooperation / Moderation von Hilfeplangesprächen
- Modul 5: Vom Einzelfall zur Lebenswelt / Der Sozialraum aus ASD-Perspektive / Sozialräumliche Projektarbeit und Planung

Die Kurse waren als teilnehmer- und prozessorientierte Fortbildung angelegt. Über die Rückmeldung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und die Zwischen- und Auswertungstreffen mit den Jugendamtsleitungen erfolgte eine Feinabstimmung der Kursinhalte. Die Seminare und Fachtage bestanden sowohl aus theoretischen Inputs (von externen und internen Referenten) als auch aus Arbeits- und Reflexionseinheiten sowie praktischen Übungen. Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sollten so nicht nur Inhalte vermittelt, sondern auch deren Transfer in die eigene Praxis angeregt werden.

Empfehlungen/Weiterentwicklungen aus dem Projekt

Erfahrungen mit den bereits abgeschlossenen Kursen zeigen, dass sich sowohl die inhaltliche wie organisatorische Anlage der Fortbildungsreihe bewährt haben. Über die Fortbildungsinhalte konnten weitestgehend die zentralen Handlungsfelder und Rahmenbedingungen von ASD-Arbeit erfasst und abgebildet werden. Durch die Qualifizierung gesamter Teams sowie die Anpassung der Module an die konkreten praktischen Frage-

stellungen wurden Weiterentwicklungen in der Arbeitsstruktur vor Ort befördert. Durch die Einbindung der Jugendamtsleitung konnten die Rahmenbedingungen für die Fortbildung sowie Umsetzungsschritte abgesichert werden.

Die Fortbildung soll nach der Modellphase als Regelangebot in das Programm des Sozialpädagogischen Fortbildungszentrums aufgenommen werden.

Finanzierung

75 % der Kosten durch das Land Rheinland-Pfalz, Ministerium für Arbeit, Soziales Familie und Gesundheit, 25 % durch die beteiligten Jugendämter.

Kooperationspartner

Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum Rheinland-Pfalz
Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V.
Jugendämter

Kontakt

**Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum im
Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung
Rheinland-Pfalz (SPFZ),**
Hartmühlenweg 4, 55122 Mainz,
Tel.: 06131/967-0

Qualifizierung von Tagespflegepersonen und Aufbau von Tagespflegebörsen

Projektdurchführung

Qualifizierung von Tagespflegepersonen	Volkshochschulen Bitburg, Gerolstein, Neustadt und Prüm
Wissenschaftliche Begleitung und Curriculumsentwicklung:	Deutsches Jugendinstitut e.V. München
Aufbau von Tagespflegebörsen	Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit (ISKA)

Projektlaufzeit

Qualifizierung von Tagespflegepersonen	06/1998 bis 12/2001
Aufbau von Tagespflegebörsen	1998 bis 1999

Gegenstand und Ziele

Mit dem Kinder- und Jugendhilfegesetz wurde die Tagespflege (§ 23 SGB VIII) als nicht institutionelles familiäres Angebot auf der Basis privatrechtlicher Vereinbarungen zwischen Personensorgeberechtigten und Pflegepersonen in den Kanon der Jugendhilfeleistungen aufgenommen. Damit wurde die Tagespflege der institutionellen Kinderbetreuung gleichgestellt und ein Anspruch auf eine bestmögliche Betreuung von Kinder aller Altersstufen formuliert. Über das Angebot der Tagespflege sollen Eltern auf ein qualifiziertes Betreuungsangebot zurückgreifen können, das in Ergänzung zu den Kindertagesstätten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen soll. Daneben besteht auch die Möglichkeit, die Tagespflege als Instrument der erzieherischen Hilfen (§ 32 SGB VIII) alternativ zur Vollzeitpflege oder Tagesgruppe einzusetzen. Mit dieser gesetzlichen Neuregelung stellt sich auch die Frage, welche Qualifizierung Tagespflegepersonen brauchen und welche Fortbildungsangebote notwendig sind, um die Qualität der Tagespflege zu sichern bzw. zu erhöhen. Außerdem ist insbesondere im ländlichen Raum das Tagespflegeangebot bei gleichzeitiger Unterversorgung mit Krippenplätzen und teilstationären Erziehungshilfeangeboten noch unzureichend ausgebaut.

Mit der Durchführung zweier Bundesmodellprojekte sollte in Rheinland-Pfalz an diesen Handlungsbedarfen angesetzt werden.

- (1) Das Modellprojekt „Entwicklung und Evaluation curricularer Elemente zur Qualifizierung von Tagespflegepersonen“ zielte auf die Ausarbeitung eines Curriculums für die Qualifizierung von Tagespflege-

personen. Als Bausteinsystem angelegt sollte das Curriculum auf unterschiedliche Zielgruppen von Pflegepersonen sowie unterschiedliche strukturelle Gegebenheiten anwendbar sein. Dazu wurden an neun Projektstandorten in sieben Bundesländern modellhaft Tagespflegekurse durchgeführt und evaluiert. Rheinland-Pfalz war mit den Standorten Neustadt, Bad Dürkheim, Bitburg, Prüm und Daun im Modellprojekt vertreten. Die wissenschaftliche Evaluation erfolgte durch das Deutsche Jugendinstitut e.V.

- (2) Um parallel zur Qualifizierung die Vermittlung von Tagespflegepersonen zu fördern, war der Aufbau EDV-gestützter Tagespflegebörsen Gegenstand eines weiteren Modellprojektes, das durch das Land Rheinland-Pfalz und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wurde. Eine vom Institut für soziale und kulturelle Arbeit entwickelte Tagespflegevermittlung und -verwaltungssoftware wurde an den rheinland-pfälzischen Projektstandorten erprobt.

Zentrale Inhalte und Ergebnisse

Das im Modellprojekt „Entwicklung und Evaluation curricularer Elemente zur Qualifizierung von Tagespflegepersonen“ konzipierte Schulungsangebot umfasst etwa 160 Unterrichtsstunden, im Rahmen derer alle für eine Grundqualifizierung erforderlichen Themen bearbeitet werden. Bei der Festlegung von Umfang und Inhalten war zu berücksichtigen, dass einerseits fachliche Anforderungen in ausreichendem Maße erfüllt werden, andererseits die Zumutbarkeit für die Zielgruppe, die häufig nur vorübergehend dieser Tätigkeit nachgeht, nicht außer Acht gelassen wird. Das Curriculum umfasst folgende Themenbereiche:

- strukturelle Merkmale der Tagespflege als Betreuungs- und Förderangebot,
- spezielle Situation des Tagespflegekindes in zwei Familien,
- Kooperation mit den Eltern,
- Anforderung an Tagespflegepersonen bei der Betreuung, Erziehung und Bildung der Kinder sowie
- gesetzliche Rahmenbedingungen.

Das Curriculum enthält ferner didaktische, inhaltliche und methodische Vorschläge für die Gestaltung der Kurse, so dass es gleichzeitig als Arbeitshilfe für die Referenten fungieren kann. Die Erfahrungen des DJI zeigen, dass die entwickelten Materialien von den Fortbildungsträgern und Referenten gut angenommen werden und eine wichtige Hilfestellung zur fachlichen Orientierung und Durchführung von Qualifizierungsangeboten bieten.

Auch der Aufbau von Tagespflegebörsen bei öffentlichen und freien Trägern hat sich bewährt. Durch das software-gestützte neue Vermittlungssystem können passgenauer Tagespflegepersonen erfasst und vermit-

telt werden. Für die Eltern, die eine entsprechende Tagespflege suchen, entsteht durch die standardisierte Erfassung bestimmter Merkmale mehr Transparenz und so mehr Sicherheit bei der Auswahl geeigneter Tagespflegepersonen. Dadurch können Abbrüche in den Pflegeverhältnissen vermieden werden. In Verbindung mit der Qualifizierung von Tagespflegeeltern wird zudem schnell ersichtlich, wer über entsprechende Qualifikationen verfügt und dadurch bestimmte Standards in der Betreuung, Versorgung und Erziehung von Kindern gewährleistet werden können.

Empfehlungen/Weiterentwicklungen aus dem Projekt

Zur weiteren Umsetzung der Ergebnisse wird ab 2003 die landesweite Durchführung von Qualifizierungskursen auf der Grundlage des im Modellprojekt entwickelten Tagespflegecurriculums durch das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend in Kooperation mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit gefördert.

Finanzierung

Mischfinanzierung durch Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Deutsches Jugendinstitut e.V., Land Rheinland-Pfalz Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit, Träger, Teilnehmer und Teilnehmerinnen.

Publikationen

Krauss, Günter; Zauter, Sigrid: Tagespflegebörsen im ländlichen Raum. ISKA-Arbeitsberichte Nr. 37.

Keimeleder, Lis; Schumann, Marianne; Stempinski, Susanne, Weiß, Karin: Fortbildung für Tagesmütter. Konzepte – Inhalte – Methoden. Opladen 2001.

Kontakt

**Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie
und Gesundheit,
Referat Hilfen zur Erziehung,
Bauhofstraße 9, 55116 Mainz,
Tel.: 06131/16-0**

Projektdurchführung

Arbeitskreis „Schulen und Jugendhilfe in der Region Vorderpfalz“
Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit Rheinland-Pfalz
Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend Rheinland-Pfalz
Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum des Landes Rheinland-Pfalz (SPFZ)
Institut für schulische Fortbildung und schulpsychologische Beratung
Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (ism)

Laufzeit des Projektes

Herbst 2003 bis Sommer 2005

Gegenstand und Ziele

Das Modellprojekt „Praxisentwicklung durch Fortbildung: Qualifizierte Kooperation von Jugendhilfe und Schule im (Vor-)Feld von Hilfen zur Erziehung“ zielt auf den Aufbau und die Qualifizierung von Kooperationsstrukturen von Jugendhilfe und Schule. Dabei geht es vor allem um die Bearbeitung der Frage, wie beide Systeme mit ihren je spezifischen Aufgaben, professionellen Selbstverständnissen und Handlungsansätzen so aufeinander abgestimmt werden können, dass insbesondere für sozial benachteiligte und „schwierige“ Kinder und Jugendliche günstige Bedingungen für Bildung und Erziehung geschaffen werden können. Gerade bei dieser Zielgruppe stellen sich viele Überschneidungsbereiche und wechselseitigen Zusammenhänge bei der Gewährleistung individueller Hilfe und Unterstützungsmöglichkeiten ein und besteht aufgrund steigender Fallzahlen ein großer Handlungsbedarf.

Das Modellprojekt geht auf eine Initiative des Arbeitskreises „Schule und Jugendhilfe“ der Region Vorderpfalz (Landkreise Bad Dürkheim und Germersheim, Stadt Neustadt) zurück. In den Diskussionen des Arbeitskreises wurde erkennbar, dass eine qualifizierte Kooperation nicht nur den Aufbau von verlässlichen Strukturen, sondern auch deren inhaltliche Ausgestaltung erfordert. Ferner zeigte sich, dass es wechselseitige Wissensdefizite über Rahmenbedingungen, Aufgaben und Handlungsansätze der jeweils anderen Institution gibt und methodische Instrumentarien fehlen, die eine qualifizierte Einzelfallarbeit und gemeinwesenbezogene Projektplanung ermöglichen. Da diese Handlungsbedarfe sich in unterschiedlicher Ausprägung und Intensität landesweit zeigen, wurde in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit, dem Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend sowie den beiden Fortbildungsinstituten des Landes das Modellprojekt mit folgenden Kernelementen konzipiert.

- Befragung von Fachkräften der Jugendhilfe sowie von Lehrkräften aus Schulen bezüglich Kooperationserfahrungen und

Fortbildungsbedarfen. Die Befragungsergebnisse wurden zur Planung des Ablaufs und der inhaltlichen Gestaltung der Fortbildungsreihe genutzt.

- Fortbildungsreihe: Die Fortbildungsreihe richtet sich sowohl an Fachkräfte öffentlicher und freier Träger der Jugendhilfe wie an Lehrer und Lehrerinnen aus der Region Vorderpfalz und sieht vier Kurs-tage vor, die von Fachtagen umrahmt werden. Die Fortbildung wird mit Praxiseinheiten verschränkt, in denen mit der Unterstützung der wissenschaftlichen Begleitung die Fortbildungsinhalte im Rahmen von regionalen Arbeitsgruppen vertieft und vor dem Hintergrund der örtlichen Erfordernisse konzeptionell bearbeitet werden. Im Ergebnis können so vor Ort Vereinbarungen, konkrete Projekte oder aufgabenbezogene Kooperationsstrukturen entstehen.
- Über eine wissenschaftliche Begleitung und Evaluation des Projektes soll eine Anpassung der Fortbildungseinheiten sichergestellt, die Praxisentwicklungsprojekte angeleitet und unterstützt sowie Handlungsempfehlungen bzw. Standards für die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule im (Vor-)Feld von Hilfen zur Erziehung abgeleitet werden. Die wissenschaftliche Begleitung soll durch das ism erfolgen.

Finanzierung

Land Rheinland-Pfalz, Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit und Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend

Kontakt

**Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie
und Gesundheit,
Referat Hilfen zur Erziehung,
Bauhofstraße 9, 55116 Mainz,
Tel. 06131/16-0**

Projektdurchführung

Evangelische Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Schmiedel

Laufzeit des Projektes

Seit 1996

Gegenstand und Ziele

Das Erziehungshilfezentrum stellt ein neues Angebot der Jugendhilfe dar, das vor dem Hintergrund spezifischer Angebotslücken in einer ländlichen Region im Rahmen eines kooperativen Planungsprozesses von öffentlichen und freien Trägern entwickelt wurde. Es richtet sich an Familien, alleinerziehende Eltern oder andere soziale Bezugssysteme von Kindern und Jugendlichen, die davon bedroht sind, dass ein oder mehrere Kinder fremdplaziert werden. Eine weitere Zielgruppe sind Kinder und Jugendliche aus abgebrochenen Jugendhilfemaßnahmen. Im Unterschied zum Familienaktivierungsmanagement, das als ambulante Krisenintervention und ressourcenorientierte Kurzzeithilfe ebenfalls organisatorisch an das Erziehungshilfezentrum angebunden ist, erfolgt das Angebot des Erziehungshilfezentrums stationär, d.h. Kinder und Jugendliche, aber auch ganze Familien werden vorübergehend aufgenommen.

Mit seiner Arbeit verfolgt das Erziehungshilfezentrum zwei Zielsetzungen:

- (1) Durch intensive ressourcenorientierte Arbeit mit den sozialen Bezugssystemen des Kindes sollen längerfristige Fremdplazierungen vermieden werden
- (2) Mittels eines ganzheitlichen Clearingprozesses, in dem die Ressourcen der Familien bestimmt werden und eine qualifizierte Diagnose erfolgt, soll der genaue Hilfebedarf geklärt und Empfehlungen für die weitere Hilfeplanung formuliert werden.

Je nach Zielsetzung ist der stationäre Aufenthalt bei Krisenintervention auf höchstens sechs Wochen und bei Clearing auf drei bis maximal sechs Monate befristet.

Das Land Rheinland-Pfalz hat die Einrichtung des Erziehungshilfezentrums durch die Evangelische Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Schmiedel mit einer Investitionsförderung ermöglicht. An der konzeptionellen Entwicklung waren zehn Jugendämter der Region, ein Erziehungshilfeverbund bestehend aus vier Jugendhilfeeinrichtungen, das Landesjugendamt und die Fachabteilung des Ministeriums für Kultur, Jugend, Familie und Frauen beteiligt. Das Erziehungshilfezentrum wurde 1996 in Simmern eröffnet.

Zentrale Inhalte und Ergebnisse

Aus einer Auswertung der ersten 14 Monaten liegen folgende Ergebnisse über die Arbeit des Erziehungshilfezentrums vor:

- Von den 38 Kindern, die in diesem Zeitraum stationär aufgenommen wurden, konnten 72% in ihre Familie zurückkehren, also eine drohende Fremdplatzierung vermieden werden. Bei mehr als der Hälfte waren allerdings Anschlußmaßnahmen notwendig, die auch in jedem zweiten Fall unmittelbar durch das Jugendamt zur Verfügung gestellt wurden.
- Ein wesentlicher Erfolgsfaktor stellte die hohe Bereitschaft der Familien oder anderer Bezugssysteme des Kindes dar, an der Bewältigung der Krise mitzuarbeiten. Bei 31% der Kinder wurden Elternteile vorübergehend mit stationär aufgenommen.
- Zum Erfolg der Arbeit trug auch die qualifizierte Teamarbeit der Fachkräfte bei, die größtenteils über Mehrfach- oder Zusatzqualifikationen verfügten und mit örtlichen Beratungsstellen und medizinischen Fachdiensten eng zusammenarbeiteten.
- Schwierigkeiten bei der Implementierung ergaben sich lediglich in der organisatorischen Umsetzung, eine angebottragende Nachfrage von Seiten der Jugendämter war gegeben.

Empfehlungen/Weiterentwicklungen aus dem Projekt

Eine wesentliche Voraussetzung, die zu einer gelingenden Umsetzung des Erziehungshilfezentrums beigetragen hat, war die gemeinsame Planung von Jugendämtern und freien Trägern in der Region. Durch die frühzeitige Einbindung der Jugendämter in die Konzeptentwicklung konnte sichergestellt werden, dass dieses neue Jugendhilfeangebot bedarfsorientiert ausgerichtet und für eine entsprechende Zielgruppe auch nachgefragt wurde. Im Rahmen dieses überörtlichen Planungsverbandes konnte dann auch die Frage bearbeitet werden, wie ambulante Anschlusshilfen ausgestaltet sein müssen, damit der ressourcenorientierte Arbeitsansatz durchgängig im Hilfeprozess angewendet werden kann.

Finanzierung

Investitionsförderung durch das Land Rheinland-Pfalz

Kooperationspartner

Jugendämter der Region
 Evangelisches Kinder- und Jugendheim kreuznacher diakonie
 Niederwöresbach, Jugendhilfezentrum Don Bosco Helenenberg, Kinder- und Jugendhilfe St. Hildegard, Ökumenischer Erziehungshilfeverbund Simmern
 Landesjugendamt

Publikationen

Lindemann, Karl-Heinz; Funk, Günter: „Families First“ (FF) als neue Methode der Sozialarbeit – eine kritische Replik. In: UJ (1997)10, S. 413 – 425.

Lindemann, Karl-Heinz: „Erziehungshilfezentrum“ (EHZ): Zeitlich befristete Hilfe in akuten Krisen für Familien, alleinerziehende Eltern, Pflegefamilien und Heime. In: Unsere Jugend (1998)1, S. 19 – 26.

Funk, Günter; Lindemann, Karl-Heinz: Zeitliche Befristung in der Jugendhilfe durch Ressourcenorientierung – Konzept für ein Modellprojekt. In: Mitglieder-Rundbrief der Arbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfe (AFET) e.V. (1999)2, S. 21 – 28.

Lindemann, Karl-Heinz; Funk, Günter: Families First – ein Kriseninterventionsprogramm mit guten Ergebnissen, aber schlechten Realisierungschancen. In: ForE (2000)3, S. 174 – 183.

Kontakt

Erziehungshilfezentrum, Evangelische Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Schmiedel,
 55469 Nannhausen,
 Tel. 06761/838-0

Projektdurchführung

Ökumenischer Erziehungshilfeverbund gGmbH mit Jugendhilfestationen in Daun, Prüm und Bitburg;
kreuznacher diakonie mit Jugendhilfestation in Birkenfeld;
Kinder- und Jugendhilfe St. Hildegard mit Jugendhilfestationen in Mainz und Wörrstadt

Laufzeit des Projektes

Seit 1997

Gegenstand und Ziele

In Rheinland-Pfalz als ländlich geprägtem Bundesland leben etwa 75% aller Kinder und Jugendlichen in Landkreisen. Gesellschaftliche Modernisierungsprozesse verändern im raschen Tempo die ländlichen Lebenswelten, so dass sich die sozialen Problemlagen von Familien auch hier verschärft haben und immer stärker der Situation in den Städten annähern. Die daraus resultierenden wachsenden Anforderungen an öffentliche Unterstützungssysteme – so sind die höchsten Steigerungsraten bei den erzieherischen Hilfen in den Landkreisen zu verzeichnen – treffen jedoch auf eine unzureichende Versorgungslage. Dies gilt insbesondere auch für die ambulanten und teilstationären Hilfen zur Erziehung, deren Ausbaustand bis Mitte der 90er Jahre noch gering war. Erschwerend kommt hinzu, dass innovative Modelle zur Ausgestaltung der Jugendhilfe vorwiegend in den Großstädten entwickelt wurden und ihre Umsetzung im ländlichen Raum sich als schwierig gestaltet. Eine geringe Bevölkerungsdichte, eine schwach ausgeprägte Infrastruktur und Mobilitätsbarrieren erfordern neue Wege in der Gestaltung ländlicher Jugendhilfe. Diese wurden in Rheinland-Pfalz mit dem Aufbau von Jugendhilfestationen beschritten.

In den Jugendhilfestationen werden „unter einem Dach“ sozialraumbezogen verschiedene Formen ambulanter und teilstationärer Erziehungshilfen für den ländlichen Raum angeboten. Die beiden ersten Jugendhilfestationen wurden 1997 in Daun und Prüm eröffnet, die Einrichtung weiterer Jugendhilfestationen in Bitburg, Birkenfeld, Wörrstadt und Mainz folgten. Um dem mit dem Neuaufbau von Hilfen verbundenen Investitionsrisiko zu begegnen, wurde die Trägerschaft der ersten Jugendhilfestationen von einer zu diesem Zweck von mehreren Jugendhilfeträgern gegründeten gemeinnützigen Gesellschaft, dem ökumenischen Erziehungsverbund gGmbH, übernommen. Die kreuznacher diakonie und die Kinder- und Jugendhilfe St. Hildegard sind heute ebenfalls Träger von Jugendhilfestationen.

Zentrale Inhalte und Ergebnisse

Die Jugendhilfestationen stellen eine breite Hilfepalette bereit, die von Tagesgruppenplätzen über ambulante Erziehungshilfen wie Soziale Gruppenarbeit, SPFH, Erziehungsbeistandschaft und Intensive Sozialpädagogische Einzelbetreuung bis hin zu Betreutem Wohnen und Familienberatung reicht.

Je nach örtlicher Bedarfslage haben die Jugendhilfestationen ihr Hilfespektrum und konzeptionellen Schwerpunkte herausgebildet. So bietet etwa die Jugendhilfestation Birkenfeld als spezifisches Hilfeangebot familienorientierte Schülerhilfe an und hat aufgrund der räumlichen Ansiedlung im Haus der Beratung eine enge fachliche, personelle und organisatorische Kooperation mit Beratungsstellen aufgebaut. Die Jugendhilfestationen in Daun, Prüm und Bitburg halten neben ambulanten und teilstationären Erziehungshilfen eine Tagespflegebörse vor und haben sozialpädagogische Pflegestellen eingerichtet. Gemeinsam ist den Jugendhilfestationen ein Arbeitsansatz, der sich durch Ressourcenorientierung und Familienaktivierung auszeichnet, was auch an der Anwendung neuer Methoden wie Familienaktivierungsmanagement und Video-Home-Training zu erkennen ist. Insgesamt hat sich gezeigt, dass das Konzept der Jugendhilfestationen für ländliche Regionen geeignet ist, um flexible und lebensweltnahe Hilfesysteme zu schaffen und den Umbau von stationären zu ambulanten und teilstationären Betreuungsmöglichkeiten voranzutreiben

Finanzierung

Investitionskostenförderung durch das Rheinland-Pfalz, Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit

Kontakt

Jugendhilfestation Daun,
Alter Neunkirchener Weg 3, 54550 Daun,
Tel: 06592/980-738

Jugendhilfestation Prüm,
Kalvarienbergstr. 1, 5495 Prüm,
Tel.: 06551/980-525

Jugendhilfestation Bitburg,
Trierer Str. 14, 54634 Bitburg,
Tel.: 06561/9710016

Jugendhilfestation Birkenfeld,
Schlossallee 2, 55765 Birkenfeld,
Tel.: 06782/988860

Jugendhilfestation Mainz,
Kleine Weißgasse 10, 55116 Mainz,
Tel.: 06131/144182

Jugendhilfestation Wörrstadt,
Nerotal 8, 55286 Wörrstadt,
Tel.: 06732/963580

Projektdurchführung

Aufbau von SPP:	Kinder- und Jugendhilfe St. Hildegard, Bingen Kinder-, Jugend- und Familienhilfe kreuznacher diakonie Ökumenischer Erziehungshilfeverbund gGmbH Sozialdienst katholischer Frauen, Koblenz
Evaluation:	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V.

Projektlaufzeit

Erprobungsphase:	1998 bis 2001
Evaluation:	10/2000 bis 5/2001

Gegenstand und Ziele

Erfahrungen aus der Heimerziehung haben gezeigt, dass vor allem jüngere und stark entwicklungsbeeinträchtigte sowie behinderte Kinder in einem familiären Rahmen häufig besser gefördert und betreut werden können als in einem stationären Setting. Für diese Kinder findet sich meist aber keine „herkömmliche“ Pflegefamilie, die bereit ist, die damit verbundenen Anforderungen zu tragen. Um diese Angebotslücke zu schließen und den in § 33 Satz 2 SGB VIII formulierten Auftrag zur Schaffung geeigneter Formen der Familienpflege für besonders entwicklungsbeeinträchtigte Kinder und Jugendliche einzulösen, wurden in Rheinland-Pfalz Sozialpädagogische Pflegestellen aufgebaut.

Sozialpädagogische Pflegestellen stellen eine Form der Familienpflege dar, die sich dadurch auszeichnet, dass ein Pflegeeltern-Team über pädagogische Qualifikationen verfügt und durch ein qualifiziertes Beratungssystem intensiv unterstützt wird.

Im Auftrag des Landesjugendhilfeausschusses und unter Beteiligung der öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe wurden Mitte der 90er Jahre Empfehlungen zur Einrichtung und Gestaltung von Sozialpädagogischen Pflegestellen erarbeitet. Auf der Grundlage dieses Entwurfs sind von vier freien Trägern ca. 25 Sozialpädagogische Pflegestellen und ein dazugehöriges Beratungssystem aufgebaut worden.

Um eine Grundlage für die Überarbeitung und neue Beratung der Empfehlung zu erhalten, wurden die Erfahrungen der Träger nach einer dreijährigen Erprobungsphase evaluiert.

Die Evaluation ging insbesondere folgenden Fragestellungen nach: Zum einen sollte aufgearbeitet werden, ob und wie die in den Empfehlungen festgelegten Standards zur Ausgestaltung der Sozialpädagogischen Pflegestellen praktisch umgesetzt wurden und welche Erfahrungen da-

mit bestehen. Zum anderen galt es aufzuzeigen, welche Zielgruppe über dieses neue Angebot erreicht wurde. Die Evaluation erfolgte durch das Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V..

Zentrale Inhalte und Ergebnisse

Folgende Ergebnisse lassen sich zusammenfassend hervorheben, die im Kern verdeutlichen, dass sich dieses neue Angebot auf der Basis der Empfehlungen des Landesjugendhilfeausschusses bewährt hat. Allerdings wurden auch Handlungsbedarfe hervorgehoben, die auf eine Modifizierung und Konkretisierung der Standards und Rahmenbedingungen Bezug nehmen.

- Die Sozialpädagogischen Pflegestellen sind eine wichtige Form der professionellen Familienbetreuung für besonders entwicklungsbeeinträchtigte junge Menschen, die zuvor in sehr instabilen Verhältnissen gelebt haben. Sie leisten damit für eine bestimmte Zielgruppe einen wesentlichen Beitrag zur Sicherstellung bedarfsgerechter Betreuungsmöglichkeiten im Bereich der Fremdunterbringung.
- Sozialpädagogische Pflegestellen sind überwiegend auf Dauer angelegte Lebensorte, woraus sich besondere Anforderungen an den Auswahl- und Vermittlungsprozess ergeben.
- Neben der kontinuierlichen intensiven Beratung und Begleitung, die konstitutiv für das Hilfeangebot ist, brauchen die Sozialpädagogischen Pflegestellen ein gut funktionierendes Bezugs- und Unterstützungsnetz. Der Zusammenarbeit mit der Herkunftsfamilie wird eine hohe Bedeutung und ein hohes Maß an Zeit zugemessen.
- Obwohl die Sozialpädagogischen Pflegestellen wohl ein Nischenangebot bleiben werden, ist eine Ausweitung dieses Hilfeangebotes in Rheinland-Pfalz notwendig, damit die strukturell gegebenen Vorteile einer individuellen und regionalen Gestaltung von Fremdunterbringung zum Tragen kommen können.

Empfehlungen/Weiterentwicklungen aus dem Projekt

Die Evaluationsergebnisse wurden mehrfach im Fachausschuss 3 des Landesjugendhilfeausschusses beraten und flossen in eine überarbeitete Empfehlung zur Einrichtung von Sozialpädagogischen Pflegestellen in Rheinland-Pfalz ein. Im Rahmen einer landesweiten Fachtagung wurden die Ergebnisse mit öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe diskutiert.

Finanzierung

Evaluation: Land Rheinland-Pfalz, Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit

Publikationen

Schmutz, Elisabeth: Sozialpädagogische Pflegestellen in Rheinland-Pfalz. Eine Zwischenbilanz. Mainz 2002.

Kontakt

**Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung
Rheinland-Pfalz, Landesjugendamt,**
Am Rodelberg 21, 55131 Mainz-Hechtsheim,
Tel.: 06131/967-0

Projektdurchführung

Konzeptentwicklung/

–erprobung: Evangelische Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Schmiedel, Evangelisches Kinder- und Jugendheim kreuznacher diakonie Niederwöresbach, Sozialpädagogische Jugendwohngemeinschaft Mainz, Kinder- und Jugendhilfe St. Hildegard, Jugendhilfezentrum Don Bosco Helenenberg im Verbund mit 12 Jugendämtern

Evaluation:

Institut für Sozialpädagogische Forschung
Mainz e.V.

Projektlaufzeit

Für das Modellprojekt „Neue Formen familienaktivierender Heimerziehung in Rheinland-Pfalz im Verbund öffentlicher und freier Träger“ ist eine Laufzeit von zwei Jahren vorgesehen.

Gegenstand und Ziele

Die Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung hat in den 90er Jahren vor allem im ambulanten und teilstationären Bereich stattgefunden. In diesem Zusammenhang geriet die Heimerziehung in ein Entwicklungsdilemma. Durch die Ausdifferenzierung des Hilfesystems verändert sich zunehmend auch die Zielgruppe von Heimerziehung. Eine stationäre Unterbringung erfolgt nur noch dann, wenn andere Hilfen nicht geeignet bzw. gescheitert sind. Folglich konzentrieren sich in der Heimerziehung Kinder und Jugendliche mit erheblichen Problemlagen, die eine entsprechende Weiterentwicklung der konzeptionellen Ansätze notwendig machen.

Das Modellprojekt „Neue Formen aktivierender Heimerziehung in Rheinland-Pfalz“ schließt an die Bearbeitung zentraler Entwicklungsaufgaben der Heimerziehung an und bezieht dabei Erfahrungen mit „neuen“ ambulanten Hilfeformen mit ein. Das zentrale Ziel des Modellprojektes ist es, ressourcenorientierte und systemische Ansätze auf die Heimerziehung zu übertragen, um ihr Profil nicht nur als familienersetzende, sondern auch als familienergänzende Hilfe weiterzuentwickeln.

Dabei stellt sich die Frage, über welche Organisationsstrukturen und Handlungsansätze die **Elternarbeit** bei einer stationären Unterbringung von Kindern und Jugendlichen ausgestaltet werden kann. Die fünf beteiligten Einrichtungen haben neben einem gemeinsamen inhaltlichen Ziel hierzu je unterschiedliche Ansätze entwickelt, die in der Modellphase erprobt und evaluiert werden sollen.

Zum Bestandteil des Modellprojektes gehört eine **Fortbildungsreihe für alle Fachkräfte** bei den beteiligten Einrichtungen, die auf die Qualifizierung von Elternarbeit zielt und ressourcenorientierte und systemische Handlungsansätze der Heimerziehung umfasst.

Die Umsetzung familienaktivierender Heimerziehungsformen stellt auch Anforderungen an die **sozialpädagogische Diagnostik und die kooperative Hilfeplanung** von öffentlichen und freien Trägern. Hierzu sollen im Rahmen des Modellprojektes entsprechende Instrumente, Dokumentationsformen und Handlungsansätze entwickelt und Vereinbarungen für die Ausgestaltung von Hilfeplanungsprozessen getroffen werden.

Darüber hinaus stellt sich für die Heimerziehung die Frage, wie ihre Angebote und Handlungsansätze so weiterentwickelt werden können, dass neben einer „Unterbringung am anderen Ort“ auch lebensweltnahe Unterstützungssysteme während und gegebenenfalls nach der Heimerziehung aufgebaut werden können. Hieraus ergeben sich zentrale Fragen und Anforderungen an die **Jugendhilfeplanung** im Bereich der Hilfen zur Erziehung, sowie an die Organisationsstruktur der Einrichtungen und das Aufgabenfeld des Allgemeinen Sozialen Dienstes.

An dem Modellprojekt wirken 12 Jugendämter und fünf Jugendhilfeeinrichtungen aus Rheinland-Pfalz mit, die sich zur Bearbeitung des Modellprojektes zu einem Trägerverbund zusammengeschlossen haben.

Das Modellprojekt soll wissenschaftlich begleitet und evaluiert werden, damit im Prozess kontinuierlich an Schwachstellen gearbeitet und im Ergebnis übertragungsfähige Ansätze ermittelt und dokumentiert werden.

Finanzierung

Fortbildung: Land Rheinland-Pfalz, Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit

Evaluation: Stiftung Jugendmarke e.V.

Kooperationspartner

Jugendämter und freie Träger der Jugendhilfe
Landesjugendamt
Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum Rheinland-Pfalz

Kontakt

Kinder- und Jugendhilfe St. Hildegard,
Rochusberg 7, 55411 Bingen,
Tel.: 06721/931-0

**Institut für Sozialpädagogische Forschung
Mainz e.V., (ism)**
Kaiserstr. 31, 55118 Mainz,
Tel.: 06131/24041-0

Projektdurchführung

Trägerverein Haus der Beratung e.V. bestehend aus dem Landkreis Birkenfeld, der Stadt Idar-Oberstein, dem Kirchenkreis Birkenfeld, dem Kirchenkreis St. Wendel, der Elisabethstiftung des Deutschen Roten Kreuzes, der Jugendhilfestiftung der Kreissparkasse Birkenfeld, der kreuznacher diakonie, der Evangelischen Beratungsstelle e.V.

Laufzeit des Projektes

Seit 06/1999 besteht der Trägerverein „Haus der Beratung e.V.“; für das Modellprojekt zur konzeptionellen Weiterentwicklung ist eine Laufzeit von 2 Jahren vorgesehen.

Gegenstand und Ziele

Um Angebote ambulanter psychosozialer Beratung bedarfsorientiert aufeinander abzustimmen, vorhandene Ressourcen und Kompetenzen gezielt zu bündeln und so Lücken in der psychosozialen Grundversorgung im Landkreis Birkenfeld zu schließen, wurde 1999 der Trägerverein „Haus der Beratung e.V.“ von neun öffentlichen und freien Trägern mit eigenständigen Beratungsangeboten gegründet. Die Arbeit des Trägervereins realisiert sich in dem „Haus der Beratung“ in Birkenfeld. Dort unterhält der Verein eine Beratungsstelle, in die alle Träger personelle Ressourcen einbringen. Durch die Bündelung der unterschiedlichen Therapie- und Beratungskompetenzen der einzelnen Träger kann eine breite Palette an Beratungsangeboten bereitgestellt werden, um den verschiedenen Bedarfen der ratsuchenden Bürger Rechnung zu tragen. Im Zentrum stehen dabei Erziehungs-, Familien-, Partnerschafts-, Trennungs- und Scheidungs-, Lebens- und Jugendberatung sowie beruflichen Beratung. Alle Ratsuchenden erhalten im „Haus der Beratung“ zeitnah eine qualifizierte Erstberatung und werden gegebenenfalls an eine Folgeberatung vermittelt. In den Fällen mit Folgeberatung und Vermittlung übernimmt die Erstberatung oftmals auch Clearingfunktionen und fungiert so als ein qualifizierter Wegweiser für den weiteren Beratungsprozess und für die Ratsuchenden. Neben den vielfältigen multiprofessionellen Beratungsangeboten versteht sich das „Haus der Beratung“ als eine Anlaufstelle in der regionalen Jugendhilfestruktur, wo Informationen über Hilfearten und -möglichkeiten, Verfahrensabläufe etc. auf kurzem, unbürokratischem Weg abgerufen werden können. Im Rahmen eines Modellprojektes sollen die Erfahrungen, Ansätze und Konzepte, die speziell für das „Haus der Beratung“ in Birkenfeld gearbeitet wurden und sich – so zeigt die bisherige Praxis – bewährt haben, auf den Landkreis ausgeweitet werden. Außerdem sollen daran anknüpfend niedrigschwellige und lebensweltnahe Angebote aus dem

Trägernetzwerk für die ländlichen Regionen entwickelt werden. Im einzelnen werden folgende Ziele mit dem Modellprojekt verfolgt:

- Aufbau und Erschließung einer sozialräumlich orientierten Beratungsnetzwerkstruktur im Landkreis, d.h. in allen Beratungsstellen des Trägerverbundes im Landkreis soll eine qualifizierte Erstberatung und ein Clearing für Folgeberatungen bzw. Vermittlung erfolgen.
- Aufbau niedrigschwelliger, integrierter und sozialraumorientierter Angebote im Beratungsnetzwerk (z.B. ganzheitliche Beratungsansätze, Gruppenangebote).
- Stärkung von Prävention, Partizipation und Akzeptanz von Hilfen im Bereich der Hilfen zur Erziehung.
- Stärkung der Partizipation der Adressaten im Hilfeprozess.
- Aufbau regionaler Beratungskonferenzen.
- Weiterentwicklung der Organisationsstruktur durch Qualifizierung der Teamarbeit und der Beratungsstruktur.

Die Durchführung des Modellprojektes soll durch eine zusätzlich eingerichtete Personalstelle für konzeptionelle und planerische Aufgaben sowie Organisations- und Qualitätsentwicklung erfolgen.

Empfehlungen/Weiterentwicklungen aus dem Projekt

Da das Modellprojekt nicht nur für den Landkreis Birkenfeld, sondern für andere ländliche Regionen von Bedeutung ist, sollen die Ergebnisse des Modellprojektes in einem Abschlussbericht dokumentiert und so der interessierten (Fach-)Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Finanzierung

Mischfinanzierung durch das Land Rheinland-Pfalz, Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit, den Trägerverein und die Kommune.

Kooperationspartner

Landkreis Birkenfeld, Stadt Idar-Oberstein, Kirchenkreis Birkenfeld, Kirchenkreis St. Wendel, Elisabethstiftung des Deutschen Roten Kreuzes, Jugendhilfestiftung der Kreissparkasse Birkenfeld, kreuznacher diakonie, Evangelischen Beratungsstelle e.V.

Kontakt

Kreisverwaltung Birkenfeld, Jugendamt,
Schloßallee 323, 55765 Birkenfeld,
Tel.: 06782/15-0

Projektdurchführung

Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V.

Laufzeit des Projektes

01/1993 bis 12/1993

Gegenstand und Ziele

Ende der 80er Jahre kam es zu einem deutlichen Anstieg von Heimunterbringungsfällen in Rheinland-Pfalz. Nach dem bis dato die Anzahl der stationären Unterbringungen kontinuierlich rückläufig war und Heimplätze abgebaut wurden, stellte sich die Frage nach den Ursachen, die zu dieser Trendwende geführt hatten. Unklar war auch, ob es sich um eine kurzfristige Nachfrageveränderung handelte oder ob sich hierin strukturelle Veränderungen widerspiegelten, die mit neuen Anforderungen an die Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung einher gingen.

Vor diesem Hintergrund wurde vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit die Untersuchung „Aktuelle Probleme der Heimerziehung in Rheinland-Pfalz“ in Auftrag gegeben. Sie hatte zum Ziel, Entwicklungslinien zu beschreiben, aktuelle Problemfelder zu analysieren und Innovationspotentiale für den Bereich der Hilfen zur Erziehung aufzuzeigen.

Die Bearbeitung der weitgefassten Problemstellung erfolgte in drei Untersuchungsschritten:

- (1) Im ersten Untersuchungsschritt fand eine Auswertung ausgewählter Daten der Jugendhilfestatistik von 1982 bis 1990 statt, um in einer zeitlichen Perspektive die Nachfrageentwicklung in den einzelnen Hilfearten landesweit und für die Kommunen abzubilden.
- (2) Der zweite Untersuchungsschritt bestand in einer Aktenanalyse, für die 255 Akten von Neuzugängen in die Heimerziehung der Jahre 1982 und 1991 aus 12 Jugendämtern herangezogen wurden. Damit sollte der Frage nachgegangen werden, ob sich im Vergleich der beiden Jahre Unterschiede bei der Zielgruppe von Hilfen zur Erziehung, der Ursachen sowie der Begründung der Hilfeentscheidungen zeigen.
- (3) Im dritten Untersuchungsschritt wurden Experteninterviews in Jugendämtern, Heimen und Schulen durchgeführt, um auch die professionellen Annahmen über Ursachen und Entwicklungserfordernisse mit einzubeziehen.

Zentrale Inhalte und Ergebnisse

Die in der Untersuchung ermittelten Ergebnisse einer veränderten Heimunterbringungspraxis in Rheinland-Pfalz verwiesen auf zwei Entwicklungslinien, die nicht nur den Zuwachs an Heimunterbringungen erklärten, sondern auch weithin einen steigenden Bedarf nach Jugendhilfeleistungen prognostizieren

ließen. Zum einen wurde herausgearbeitet, dass die Jugendhilfe einen Aufgabenzuwachs in Folge von gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen erfahren hat. Die steigende Anzahl der Heimunterbringungen wird in einem Zusammenhang mit der Zunahme von Scheidungen, der steigenden Zahl von Alleinerziehenden, dem Ausfall von familiären Stützungssystem sowie der Verschärfung von Wohnungs- und Arbeitsmarktproblemen gebracht. Zum anderen konnte nachgewiesen werden, daß sich die Jugendhilfe „normalisiert“ hat und zu einem erwartbaren Dienstleistungsangebot für Kinder, Jugendliche und ihre Familien bei Erziehungsproblemen geworden ist.

Darüber hinaus legten die Ergebnisse Strukturprobleme und Modernitätsdefizite der Jugendhilfe offen. Handlungsbedarf wurde schwerpunktmäßig im Aufbau und der Weiterentwicklung ambulanter und präventiver Angebot vor allem für den ländlichen Raum, in der Verbesserung von Organisations- und Entscheidungsstrukturen in den Jugendämtern sowie in der Entwicklung von Kriterien für erfolgreiche Interventionen im Vorfeld von Heimunterbringung aufgezeigt.

Empfehlungen/Weiterentwicklungen aus dem Projekt

Aufgrund der Untersuchungsergebnisse wurde das Modellprojekt „Weiterentwicklung der Hilfe zur Erziehung in Rheinland-Pfalz“ initiiert. Um den vielfältigen, neuen und wachsenden Anforderungen fachlich und ökonomisch begegnen zu können, wurde darüber hinaus auf Landesebene die Programmstruktur „Erziehungshilfeoffensive“ aufgelegt.

Finanzierung

Land Rheinland-Pfalz, Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit

Publikationen

Hamburger, Franz; Müller, Heinz; Porr, Claudia: Untersuchung über aktuelle Probleme der Heimerziehung in Rheinland-Pfalz. Mainz 1995 und 1997.

Kontakt

**Institut für sozialpädagogische Forschung
Mainz e.V., (ism)**
Kaiserstr. 31, 55116 Mainz,
Tel. : 06131/24041-0,
Email: ism@ism-mainz.de

Entwicklungsbedingungen und Leistungsfähigkeit der Heimerziehung in Rheinland-Pfalz (Teil 1 und 2)

Projektdurchführung

Auftraggeber

der Studie: Arbeitsgemeinschaft der Caritasverbände
Rheinland-Pfalz
Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland
Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche der Pfalz
Diakonisches Werk Hessen und Nassau

Durchführung

der Studie: Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V.

Projektlaufzeit

Expertise Teil 1: 1997/1998

Expertise Teil 2: 1998/1999

Gegenstand und Ziele

Die Heimerziehung befindet sich bundesweit in einem weitreichenden Umbauprozeß. Gesellschaftliche, rechtliche und fachliche Veränderungen haben insbesondere in den 90er Jahren einen tiefgreifenden Strukturwandel eingeleitet, der zu einer Ausdifferenzierung der Hilfen zur Erziehung und damit verbunden auch der Heimerziehung geführt hat. Die Heimerziehung in Rheinland-Pfalz stellt heute ein vielgestaltiges Gebilde von Angeboten der „Tag- und Nachtbetreuung“ von Kindern und Jugendlichen dar, das nur noch schwerlich mit dem Begriff Heim zu erfassen ist. Trotz dieser Veränderungen gilt die Heimerziehung noch oftmals als ultima ratio und als schlechteste aller Hilfemöglichkeiten. Nur wenig ist darüber bekannt, wie sich Heimerziehung heute in der Praxis darstellt, wie ihre Leistungsfähigkeit zu beschreiben ist und wie sie sich im erweiterten Gesamtspektrum erzieherischer Hilfen verorten kann.

Dies war der Anlass für die konfessionellen Träger der Heimerziehung in Rheinland-Pfalz, die Arbeitsgemeinschaft der Caritasverbände Rheinland-Pfalz, die Diakonischen Werke Pfalz und Rheinland sowie Hessen und Nassau, zwei Expertisen beim Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. in Auftrag zu geben. Ziel der beiden Expertisen war die Analyse der Entwicklungsbedingungen und Leistungsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Heimerziehung in konfessioneller Trägerschaft.

Im ersten Teil der Expertise ging es zunächst um die Ausarbeitung eines theoretischen Rahmens für die Studie. In einem zweiten Schritt fand eine Auswertung von Forschungsergebnissen zur Heimerziehung statt. Daran schloss sich eine Abbildung der Struktur der Heimerziehungslandschaft in Rheinland-Pfalz sowie eine Analyse der Einrichtungskonzepte an.

Mit dem zweiten Teil der Expertise wurden für die Heime in konfessioneller Trägerschaft zwei Kernfragen bearbeitet, die sich aus der Diskussion der Er-

gebnisse der Expertise Teil 1 ergaben. Zum einen wurden die Kooperationsbeziehungen der Heime mit den örtlichen Jugendämtern untersucht, zum anderen die seit der Einführung des SGB VIII erfolgten Innovationen im Leistungs- und Angebotspektrum analysiert und abgebildet.

Zur Erstellung der Expertisen wurden vorhandene Daten der Jugendhilfestatistik ausgewertet, Konzepte und Materialien der Heime analysiert sowie eigene Erhebungen durchgeführt. Außerdem fanden ergänzend Interviews mit Leitungs- und Fachkräften in Einrichtungen und Jugendämtern sowie Fachtagungen statt.

Zentrale Inhalte und Ergebnisse

Im Kern zeigten die Ergebnisse der ersten Expertise auf, dass die Heimerziehung lebenswelt- und subjektorientiert arbeitet, einen hohen fachlichen Standard erreicht hat und sich damit auch positive Effekte für ihre Leistungsfähigkeit einstellen. Mit Hilfe der Analysen konnte der Umbau der stationären Erziehungshilfe nachgezeichnet und Einrichtungsprofile gebildet werden. Die Ergebnisse verwiesen auch darauf, daß qualifizierte Heimerziehung und eine bedarfsgerechte regionale Jugendhilfestruktur maßgeblich von der Qualität der Kooperationsbeziehungen zwischen öffentlichen und freien Trägern abhängen. Die zweite Expertise hat hierzu folgende Ergebnisse für die Heimerziehung in konfessioneller Trägerschaft in Rheinland-Pfalz ermittelt:

- Die quantitativ und qualitativ ausgeprägteste Arbeitsebene zwischen Fachkräften der Heime und Jugendämter stellt die Hilfeplanung dar.
- Jugendhilfeplanung als komplexes Aufgabenfeld für öffentliche und freie Träger der Jugendhilfe ist noch wenig entwickelt. Nur ein Drittel der rheinland-pfälzischen Jugendämter betreibt Planung für die Hilfe zur Erziehung und weniger als die Hälfte der Einrichtungen in konfessioneller Trägerschaft waren an Planungsprozessen beteiligt.
- Der Jugendhilfeausschuss stellt eine kaum profilierte Kooperationsebene dar. Nur ein Drittel der Einrichtungen war kontinuierlich über die Ausschussarbeit informiert.
- Eine weitere Kooperationsebene zwischen Jugendamt und Heimen bilden Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII und Verbundsysteme. Etwa die Hälfte der Jugendämter verfügten über diese Gremien und rund 40% der Einrichtungen waren hier vertreten.

Die in der ersten Expertise vorgelegten Befunde zur Bestandsaufnahme der Heimerziehung wurden im Teil 2 insbesondere mit Blick auf die eingeführten Innovationen differenziert:

- Seit Einführung des SGB VIII wurden von den 42 untersuchten Einrichtungen 327 Innovationen im stationären, teilstationären und ambulanten Bereich geleistet. Der Schwerpunkt der Innovationen lag bei allen Einrichtungen im stationären Bereich.
- Innovationen im teilstationären und ambulanten Bereich wurden bis auf wenige Ausnahmen nach 1991 entwickelt.
- Der Einzugsbereich der Heime ist vorwiegend örtlich oder regional. Nur

jede zehnte Einrichtung arbeitete mit Jugendämtern aus dem gesamten Landes- und Bundesgebiet zusammen.

Empfehlungen/Weiterentwicklungen aus dem Projekt

Die Ergebnisse der beiden Expertisen wurden sowohl jugendhilfepolitisch wie verbandsintern dazu genutzt, einen sozialpolitischen Diskurs über die Weiterentwicklungsbedarfe der Heimerziehung zu führen. In verschiedenen Regionen des Landes wurden neue Arbeitszusammenhänge zwischen öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe gebildet und Planungsprozesse angeregt.

Finanzierung

Arbeitsgemeinschaft der Caritasverbände Rheinland-Pfalz
Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland
Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche der Pfalz
Diakonisches Werk Hessen und Nassau
Land Rheinland-Pfalz, Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen

Publikationen

Hamburger, Franz; Müller, Heinz; Nell, Werner; Porr, Claudia; Waniliek, Bernd, Wolter, Otto: Entwicklungsbedingungen und Leistungsfähigkeit der Heimerziehung in Rheinland-Pfalz Teil 1, Mainz 1998.

Hamburger, Franz; Müller, Heinz; Porr, Claudia; Schneider, Peter: Entwicklungsbedingungen und Leistungsfähigkeit der Heimerziehung in Rheinland-Pfalz. Teil 2: Kooperation und Innovation. Mainz 2000.

Kontakt

**Arbeitsgemeinschaft der Caritasverbände
Rheinland-Pfalz, Geschäftsstelle,**
Holzhofstraße 8, 55116 Mainz,
06131/2826-256

**Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche
im Rheinland, Verbindungsstelle Rheinland-Pfalz,**
Mainzer Str. 86, 56075 Koblenz,
Tel.: 0261/31050

Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche der Pfalz,
Karmeliterstraße 20, 67346 Speyer,
Tel.: 06232/664-0

Projektdurchführung

Universität Koblenz-Landau, Prof. Dr. Ch. Schrapper, S. Pies

Laufzeit des Projektes

2000 bis 2001

Gegenstand und Ziele

Wie auch der 8. Jugendbericht herausstellt, sind Ausbildung, Beruf und Arbeit zentrale Lebens- und gesellschaftliche Erfahrungsbereiche, denen im Prozess der Eingliederung der heranwachsenden Generation in die Gesellschaft eine fundamentale Bedeutung zukommt. Im SGB VIII wird für die im Rahmen der Heimerziehung lebenden jungen Menschen die Bedeutung der beruflichen Qualifikation als Bestandteil eines umfassenden Sozialisationsauftrages noch einmal gesondert hervorgehoben und normiert.

Vor diesem Hintergrund war es Ziel einer vom Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz in Auftrag gegebenen Studie zu klären, ob Prozesse der beruflichen und sozialen Integration ehemaliger Heimkinder in Rheinland-Pfalz vergleichbar problemlos gelingen oder ob spezifische Probleme bestehen, die näherer Untersuchung und gegebenenfalls gezielter Maßnahmen bedürfen. Darüber hinaus sollte auch untersucht werden, ob Probleme der beruflichen und sozialen Integration mit einer restriktiven Handhabung der „Hilfen für junge Volljährige“ gemäß § 41 SGB VIII zusammenhängen könnten. Die Durchführung der Studie erfolgt durch die Universität Koblenz, Seminar Pädagogik.

Zur Bearbeitung dieser Fragestellungen wurden folgende Untersuchungsschritte durchgeführt:

- Mittels einer Literaturrecherche wurde der bisherige Forschungsstand zum Thema „berufliche und soziale Integration von Klienten der Heimerziehung“ aufgearbeitet.
- Aktuelle Zahlen und Fakten wurden über die Auswertung von Daten aus den vorhandenen Statistiken der Arbeitsverwaltung, der Jugendhilfestatistik sowie der Sozialhilfestatistik gewonnen.
- In Interviews mit Experten aus Heimen, Jugendämtern und Arbeitsämtern wurden Einschätzungen und Problemanzeigen zur beruflichen und sozialen Integration junger Menschen aus Einrichtungen stationärer Jugendhilfe erfragt.

Die in den einzelnen Untersuchungsschritten gewonnenen Einschätzungen mündeten in Handlungsempfehlungen für Praxis, Politik und Forschung.

Zentrale Inhalte und Ergebnisse

Die Befunde der Studie wiesen darauf hin, dass die Prozesse der beruflichen und sozialen Integration bei den jungen Menschen aus Einrichtungen stationärer Jugendhilfe nicht befriedigend gelingen. Zwar handelt es sich zum Teil um generelle Problemlagen, die die Arbeitsmarktsituation aktuell kennzeichnen, andererseits deuten sich auch besondere Schwierigkeiten der jungen Menschen aus der Jugendhilfe an:

- Sowohl die Statistiken als auch die Einschätzungen der Experten verdeutlichen das vergleichsweise niedrige Niveau schulischer und beruflicher Abschlüsse von jungen Menschen aus Einrichtungen der stationären Jugendhilfe.
- Die Stigmatisierung ehemaliger Heimkinder ist aus Expertensicht kein großes Problem. Schwierigkeiten bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz erwachsen eher aus den sozialen Problemlagen, mangelnden sozialen Kompetenzen sowie fehlenden Schlüsselqualifikationen.
- Da die Zeit nach Abschluss der Berufsausbildung häufig mit dem Ende der Hilfemaßnahme zusammenfällt, fehlt gerade in dieser Übergangssituation oftmals die Unterstützung durch Jugendhilfeeinrichtungen, was sich insbesondere bei jungen Menschen ohne familiären Rückhalt als schwierig erweist.
- Bei näherer Betrachtung der Handhabung des § 41 SGB VIII wiesen sowohl die Experteneinschätzungen als auch die ausgewerteten Statistiken auf eine positive Entwicklung in dem Sinne hin, dass Hilfen für junge Volljährige in den letzten Jahren vermehrt gewährt wurden.

Empfehlungen/Weiterentwicklungen aus dem Projekt

In den Handlungsempfehlungen sind folgende Strategien zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration junger Menschen aus Einrichtungen stationärer Jugendhilfe hervorgehoben:

- Verbesserung der Kooperation aller beteiligten Systeme wie Jugendhilfe, Schule und Arbeitsamt;
- Orientierung an den Interessen und Möglichkeiten der jungen Menschen;
- Unterstützungsbedarf in den Übergängen;
- Schaffung regionaler Netzwerke.

Finanzierung

Land Rheinland-Pfalz, Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit

Publikationen

Pies, Silke: Berufliche und soziale Eingliederung junger Menschen aus Einrichtungen stationärer Jugendhilfe. In: Jugendhilfe 41(2003), H. 2, S. 66 – 71.

Kontakt

Silke Pies,
Universität Koblenz-Landau,
Campus Koblenz, Universitätsstr. 1, 56070 Koblenz,
Tel.: 0261/287-1860,
Email: spies@uni-koblenz.de

Projektdurchführung

Universität Koblenz-Landau, S. Darius, I. Hellwig, Prof. Dr. Ch. Schrapper

Projektlaufzeit

06/1999 bis 05/2001

Gegenstand und Ziele

Mit den Arbeitsfeldern Jugendhilfe und Jugendpsychiatrie treffen zwei Systeme aufeinander, die sowohl in ihrem jeweiligen Handlungsauftrag als auch in ihren Konzepten und Strukturen zum Teil erhebliche Unterschiede aufweisen. Trotz des gemeinsamen Gegenstandes, der Beschäftigung mit auffällig gewordenen bzw. „schwierigen“ Kindern und Jugendlichen, begegnen sich beide Professionen immer wieder mit Misstrauen, gegenseitigen Zuschreibungen bis hin zur wechselseitigen Abwertung. Die enge Zusammenarbeit zwischen den beiden Disziplinen ist jedoch Voraussetzung für die Gestaltung effizienter Hilfeprozesse insbesondere bei akuten Krisensituationen und in Grenzfällen.

Ziel des Forschungsprojektes „Krisenintervention und Kooperation als Aufgabe von Jugendhilfe und Jugendpsychiatrie in Rheinland-Pfalz“ war es, die Voraussetzungen und Anforderungen sowie die Hindernisse und Schwierigkeiten einer gelingenden Kooperation zwischen Jugendhilfe und Jugendpsychiatrie zu untersuchen.

Zur Bestandsaufnahme wurden zunächst eine Fragebogenerhebung bei den Jugendhilfeeinrichtungen sowie eine Auswertung der Basisdokumentation der Psychiatrie durchgeführt. Diese Daten wurden um Experteninterviews und Interviews mit betroffenen Kindern ergänzt. Darüber hinaus erfolgte eine Analyse bereits existierender und als gelungen bewerteter Kooperationsmodelle und Kriseninterventionskonzepte.

Zentrale Inhalte und Ergebnisse

Ein zentraler Befund des Projektes waren die hohen Fallzahlen der Kinder und Jugendlichen, die sowohl Maßnahmen der Jugendhilfe als auch Hilfen der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Anspruch nehmen. So hatten 40% der jungen Menschen in stationären Jugendhilfemaßnahmen vor, während oder nach ihrem Aufenthalt dort auch Kontakt zur Kinder- und Jugendpsychiatrie. Mehrfache Wechsel einzelner Kinder und Jugendlichen zwischen den Systemen waren dabei nicht selten.

Die Kooperation wurde von beiden Seiten als bedeutsam erachtet. Die Jugendhilfe braucht und fordert die Unterstützung der Psychiatrie für den Umgang mit immer schwieriger werdenden Kindern. Dabei geht es vor allem um „Clearing“, d.h. um die Erstellung von Diagnosen und um eine schnelle und zuverlässige Krisenintervention. Die Jugendpsychiatrie wiederum muss auf

Angebote im Rahmen der Jugendhilfe zurückgreifen können, wenn Kinder und Jugendliche nach einer Behandlung nicht mehr in ihr bisheriges Bezugssystem (Familie oder Heim) zurückkehren können.

Obwohl sich die Kooperation in den letzten Jahren verbessert hat, kommt es besonders in Krisensituationen immer wieder zu Problemen in der Zusammenarbeit. Aus der Untersuchung bestehender Kooperationsmodelle konnten Prüfsteine einer gelingenden Kooperation aufgezeigt werden. Als bedeutsam erwies sich dabei, dass die Rollen und Kompetenzen geklärt sind und gleichzeitig die Kenntnisse über die andere Profession erweitert werden. Außerdem ist die Zuständigkeit bei der Finanzierung zu regeln und ein regelmäßiger Kontakt und Austausch sicherzustellen.

Auf der Grundlage der Untersuchungsergebnisse wurden Handlungsempfehlungen für das Land, die Kommunen sowie die Träger und Einrichtungen der Jugendhilfe wie Jugendpsychiatrie formuliert.

Empfehlungen/Weiterentwicklungen aus dem Projekt

Ein Handbuch zur Kooperation von Psychiatrie und Jugendhilfe wird erarbeitet und im Fachverlag erscheinen.

Finanzierung

Land Rheinland-Pfalz, Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen und Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Publikationen

Darius, Sonja; Hellwig, Ingolf; Schrapper, Christian: Krisenintervention und Kooperation als Aufgabe von Jugendhilfe und Jugendpsychiatrie in Rheinland-Pfalz. Mainz 2001.

Kontakt

Prof. Dr. Christian Schrapper,
Universität Koblenz-Landau,
Campus Koblenz, Universitätsstraße 1, 56070 Koblenz,
Tel.: 0261/287-1860,
Email: schrappe@uni-koblenz.de

Projektdurchführung

Konzeptentwicklung/
-erprobung: Jugendhilfezentrum St. Marien, Stadtjugendamt Worms

Evaluation: Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V.

Projektlaufzeit

07/2001 bis 02/2003

Gegenstand und Ziele

Bei dem Modellprojekt „Stationäre Familienbetreuung“ handelt es sich um ein alternatives Betreuungssetting der Heimerziehung. Im Unterschied zu den klassischen Konzepten der Heimerziehung, bei denen einzelne Kinder oder auch Geschwister für eine bestimmte Zeit an einem anderen Ort untergebracht werden, zielt dieses Hilfeangebot auf die Arbeit mit der ganzen Familie. Der Handlungsrahmen ist dadurch gekennzeichnet, dass für die Familie eine Wohnung zur Verfügung gestellt wird, die zudem Büroräume für das pädagogische Fachpersonal des Einrichtungsträgers umfasst. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass für einen gewissen Zeitraum und in der notwendigen Intensität eine Tag- und Nachtbetreuung gewährleistet werden kann. Eine solche Betreuungsform kann dann indiziert sein, wenn einerseits über ambulante Hilfen die erforderlichen Versorgungskompetenzen nicht erbracht werden können, andererseits aber eine Trennung der Kinder von den Eltern vorhandene Bindungen gefährden würde.

Modellhaft wurde in Worms in Kooperation des Stadtjugendamtes mit dem Kinder- und Jugendhilfezentrum St. Marien ein solches Betreuungssetting entwickelt und in einem Fall erprobt. Da bislang bundesweit nur wenige Erfahrungen mit dieser neuen Form der Fremdbetreuung im Kontext stationärer Hilfekonzepte vorliegen, wurde das Modellprojekt evaluiert. Gegenstand der Evaluation war der konkrete Hilfeverlauf, insbesondere seine Rahmenbedingungen, das ausgewählte Setting und das fachlich geleitete pädagogische Handeln. Ziel war zum einen die Überprüfung des Nutzens, den die Familie selbst von der Hilfe hatte. Zum anderen sollte mit Hilfe der Evaluation ein Beitrag zur Weiterentwicklung der Konzeption der Stationären Familienbetreuung geleistet werden. Methodisch wurde ein pluraler Zugang gewählt: Die Evaluation des konkreten Hilfeverlaufs aus Sicht der Fachkräfte erfolgte anhand verschiedener Dokumentationsraster. Die Sicht der Familie wurde durch mündliche und schriftliche Befragungen der Mutter und der Kinder eingeholt. Der Einordnung der Einzelergebnisse diente eine Rekonstruktion der Ausgangsbedingungen des Hilfeangebotes anhand dreier Interviews mit den Leitungskräften des öffentlichen und freien Trägers sowie ein auf der Basis einer Internetrecherche erstellter Vergleich mit ähnlichen Angeboten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.

Da über die Evaluation auch der Hilfeverlauf selbst optimiert werden sollte, wurden die Ergebnisse prozessbegleitend im Rahmen einer Steuerungsgruppe, die aus Vertretern des Stadtjugendamtes sowie des Kinder- und Jugendhilfezentrums St. Marien zusammengesetzt war, diskutiert.

Zentrale Inhalte und Ergebnisse

Insgesamt ergaben sich über die Evaluation Ergebnisse auf drei Ebenen:

(1) Ergebnisse im Blick auf die konkrete Familie:

Im Rahmen der Stationären Familienbetreuung konnte eine Reorganisation des Familienalltags und eine deutliche Stärkung der Erziehungsfähigkeit der Mutter erreicht werden. Es wurden verlässliche Versorgungsstrukturen mit der Mutter aufgebaut und Zugänge zu unterstützenden Angeboten im Lebensumfeld geschaffen. Ein Verbleib der Kinder in der Familie konnte so gesichert werden.

(2) Ergebnisse im Blick auf die Konzeption:

Die Stationäre Familienbetreuung zeichnet sich dadurch aus, dass diese Erziehungshilfemaßnahme mit der gesamten Familie im Kontext eines stationären Settings arbeitet. Eine starke Alltags- und Handlungsorientierung hat sich in der Arbeit bewährt. Dabei gilt es die Eltern als Experten und als für ihre Kinder verantwortliche Erziehungspersonen anzusprechen. Auch ist die Arbeit an einem unterstützenden sozialen Netzwerk von zentraler Bedeutung.

(3) Ergebnisse im Blick auf die Heimerziehung:

Nach etwa zweijähriger Laufzeit des Modellprojektes kann festgestellt werden, dass sich dieser Ansatz in diesem konkreten Fall bewährt hat. Aus den vorliegenden Erfahrungen lassen sich insgesamt Impulse für die Weiterentwicklung der Heimerziehung ableiten. Für eine bestimmte Zielgruppe von Familien stellt diese Betreuungsform eine Alternative zur Fremdunterbringung von Kindern und Jugendlichen dar. Immer dann, wenn mehrere Kinder aus einer Familie stationär untergebracht werden sollen, eine starke Bindung zwischen Eltern und Kindern besteht und eine Rückführung grundsätzlich möglich ist, kann dieses Hilfesetting eine fachlich sinnvolle und ökonomisch effiziente Weiterentwicklung der Heimerziehung sein.

Finanzierung

Land Rheinland-Pfalz, Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit

Kooperationspartner

Stadtjugendamt Worms
Kinder- und Jugendhilfezentrum St. Marien

Kontakt

**Institut für Sozialpädagogische Forschung
Mainz e.V. (ism),**
Kaiserstr. 31, 55116 Mainz,
Tel. : 06131/24041-0,
Email: ism@ism-mainz.de